

Problembeschreibung

Antisemitismus in Thüringen



Bundesverband RIAS e.V.
Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus





In Trägerschaft der



Gefördert durch:



Impressum

1. Auflage

Berlin 2022

Herausgegeben vom Bundesverband
der Recherche- und Informationsstellen
Antisemitismus e.V.
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 817 985 818
presse@report-antisemitism.de

V.i.S.d.P. ist Benjamin Steinitz, Bundesverband RIAS e.V.

Mitarbeit und Redaktion

Joël Ben-Yehoshua, Anja Thiele, Lisa Jacobs, Jessica Hoyer, Anna Koemets, Daniel Poensgen, Bianca Loy, Benjamin Steinitz, Dora Streibl

Lektorat Susanne Haldrich

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2022 Bundesverband Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e.V. Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets deren jeweilige:r Anbieter:in oder Betreiber:in verantwortlich. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landesregierung Thüringen oder der Bundesregierung dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Herausgeber die Verantwortung.

Inhalt

Impressum	3
Inhalt	4
1. Einleitung	6
1.1 Genese des Ansatzes	9
1.2 Arbeitsdefinition Antisemitismus	12
1.3 Ziele und Aufbau der Problembeschreibung	13
2. Thüringen auf einen Blick	14
2.1 Jüdinnen:Juden in Thüringen	15
2.2 Antisemitische Einstellungen in Thüringen	16
3. Antisemitismus in Thüringen aus der Sicht jüdischer Akteur:innen	18
3.1 Fragestellung, Methodik und Sample der Befragung	19
3.2 Das Verhältnis jüdischer Akteur:innen zu Stadt- und Zivilgesellschaft	20
3.3 Wahrnehmung von Antisemitismus in Thüringen	22
3.4 Vorfallstypen	24
3.5 Erscheinungsformen	26
3.6 Tatorte antisemitischer Vorfälle in Thüringen	28
3.7 Antisemitische Akteur:innen in Thüringen	30
3.8 Wahrnehmung von Unterstützungsangeboten	31
3.9 Bedarfe für eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus	31
4. Antisemitismus in Thüringen aus staatlicher Perspektive	33
4.1 Lesehilfe für die polizeiliche Statistik	35
4.2 Großes Dunkelfeld bei antisemitischen Vorfällen	36
4.3 Erkennen des antisemitischen Motivs von angezeigten Straftaten	38
4.4 Antisemitische und antiisraelische Straftaten	41
4.5 Verzerrungen durch die Zuordnung antisemitischer Straftaten zu „Phänomenbereichen“	44
4.6 Auswertung der PMK-Statistik über antisemitische Straftaten zwischen 2015 und 2020	46
4.6.1 Übersicht: Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik vom 2015 bis 2020	47
4.6.2 Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik nach Phänomenbereich und Straftatbestand	49
4.6.3 Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik nach Landespolizeiinspektionen	51
5. Antisemitismus in Thüringen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive	53
5.1 Datengrundlage: Zivilgesellschaftlich erfasste antisemitische Vorfälle 2015–2020	54
5.2 Geografische Verteilung antisemitischer Vorfälle	55
5.3 Tatorte antisemitischer Vorfälle	57
5.4 Vorfalltypen antisemitischer Vorfälle	58
5.5 Verwendete Medien antisemitischer Vorfälle	60
5.6 Betroffene antisemitischer Vorfälle	61

5.7 Erscheinungsformen des Antisemitismus	62
5.8 Politisch-weltanschaulicher Hintergrund der Täter:innen	64
5.9 Antisemitische Vorfälle im Zeitverlauf	65
<hr/>	
6. Analysen zu Thüringer Spezifika	67
6.1 Rechtsextremismus in Thüringen	67
6.1.1 Neonazismus, militante Organisationen und Rechtsterrorismus	69
6.1.2 Parteien	74
6.1.3 Aktuelle heterogene Bewegungen	77
6.2 Gedenkstätten als Zielscheibe antisemitischer Vorfälle in Thüringen	77
6.3 Antisemitismus im Fußballkontext	83
6.3.1 Dokumentierte Vorfälle im Fußballkontext in Thüringen	84
6.3.2 Einordnung der Vorfälle	86
6.3.3 Fußball als Integrationsmedium für rechtsextreme Ideologie	88
6.3.4 Fehlverhalten der Behörden am Beispiel „Juden Jena“	89
<hr/>	
7. Zusammenfassung	91
<hr/>	
8. Quellen	95
8.1 Einzelpublikationen	95
8.2 Artikel	97
8.3 Parlamentarische Drucksachen	99
8.4 Internetressourcen	100
<hr/>	
9. Abkürzungsverzeichnis	103
<hr/>	
Anhang Arbeitsdefinition Antisemitismus	104

1. Einleitung

Die Corona-Pandemie hat sich weltweit als Brandbeschleuniger für antisemitische Narrative erwiesen. Seit dem Frühjahr 2020 erfahren antisemitische Verschwörungsmythen, denen zufolge mächtige jüdische Eliten die Pandemie wahlweise inszeniert oder verursacht hätten, sowie Verharmlosungen und Bagatellisierungen der Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung des europäischen Judentums in der Schoa starken Aufwind. Expert:innen warnten frühzeitig vor dem Gewaltpotenzial der sich als „Spaziergänger:innen“ und „Kritiker:innen“ der Infektionsschutzmaßnahmen gerierenden Gruppen. Dieses Gewaltpotenzial ist eng mit dem antisemitischen Kern der Proteste verbunden. So kam es 2021 zu zwei tödlichen Vorfällen, die in Zusammenhang mit den coronabezogenen Verschwörungserzählungen stehen und bei denen fünf Menschen ermordet wurden: In Idar-Oberstein in Rheinland-Pfalz erschoss ein 50-jähriger einen 20-jährigen Studenten, weil dieser ihn auf die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes hinwies. In Königs Wusterhausen in Brandenburg erschoss ein von antisemitischen Verschwörungsmythen getriebener 40-jähriger Mann seine gleichaltrige Frau, seine drei Töchter und sich selbst.¹

Der Antisemitismus im Kontext des Coronaleugner:innen- und Impfgegner:innen-Milieus addierte sich dabei zu den zahlreichen anderen virulenten Formen des Antisemitismus, die seit Jahren Konjunktur haben. Zahlreiche antisemitische Vorfälle der vergangenen Jahre zeugen davon: So wurden im Mai 2021 anlässlich einer erneuten militärischen Auseinandersetzung zwischen der israelischen Armee und der radikalislamischen Terrororganisation Hamas auch in Deutschland offener Juden Hass auf die Straßen getragen.² Im September 2021 wurden Anschlägepläne eines 16-jährigen Islamisten auf die Synagoge

1 Rafael, Simone (2022): Coronaleugner-Morde. Die Erkenntnisse aus den Taten von Idar-Oberstein und Senzig. Online: <https://www.belltower.news/coronaleugner-morde-die-erkenntnisse-aus-den-taten-von-idar-oberstein-und-senzig-129669> [06.05.2022].

2 RIAS Bundesverband / IIBSA (2021): Mobilisierung von Israelbezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet 2021. Online: https://report-antisemitism.de/documents/Bundesverband_RIAS_-_Mobilisierungen_von_israelbezogenem_Antisemitismus_im_Bundesgebiet_2021.pdf [06.05.2022].

in Hagen zu Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, vereitelt.³ Das Ereignis weckt Erinnerungen an den rechtsextremen Terroranschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 ebenfalls an Jom Kippur, der das mörderische Ausmaß antisemitischer Gewalt und die Gefährdung von Juden:Jüdinnen in Deutschland auf dramatische Weise verdeutlicht hat. Des Weiteren verletzte im Jahr 2021 ein 16-jähriger einen 60-jährigen Mann bei einer Mahnwache gegen Antisemitismus in Hamburg schwer. Erst im Oktober 2020 wurde ebenfalls in Hamburg ein jüdischer Student vor einer Synagoge von einem 29-jährigen mit einem Klappspaten angegriffen; die Polizei wertete den Angriff als Mordversuch.⁴

Antisemitismus bedroht jüdisches Leben in Deutschland. Um dieser Bedrohung die Stirn zu bieten, ist eine genaue Kenntnis der Artikulationsformen von Antisemitismus sowie des Ausmaßes, in dem er das Leben von Juden:Jüdinnen beeinflusst, vonnöten. Auch in Thüringen ist die Bedrohung durch Antisemitismus akut: Antisemitismus ist Kernbestandteil rechtsextremer Ideologie, die in Thüringen vielfältig präsent ist.⁵ Das gilt für den militanten Rechtsextremismus der Kameradschafts- sowie Rechtsrock- und Liedermacherszene⁶ oder für den rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) und dessen Unterstützer:innen,⁷ aber auch für den parlamentarischen Rechtsextremismus, verkörpert durch die Thüringer AfD.⁸ Dass auch im Freistaat Thüringen vom Antisemitismus konkrete Gefahr für Juden:Jüdinnen ausgeht, zeigte sich drastisch im Januar 2020, als auf dem Gelände der Gedenkstätte Mittelbau-Dora Sprengstoff gefunden wurde.

Es ist eine dringende Aufgabe für Politik und Zivilgesellschaft, Kenntnisse über das Ausmaß und die Ausprägungen von Antisemitismus auf Ebene der Bundesländer zu erlangen. Nur so können konkrete problemorientierte Präventions- und Interventionsmaßnahmen, aber auch bessere Unterstützungs- und Sicherheitsangebote für Betroffene entwi-

3 Schulte, Jan (2022): Hagen: Prozess gegen mutmaßlichen Synagogen-Attentäter. Online: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/hagen-prozessauftakt-mutmasslicher-synagogen-attentaeter-100.html> [06.05.2022].

4 Der Spiegel (2021): Antisemitische Attacke in Hamburg – Polizei fasst mutmaßlichen Täter. Online: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/hamburg-antisemitischer-angriff-bei-mahnwache-mutmasslicher-angreifer-gefasst-a-f0f26981-ebf0-4dc4-ab64-b0b36ec549c0> [06.05.2022].

5 Best, Heinrich; Miehke, Marius/Salheiser, Axel (2019): Topographie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Jena. Online: www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/projektbericht_topografie_dez2019.pdf [06.05.2022].

6 Mobit e. V. (2020): Keine harmlosen Heimatmelodien: Kontinuierliche Zunahme von rechten Liederabenden in Thüringen. Online: mobit.org/rechtsrock-statistik-2019/ [06.05.2022].

7 Quent, Matthias; Rathje, Jan (2019): Von den Turner Diaries über Breivik bis zum NSU: Antisemitismus und rechter Terrorismus. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus nach 9/11. Nomos: Baden-Baden, S. 165-178.

8 Salzborn, Samuel (2019): Antisemitismus in der „Alternative für Deutschland“. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Nomos: Baden-Baden, S. 196-215.

ckelt werden. Die flächendeckende Erfassung von Antisemitismus gestaltet sich jedoch schwierig: Viele antisemitische Vorfälle, die Betroffenen alltäglich widerfahren, erfüllen keinen Straftatbestand und werden polizeilich nicht erfasst. Sie bleiben damit im Dunkelfeld. Hinzu kommt: Viele Betroffene stellen erst gar keine Anzeige, da sie in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht haben, dass Polizei oder Staatsanwaltschaft den antisemitischen Charakter der Vorfälle verkannten oder die Ermittlungen erfolglos blieben, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden konnten⁹

Antisemitische Vorfälle in Thüringen, die nicht polizeilich erfasst werden, dokumentieren bis 2021 nur die Chroniken der zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen ezra – mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Mobit e. V. – mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Beide Chroniken bilden jedoch nur einen Teil der antisemitischen Vorfälle in Thüringen ab: Dem Arbeitsauftrag der beiden Projekte entsprechend erfassen die Chroniken hauptsächlich Antisemitismus im Kontext von Rechtsextremismus und Neonazismus. Zudem werden meist Vorfälle dokumentiert, die Gegenstand der eigenen Beratungspraxis sind oder öffentlich werden, weil sie mit Gewalttaten (d.h. körperlichen Angriffen und schwerer Sachbeschädigung) einhergehen oder anderweitig strafrechtlich relevant sind. Jedoch ist Antisemitismus nicht auf den Rechtsextremismus beschränkt, sondern in allen politischen Spektren verbreitet – etwa im islamisch/islamistischen Spektrum, im links-anti-imperialistischen Spektrum sowie in der politischen Mitte der Bevölkerung.

Seit Januar 2021 dokumentiert RIAS Thüringen antisemitische Vorfälle in Thüringen und verweist Betroffene bei Bedarf an die Beratungsangebote von ezra und Ofek e. V. Antisemitische Vorfälle können unter www.rias-thueringen.de und www.report-antisemitism.de auf Deutsch, Englisch und Russisch anonym und niedrigschwellig gemeldet werden. RIAS Thüringen steht in engem Kontakt mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen (JLGT), aber auch mit den zentralen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in Thüringen die sich gegen Antisemitismus engagieren und von Antisemitismus betroffen sind. Darüber hinaus erfasst RIAS Thüringen antisemitische Vorfälle durch ein regelmäßiges Monitoring ausgewählter Veranstaltungen und Ereignisse.

⁹ European Union Agency for Fundamental Rights (2019): Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU. Online: https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-questionnaire_en.pdf [06.05.2022].

1.1 Genese des Ansatzes

RIAS Thüringen ist Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus und arbeitet nach bundesweit einheitlichen Kriterien.¹⁰ Vorbild für die Arbeitsweisen, die durch den Bundesverband RIAS vermittelt werden, ist der Ansatz der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) beim Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK e. V.). RIAS Berlin hat im Rahmen des „Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ seit Januar 2015 in enger Zusammenarbeit mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen ein dichtes Meldernetzwerk für antisemitische Vorfälle in Berlin aufgebaut und mit einer Vorgängerversion von www.report-antisemitism.de bundesweit die erste internetbasierte mehrsprachige Meldemöglichkeit für antisemitische Vorfälle geschaffen.

Ausgangspunkt für die Gründung des Projekts RIAS Berlin war eine Befragung aller Berliner Synagogen gewesen, die der VDK e. V. 2014 in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung (AAS) durchgeführt hatte.¹¹ Relevant für die Gründung von RIAS Berlin waren neben den vielen konkreten Erfahrungen mit Antisemitismus, die damals beschrieben wurden, vor allem die Aufschlüsse über das Meldeverhalten sowie den Umgang der persönlich Betroffenen, aber auch der jüdischen Gemeinschaften. Zentrale Wünsche der Befragten – etwa eine enge Abstimmung mit jüdischen Organisationen oder die Schaffung mehrsprachiger und niedrigschwelliger Meldeangebote – wurden bei der Konzeption von RIAS Berlin berücksichtigt. Die Befragung jüdischer Akteur:innen war auch wichtig, um die Perspektive von Juden:Jüdinnen auf gegenwärtige Ausprägungen von Antisemitismus in der Öffentlichkeit sichtbar machen zu können, denn es gibt gegenüber der deutschen Gesamtbevölkerung offenbar eine „Wahrnehmungsdiscrepanz“.¹² So waren im Jahr 2013 einer Bertelsmann-Studie zufolge 77% der befragten Deutschen der Auffassung, kaum jemand in Deutschland sei negativ gegenüber Juden:Jüdinnen eingestellt.¹³ Dagegen hielten bei einer Befragung unter Juden:Jüdinnen in Deutsch-

10 Anforderungen für die Arbeit als Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V unter: RIAS Bundesverband (o. J): Arbeitsweisen. Online: <https://report-antisemitism.de/rias-bund/> [06.05.2022].

11 Steinitz, Benjamin (2015): „Wahrnehmungen und Erfahrungen Berliner Jüdinnen und Juden – Eine Befragung“. In: VDK e.V. / RIAS Berlin (Hrsg.): „Wir stehen alleine da.“ #EveryDayAntisemitism sichtbar machen und Solidarität stärken. Neue Wege der Erfassung antisemitischer Vorfälle – Unterstützungsangebote für die Betroffenen. Berlin 2015, S. 16-30.

12 Drucksache des Deutschen Bundestags 18/11970 vom 7. 4.2017: Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (UEA), S.13. Online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf> [06.05.2022].

13 Hagemann, Steffen / Natanson, Roby (2015): Deutsche und Israelis heute. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2015, S. 38.

land nahezu ebenso viele Befragte, nämlich 76%, Antisemitismus für ein großes oder sehr großes Problem in Deutschland.¹⁴ Eine weitere Diskrepanz ergibt sich, wenn die jüdischen Wahrnehmungen ins Verhältnis gesetzt werden zu den polizeilichen Statistiken zu antisemitischen Straftaten: Viele antisemitische Vorfälle, die Betroffene alltäglich erleben, erfüllen keinen Straftatbestand, sie werden daher nicht polizeilich erfasst und bleiben weitgehend unsichtbar. Zudem werden aus verschiedenen Gründen bei Weitem nicht alle Vorfälle angezeigt, die strafrechtlich relevant sind. Eine zivilgesellschaftliche Meldestelle kann daher – neben unterschiedlichen Formen der Unterstützung für Betroffene – dazu beitragen, die alltäglichen Erfahrungen von Betroffenen stärker sichtbar zu machen, und zwar unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz oder der Bewertung durch die Polizei.

Viele Betroffene stellen auch bei strafrechtlich eindeutig relevanten Vorfällen erst gar keine Anzeige, da sie in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht haben, dass der ihnen widerfahrene Antisemitismus von der Polizei oder auch später von der Staatsanwaltschaft nicht als solcher erkannt wurde, oder dass die Ermittlungen ergebnislos blieben, da keine Tatverdächtigen identifiziert werden konnten.¹⁵ Positiv hervorzuheben ist, dass aufseiten des polizeilichen Staatsschutzes in Bayern, Berlin, Brandenburg und Thüringen eine gestiegene Sensibilität für solche Vorfälle und für die Betroffenen feststellbar ist und ein Austausch mit den jeweiligen Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus begonnen hat. In Berlin und Bayern wurde zudem die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“¹⁶ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als verbindliche Orientierung für die polizeiliche Arbeit eingeführt. In Berlin wurde im Jahr 2019 eigens ein Antisemitismus-Beauftragter bei der Polizei eingesetzt. Nicht immer ist allerdings die notwendige Sensibilität bei denjenigen Beamt:innen feststellbar, welche die Anzeigen aufnehmen und die nicht nur die erste und mitunter einzige Kontaktstelle für die Betroffenen sind, sondern in deren Verantwortung fällt, ob antisemitisch motivierte Straftaten an den zuständigen polizeilichen Staatsschutz der Landeskriminalämter (LKA) gemeldet werden. In Thüringen wurde sich deshalb darauf verständigt, dass RIAS Thüringen mit konkreten, sensibilisierten Ansprechpartner:innen des LKA in Austausch tritt, wenn die Betroffenen, die sich für eine Anzeige entschieden haben, das wünschen. Die Abstimmung mit polizeilichen Stellen ist wichtig, um mehr Betroffene zu einer

¹⁴ Ebd. S. 117.

¹⁵ European Union Agency for Fundamental Rights (2018): Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Wien.

¹⁶ IHRA (2016): Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Online: <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196?focus=antisemitismandholocaustdenial> [06.05.2022]. Siehe Anhang.

Anzeige zu bewegen und die Chancen auf Ermittlungsergebnisse zu erhöhen, aber auch, damit angezeigte antisemitische Straftaten in die polizeilichen Statistiken eingehen.

Seit 2017 wird die Arbeit von RIAS Berlin und die Übertragung der Arbeit in andere Bundesländer – RIAS Bundesweite Koordination (RIAS BK) – wissenschaftlich und strategisch beraten, und zwar durch die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien (MMZ) der Universität Potsdam und durch das Internationale Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA). Der Bundesverband RIAS hat mit seiner Gründung das Projekt RIAS BK mit seinen Partner:innen aus verschiedenen Bundesländern übernommen und gemeinsam mit der wissenschaftlichen Beratung Kategorien zur Erfassung antisemitischer Vorfälle entwickelt, die kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus wird seit 2015 mit einer der weltweit erfahrensten Organisationen in der Beobachtung und Erfassung antisemitischer Vorfälle, dem Community Security Trust (CST), ein enger fachlicher Austausch gepflegt.¹⁷ An dem Kategoriensystem des CST zur grundlegenden Erfassung antisemitischer Vorfälle haben sich RIAS Berlin und später auch der Bundesverband RIAS in ihrer eigenen Erfassungssystematik orientiert. Antisemitische Vorfälle werden in extreme Gewalt, Angriffe, gezielte Sachbeschädigungen, Bedrohungen, verletzendes Verhalten und antisemitische Massenzuschriften unterschieden. Die Ergebnisse der zivilgesellschaftlichen Erfassung antisemitischer Vorfälle in Deutschland werden durch den Bundesverband RIAS jedes Jahr an das Office for Democratic Institutions and Human Rights der OSZE (ODIHR) und an die Europäische Grundrechtsbehörde (FRA) gemeldet. Seit dem 1. Januar 2020 bildet der Bundesverband RIAS gemeinsam mit dem Anne Frank Zentrum, der Bildungsstätte Anne Frank, der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) das Kompetenznetzwerk Antisemitismus (KOMPAS) im Rahmen des „Bundesprogramms Demokratie Leben!“ beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

17 Whine, Michael: Grußwort. In: VDK e.V. / RIAS Berlin (Hrsg.): „Wir stehen alleine da.“ #EveryDayAntisemitismus sichtbar machen und Solidarität stärken. Neue Wege der Erfassung antisemitischer Vorfälle – Unterstützungsangebot für Betroffene. Berlin 2015, S. 2 f.

1.2

Arbeitsdefinition Antisemitismus

Die vorliegende Problembeschreibung folgt in der inhaltlichen Bestimmung des Antisemitismus der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“. Sie bietet für die Einordnung, Bewertung und Beurteilung antisemitischer Vorfälle eine Grundlage, die über die Definitionen antisemitischer Volksverhetzung (§ 130 StGB) weit hinausgeht und zugleich präziser ist. Die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“, die am 20. September 2017 vom Bundeskabinett zur Kenntnis genommen und deren Berücksichtigung bei Justiz, Polizei und Bildungseinrichtungen dekretiert wurde,¹⁸ ist seit September 2019 als ergänzende Orientierung für die Bestimmung antisemitischer Straftaten in den bundesweit einheitlichen Kriterienkatalog Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) aufgenommen worden. Inhaltlich unterscheiden der Bundesverband RIAS und die regionalen Meldestellen bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus:

Im **antisemitischen Othering** wird die Bezeichnung Juden:Jüdinnen verwendet, um jüdische und nicht-jüdische Institutionen oder Personen als fremd oder nicht-dazugehörig zu behandeln. Das ist beispielsweise der Fall, wenn sie als „Jude“ beschimpft werden.

Antijudaismus umfasst Feindschaft gegenüber dem Judentum als Religion und die hieraus entstandenen Stereotypen, so etwa im Fall des Vorwurfs, Juden:Jüdinnen seien für den Tod Jesu Christi verantwortlich.

Wird Juden:Jüdinnen eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, so wird das als **moderner Antisemitismus** bezeichnet.

Der **Post-Schoa-Antisemitismus**¹⁹ bezieht sich auf den relativierenden, verharmlosenden etc. Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird.

Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird.

¹⁸ Bundesregierung; Regierungspressekonferenz vom 20. September 2017. Online: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/09/2017-09-20-regpk.html> [06.05.2022].

¹⁹ Angelehnt an den von Schwarz-Friesel und Reinharz vorgeschlagenen Begriff des Nachkriegsantisemitismus verwendet RIAS Berlin den Begriff des Post-Schoa-Antisemitismus für antisemitische Ausdrucksformen, die sich verherrlichend, leugnend, relativierend, im Sinne einer „Schlussstrich“-Mentalität oder der Figur der „Täter-Opfer-Umkehr“ auf die Schoa beziehen, vgl.: Schwarz-Friesel, Monika / Reinharz, Jehuda (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin, Boston: de Gruyter, S. 95 ff.

1.3

Ziele und Aufbau der Problembeschreibung

Die vorliegende Problembeschreibung Antisemitismus in Thüringen ist die erste ausführliche Studie der im Herbst 2020 eingerichteten Recherche- und Informationsstelle Thüringen (RIAS Thüringen). Sie gibt einen detaillierten Einblick in die Thüringer Situation.

Das folgende Kapitel 2 umfasst einige grundlegende soziodemografische Informationen zum Freistaat Thüringen. Zudem wurden für die vorliegende Problembeschreibung in Thüringen lebende Juden:Jüdinnen zu ihren Wahrnehmungen von Antisemitismus sowie ihren Umgangsweisen mit antisemitischen Vorfällen befragt; die Ergebnisse dieser Befragung werden in Kapitel 3 vorgestellt. Die Kapitel 4 und 5 zeigen die Wahrnehmungen von Antisemitismus in Thüringen aus der staatlichen und aus der zivilgesellschaftlichen Perspektive auf. Kapitel 6 beinhaltet drei Exkurse, die auf Thüringer Besonderheiten, die aus Kapitel 5 hervorgehen, detailliert eingehen.

2. Thüringen auf einen Blick

Der Freistaat Thüringen gehört mit einer Fläche von 16.171 Quadratkilometern und 2,1 Millionen²⁰ Einwohner:innen zu den kleinen deutschen Bundesländern. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 131 Einwohner:innen pro Quadratkilometer und damit unter dem Durchschnitt.

Der Bundesverband RIAS unterscheidet in seinen Analysen vier Raumtypen: Metropolen mit mehr als 500.000 Einwohner:innen (in Thüringen keine vorhanden), Großstädte zwischen 100.000 und 500.000 Einwohner:innen (Erfurt und Jena) und Mittelstädte mit 20.000 bis 100.000 Einwohner:innen (u. a. Gera, Weimar, Gotha und Eisenach). In Thüringen sind Mittelstädte relativ häufig (mit insgesamt 19). Des Weiteren unterscheidet RIAS Kleinstädte und ländliche Regionen mit weniger als 20.000 Einwohner:innen (z.B. Schmalkalden, Sömmeroda oder Meuselwitz). Knapp 15% der Bevölkerung Thüringens lebt in Großstädten, 28% in Mittelstädten sowie 57% in Kleinstädten und ländlichen Regionen. Der Freistaat Thüringen umfasst 5 kreisfreie Städte und 17 Landkreise. Der bevölkerungsreichste Landkreis²¹ ist der Wartburgkreis mit knapp 160.000 Einwohner:innen. Im Landkreis Sonneberg wohnen die wenigsten Menschen mit knapp 57.000 Einwohner:innen. Thüringen ist in sieben Polizeiinspektionen²² gegliedert: Erfurt, Gera, Gotha, Jena, Nordhausen, Saalfeld und Suhl.

Die Landespolizeiinspektion (LPI) Erfurt umfasst die Stadt Erfurt und den Landkreis Sömmeroda. Zur LPI Gera gehört neben der Stadt Gera der Landkreis Altenburger Land und der Landkreis Greiz. Die LPI Gotha umfasst den ILM-Kreis, den Landkreis Gotha, den nördlichen Wartburgkreis und die kreisfreie Stadt Eisenach. Jena, Weimar, Apolda und

20 Statista (2022): Bevölkerung Anzahl der Einwohner in den Bundesländern in Deutschland am 31. Dezember 2020. Online: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/71085/umfrage/verteilung-der-einwohnerzahl-nach-bundeslaendern/#professional> [06.05.2022].

21 Thüringer Landesamt für Statistik (2020): Bevölkerung, darunter Ausländer, nach Geschlecht und Kreisen in Thüringen. Online: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000102%7C%7C> [06.05.2022].

22 Thüringer Polizei (o. J.): Landesdirektionen in Thüringen. Online: <https://polizei.thueringen.de/polizei/landespolizeidirektion> [06.05.2022].

Stadtroda mit den dazugehörigen Stationen in Bad Berka, Kahla und Eisenberg gehören zur LPI Jena. Die LPI Nordhausen umfasst Nordhausen, Kyffhäuserkreis, Eichsfeld und Unstrut-Hainich. Die Landkreise Saalfeld-Rudolstadt, Sonneberg und Saale-Orla gehören zur Polizeiinspektion Saalfeld. Zur Polizeiinspektion Suhl zählen die Landkreise Hildburghausen und Schmalkalden-Meiningen, der südliche Wartburgkreis sowie die kreisfreie Stadt Suhl.

Die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung in Thüringen ähnelt denen der meisten ostdeutschen Bundesländer: Der Anteil der Konfessionslosen bzw. der Anteil, der keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft angehört, war im Jahr 2018 mit 71,6% der Thüringer Bevölkerung am höchsten.²³ 20,8% der Einwohner:innen Thüringens gehörten der evangelischen Kirche und 7,6% der katholischen Kirche an. Der Anteil der Muslim:innen und Juden:Jüdinnen wurde in der Erfassung nicht dargestellt, wahrscheinlich weil der Anteil so gering ist.

2.1 Jüdinnen:Juden in Thüringen

Die Anzahl der Juden:Jüdinnen in Thüringen liegt laut Angaben der Mitgliederstatistik des Zentralrats der Juden²⁴ und der ZWST²⁵ von 2020 bei 674. Damit ist die Jüdische Landesgemeinde der zweitkleinste Landesverband in Deutschland. Es bleibt jedoch zu bedenken, dass die ZWST-Statistik nur Mitglieder der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen erfasst. Juden:Jüdinnen, die kein Mitglied der Gemeinde sind, werden von der Statistik nicht erfasst.

Der Sitz der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen ist in Erfurt. Es gibt jeweils eine Außenstelle in Jena und in Nordhausen. Der überwiegende Teil der Mitglieder sind laut ZWST-Statistik Einwander:innen aus der ehemaligen Sowjetunion. Dies erklärt den starken Anstieg der Mitgliederzahlen seit 1994. In diesem Jahr hatte der Landesverband in ganz Thüringen lediglich 180 Mitglieder.²⁶

23 MDR Thüringen (o. J.): Anteil der Christen in Thüringen sinkt Jahr für Jahr. Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/daten-zahlen-kirche-mitglieder-100.html> [06.05.2022].

24 Zentralrat der Juden in Deutschland (2021): Unsere Landesverbände vor Ort. Jüdische Landesgemeinde Thüringen (Erfurt) K.D.Ö.R. Online: <https://www.zentralratderjuden.de/vor-ort/landesverbaende/juedische%20Landesgemeinde%20Thüringen%20%28Erfurt%29%20K.d.ö.R./> [06.05.2022].

25 ZWST (2021a): Mitgliedsstatistik 2020 der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland (Auszug). Online: <https://zwst.org/sites/default/files/2021-08/ZWST-Mitgliederstatistik-2020-kurzversion-RZ.pdf> [06.05.2022].

26 ZWST (2021b): Mitgliedsstatistik 2020 der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland. Online: <https://zwst.org/sites/default/files/2021-08/ZWST-Mitgliederstatistik-2020-Langversion-RZ.pdf> [06.05.2022].

2.2 Antisemitische Einstellungen in Thüringen

Antisemitismus ist ein weitverbreitetes gesellschaftliches Phänomen, seine verschiedenen Ausprägungen und Ausdrucksweisen finden sich in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus. Das gilt auch für Thüringen.

Der Thüringen-Monitor²⁷ wird seit dem Jahr 2000 jährlich herausgegeben und ist eine Studie zur politischen Kultur des Landes sowie zu den Einstellungen der Thüringer:innen. Im Thüringen-Monitor werden regelmäßig auch antisemitische Einstellungen erfasst.

Insgesamt wird Antisemitismus seit Jahr 2021 im Thüringen-Monitor mithilfe von fünf Items und einer fünf-stufigen Skala erfasst, darunter ein Item zu primärem Antisemitismus, sowie Items zum sekundären Antisemitismus und Schuldabwehr/Relativierung sowie israelbezogenen Antisemitismus bzw. antizionistischer Antisemitismus.²⁸ Die Skala war unterteilt in: „Lehne völlig ab“, „Lehne überwiegend ab“, „Stimme überwiegend zu“, „Stimme voll und ganz zu“ und „Weiß nicht/keine Angabe“.²⁹ Der Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ (primärer Antisemitismus) stimmen 2021 4% zu.³⁰ 19% stimmen der Aussage zu, „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind“ (sekundärer Antisemitismus). Auffällig ist die hohe Zustimmung zum Schuldabwehr/Relativierungs-Item, das seit 2021 erfasst wird: „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“. Dieser Aussage stimmen 45% der Thüringer Bevölkerung zu.³¹ Dabei ist hervorzuheben, dass diese Position keineswegs bloß von Personen vertreten wird, die dem „rechten Rand“ der Gesellschaft zugerechnet werden können, sondern auch von denjenigen, die sich selbst in der politischen Mitte verorten. Von den Befragten, die sich der politischen Mitte zuordnen, stimmen sogar die absolute Mehrheit, d.h. 54% der Befragten, der genannten Aussage zu.³² Der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ (Israelbezogener

27 Reiser, Marion; Küppers, Anne; Hebenstreit, Jörg; Salheiser, Axel & Vogel, Lars (2021). Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021. Online: https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thu_ringen_Monitor_2021_bf.pdf [06.05.2022].

28 Ebd. S. 96.

29 Ebd. S. 178.

30 Dabei wurden „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überwiegend zu“ zusammengefasst.

31 Reiser et al. 2021, S. 96.

32 Ebd. S. 117.

Antisemitismus) stimmen 24% und der Aussage „Wenn man das wahre Gesicht der Juden erkennen will, muss man nur schauen, wie sie mit den Palästinensern umgehen“ insgesamt 17% zu.³³

Generell muss die Analyse derartiger Umfragen auch den Einfluss von Phänomenen wie sozialer Erwünschtheit auf das Antwortverhalten berücksichtigen. Damit ist die Tendenz der Befragten gemeint, Antworten zu geben, die einer möglichst positiven Selbstdarstellung zuträglich sind. So vermeiden es Befragte mitunter, offen ihre Meinung zu sagen, wenn sie denken, dass diese gesellschaftlich weniger anerkannt ist. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass diese Tendenz bei der Untersuchung antisemitischer Denkweisen besonders relevant ist.³⁴

³³ Ebd. S. 96.

³⁴ Imhoff, Roland; Banse, Rainer: Ongoing Victim Suffering Increases Prejudice: The Case of Secondary Anti-Semitism. In: Psychological Science 20 (12) (2009), S. 1443-1447.

3.

Antisemitismus in Thüringen aus der Sicht jüdischer Akteur:innen

In aktuellen Debatten über Antisemitismus in Deutschland wird der Blick meist auf jene gerichtet, die sich antisemitisch äußern oder antisemitisch handeln. Die öffentliche Wahrnehmung von Antisemitismus wird dominiert von polizeilichen Statistiken über antisemitische Straftaten sowie von der sozialwissenschaftlichen Erhebung von antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung. Ohne Zweifel sind beides wichtige Instrumente, um das Ausmaß von Antisemitismus in Deutschland beschreibbar zu machen. Die Perspektiven von betroffenen Juden:Jüdinnen und anderen von Antisemitismus Betroffenen bleiben jedoch oft außen vor. Dabei sind es gerade ihre Erfahrungen, die notwendig sind, um das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle in Deutschland aufzuhellen.

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestags (UEA) sprach bereits 2017 von einer „Perspektivendivergenz“ zwischen der Wahrnehmung von Antisemitismus durch die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft und Juden:Jüdinnen. Im UEA-Bericht von 2017 heißt es: „Vieles an dem Erleben von Antisemitismus bleibt für die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft unsichtbar.“³⁵ Auch Antisemitismusforschende sehen die Perspektive von Juden:Jüdinnen, also denjenigen, die mit Antisemitismus unmittelbar konfrontiert werden, als zentral für ihre Forschung an.³⁶ Doch obwohl Antisemitismus hierzu-lande seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Disziplinen erforscht wird, wurde diese Perspektive in Deutschland erst in den letzten Jahren zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Studien.³⁷ Nicht nur in der Wissenschaft werden jüdische Wahrnehmungen von Antisemitismus zu

35 Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (Hrsg.) (2017): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, S. 97. Online: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf> [06.05.2022].

36 Zick, Andreas; Hövermann, Andreas; Bernstein, Julia (2018): Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus. Bielefeld 2017.

37 Zum Antisemitismus an Schulen: Bernstein, Julia: „Mach mal keine Judenaktion!“ Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus. Frankfurt 2018. Online: https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemittelungen/Mach_mal_keine_Judenaktion__Herausforderungen_und_Loesungsansaeetze_in_der_professionellen_Bildungs-_und_Sozialarbeit_gegen_Anti.pdf [06.05.2022].

wenig berücksichtigt. Auch zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Antisemitismus sollten aus Sicht des Bundesverbands RIAS die Perspektive der Betroffenen stärker zum Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten machen.

Darüber hinaus gibt es bislang keine Studie, die explizit auf die Situation von Juden:Jüdinnen im Freistaat Thüringen sowie auf deren Perspektiven eingeht. Aufgrund dessen hat RIAS Thüringen von Juli 2021 bis Januar 2022 zehn qualitative Interviews mit Juden:Jüdinnen in Thüringen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Befragung werden im Folgenden vorgestellt. Befragt wurden Juden:Jüdinnen danach, wie sie Antisemitismus sowohl in Thüringen als auch generell wahrnehmen, wie sie mit antisemitischen Vorfällen umgehen und wie Antisemitismus ihren Alltag beeinflusst.

Im Folgenden wird zunächst die Fragestellung, Methodik und das Sample der Befragten erläutert (Abschnitt 3.1). Danach wird beschrieben, wie jüdische Akteur:innen ihr Verhältnis zur Politik und Zivilgesellschaft in Thüringen einordnen (Abschnitt 3.2) und wie sie Antisemitismus in Thüringen wahrnehmen (Abschnitt 3.3). Dabei wird gefragt, mit welchen Vorfällenstypen (3.4), Erscheinungsformen von Antisemitismus (3.5), welchen Tatorten (3.6) und antisemitischen Akteur:innen (3.7) sich die Befragten in Thüringen besonders konfrontiert sehen. Nach der Skizzierung der individuellen und institutionellen Umgangsweisen der Befragten mit Antisemitismus (Abschnitt 3.8) werden abschließend die von den befragten Juden:Jüdinnen formulierten Bedarfe für eine weitere Auseinandersetzung mit Antisemitismus dargestellt (Abschnitt 3.9).

3.1 **Fragestellung, Methodik und Sample der Befragung**

RIAS Thüringen führte im Zeitraum von Ende Juli 2021 bis Mitte Januar 2022 zehn leitfadengestützte Interviews mit zehn Personen durch. Alle Gespräche waren Einzelgespräche. Der Kontakt zu den Befragten kam durch den intensiven Austausch mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen sowie durch persönliche Kontakte zustande. Neben Funktionsträger:innen und Mitgliedern der JLGT wurden auch Juden:Jüdinnen befragt, die nicht zur Jüdischen Landesgemeinde Thüringen gehören. Zu den Befragten gehörten Personen, die aufgrund ihrer beruflichen, künstlerischen oder ehrenamtlichen Tätigkeit öffentlich als Juden:Jüdinnen wahrnehmbar sind und mit Antisemitismus kon-

frontiert werden. Die Interviewten wurden nicht primär als Expert:innen, also in ihrer Rolle als Funktionsträger:innen jüdischer Organisationen mit in erster Linie professionellem Zugang zum Untersuchungsgegenstand, sondern vor allem als potenziell Betroffene von Antisemitismus befragt. Die Befragten leben in sechs verschiedenen Groß- und Mittelstädten in Thüringen und waren zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 20 und 77 Jahren alt. Es wurden sechs Männer und vier Frauen befragt.

Die Befragung wurde in Form von leitfadengestützten und „problemzentrierten“³⁸ Interviews durchgeführt.³⁹ Die Fragen wurden in Anlehnung an narrative Interviewtechniken⁴⁰ formuliert, um nicht nur Argumentationen, sondern Erzählungen zu stimulieren. Im Anschluss an die Befragung wurden die Interviews nach einheitlichen Regeln transkribiert und in einem mehrstufigen, an die Grounded Theory angelehnten Verfahren mithilfe des Analyseprogramms MAXQDA codiert. Dabei wurde das Material in mehreren Verfahrensschritten analysiert und aus dem Material Hypothesen entwickelt.⁴¹ Die Codings wurden schließlich in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring analysiert.⁴² Die Herangehensweise der vorliegenden Problem- beschreibung ähnelt methodisch dem Vorgehen bereits vorliegender Problem- beschreibungen zu Antisemitismus in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Sachsen.⁴³

3.2 Das Verhältnis jüdischer Akteur:innen zu Stadt- und Zivilgesellschaft

Die Stadtgesellschaft wird definiert als Summe öffentlicher Einrichtungen in staatlicher Träger:innenschaft, die entscheidend zum kulturellen und öffentlichen Leben einer Stadt beitragen. Die Zivilgesellschaft umfasst die „Gesamtheit des Engagements der Bürger eines Landes – zum Beispiel in Vereinen, Verbänden und vielfäl-

38 Witzel, Andreas (2000): The Problem-Centered Interview. In: Forum: Qualitative Sozialforschung, Jahrgang 1, Nr. 1 Art. 22. Online: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2521> [06.05.2022].

39 Niebert, Kai; Gropengießer, Harald (2014): Leitfadengestützte Interviews. In: Krüger, Dirk et al. (Hrsg.): Methoden in der naturwissenschaftsdidaktischen Forschung. Heidelberg: Springer VS, S. 121-133.

40 Rosenthal, Gabriele; Loch, Ulrike (2002): Das Narrative Interview. In: Schaeffer, Doris; Müller-Mundt, Gabriele (Hrsg.): Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung. Bern u.a., S. 221-232.

41 Strübing, Jörg (2004): Grounded Theory. Wiesbaden Springer VS.

42 Mayring, Philipp (1991): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe et al. (Hrsg.): Handbuch qualitative Forschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München Beltz, S. 209-213.

43 Die publizierten Problem- beschreibungen sind abrufbar unter <https://report-antisemitism.de/publications> [06.05.2022].

tigen Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen.“⁴⁴ Dazu gehören alle Aktivitäten, die nicht profitorientiert und nicht abhängig von parteipolitischen Interessen sind. Nicht nur die Jüdische Landesgemeinde Thüringen, sondern auch einzelne Juden:Jüdinnen, die sich als Politiker:innen, Künstler:innen, Studierende, Gewerbetreibende oder Personen des öffentlichen Lebens einbringen, gehören zur Stadt- und Zivilgesellschaft in Thüringen.

Die Beziehungen der Befragten zur Stadtgesellschaft werden insgesamt als tendenziell positiv (TH_01, TH_02, TH_03, TH_08, TH_09), aber auch ambivalent bewertet (TH_10, TH_07, TH_04). Mehrere Personen heben grundsätzlich gute Verbindungen zur Stadtgesellschaft hervor. Das Angebot an jüdischen Festivals und Kulturtagen wie dem Yiddish Summer Festival in Weimar, den Achava Festspielen in Erfurt oder den Jüdisch-Israelischen Kulturtagen Thüringen wird von den Befragten als Bereicherung und Wertschätzung wahrgenommen. Auch das von der Thüringer Staatskanzlei initiierte Festjahr „900 Jahre jüdisches Leben in Thüringen“, das zwischen Oktober 2020 und Dezember 2021 in ganz Thüringen mit zahlreichen Angeboten gefeiert wurde, wird positiv bewertet. Eine befragte Person beschreibt das Verhältnis zwischen Jüdischer Gemeinde und der Stadtgesellschaft als eng und vertrauensvoll:

„Die Beziehungen sind so eng, dass mittlerweile die Gemeinde entschieden hat, der Stadt die Synagoge zu vermieten [...]. Deshalb glaube ich schon, dass die Jüdische Gemeinde sehr vernetzt ist und auch eingebettet in bestimmte Stadtstrukturen, wenn ich mal nach Erfurt schaue, ist es total selbstverständlich, dass Erfurt super viel dazu beiträgt, dass jüdisches Leben sichtbar wird“. (TH_02_17)

Mehrere Personen heben die guten Beziehungen der Gemeinde zu Kommunal- und Landespolitiker:innen, insbesondere zum Ministerpräsidenten Bodo Ramelow heraus: „Ich denke, dass es zwischen den Gemeinden von dem, was ich mitkriege, eine sehr gute Beziehung zum Ministerpräsidenten und zum Oberbürgermeister gibt.“ (TH_08_23) Eine weitere Person lobt den Thüringer Antisemitismusbeauftragten (TH_04_25), der sich für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus einsetzt.

Andererseits wird auch von Schwierigkeiten berichtet. Eine Person erwähnt problematische Beziehungen zu Lokalpolitiker:innen: „Es gibt natürlich auch Negativbeispiele, es gibt einen ehemaligen Oberbürger-

⁴⁴ Bundesministerium für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (o. J.): Lexikon der Entwicklungspolitik: Zivilgesellschaft. Online: <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976> [06.05.2022].

meister [...], der eher weniger der jüdischen Community wohlgesonnen war.“ (TH_03_17) Eine andere Person beklagt, „dass hier einfach wirklich keiner weiß, was es bedeutet jüdisch zu sein“ (TH_07_49), da viele Thüringer:innen nicht wissen, dass es überhaupt Juden:Jüdinnen in Thüringen gebe. Dem entspricht auch die Wahrnehmung eines:r weiteren Interviewten, dass jüdisches Leben speziell in Thüringen noch „marginalisierter“ sei, als es in Deutschland allgemein sei (TH_04_09). Gegenüber Behörden hegen die Befragten bisweilen Misstrauen. Eine:r der Befragten bringt zum Ausdruck, dass man bei der Inanspruchnahme staatlicher finanzieller Hilfen „als Jude nicht so sehr auffallen möchte, man nimmt das Nötigste und das, was man sowieso bekommt und hält dann aber seinen Mund.“ (TH_04_25) Auch wird bemängelt, dass der Antisemitismusbeauftragte aufgrund seiner vielen Aufgaben als Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie als Chef der Staatskanzlei des Freistaats Thüringen nicht ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen habe, um sich vollends dem Antisemitismus in Thüringen zu widmen (TH_09_13). Darüber hinaus werden die antiisraelischen-antisemitischen Proteste im Mai 2021 als Belastung und Herausforderung für die Beziehungen zur Stadtgesellschaft erlebt, da die Sorgen der Juden:Jüdinnen hinsichtlich dieser Proteste nicht ernst genommen werden: „Aber man will uns dann nicht mehr verstehen, weil man kann sich unsere Betroffenheit scheinbar nicht vorstellen“, sagt ein:e Befragte:r mit Bezug auf die antiisraelischen Demonstrationen. (TH_09_14)

3.3 Wahrnehmung von Antisemitismus in Thüringen

Alle Befragten bringen zum Ausdruck, dass sie sich aktuell mit Antisemitismus beschäftigen und Antisemitismus in Deutschland intensiv beobachten. Dabei wird das Attentat auf die Synagoge in Halle aus dem Jahr 2019 von fast allen Befragten als einschneidendes Erlebnis in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Deutschland genannt (TH_02, TH_03, TH_04, TH_07, TH_08, TH_09, TH_10).

Mehrheitlich wird das Verhalten der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft den Befragten gegenüber als Exotisierung oder gar subtile Ablehnung erlebt (TH_01, TH_03, TH_04, TH_07, TH_08, TH_09, TH_10). Bis auf eine:n der Befragten berichtet alle, schon einmal selbst Antisemitismus erfahren zu haben (TH_02, TH_03, TH_04, TH_05, TH_06, TH_07, TH_08, TH_09, TH_10). Auch die Interviewten, die die Frage nach eigenen Antisemitismuserfahrungen zunächst verneinen,

berichten im Laufe des Interviews von eigenen Erfahrungen mit Antisemitismus. Das anfängliche Bestreiten lässt sich möglicherweise darauf zurückführen, dass Antisemitismus für viele Juden:Jüdinnen so alltäglich ist, dass sie ihn selbst gar nicht als erzählenswert erleben oder aber, dass sie die schmerzhaften Vorfälle aus Selbstschutz verdrängen.

Zudem geben alle Befragten an, dass sie aus Angst vor antisemitischen Vorfällen im Alltag verschiedene Vermeidungsstrategien anwenden: Die Hälfte der Befragten versucht etwa, die jüdische Identität weitestgehend zu verstecken (TH_04, TH_03, TH_05, TH_07, TH_08) und in der Öffentlichkeit beispielsweise keine Kippa sowie Kleidung oder Schmuck mit Davidsternen zu tragen. Eine Person berichtet von einem Bekannten, der sich den Bart abrasierte, um nicht als Jude erkannt zu werden (TH_04_87). Eine weitere interviewte Person, die regelmäßig mit ihrer:seiner Familie am Freitagabend zuhause Kabbalat Schabbat, d.h. den Empfang des Schabbat, feiert, gibt sogar an, bewusst die Vorhänge zuzuziehen, wenn am Tisch Menschen mit Kippa sitzen:

„Ich gehe immer sicher, dass die Vorhänge zugezogen sind. Denn es braucht nur einen Idioten [...], der sich daran stört und mir das Fenster einschmeißt. Deswegen ziehe ich die Vorhänge zu [...]. Immer. Absichtlich.“ (TH_05_33)

Zudem wird berichtet, dass das Vermeiden der Erkennbarkeit als jüdisch schon von den Eltern übernommen wurde, insbesondere, wenn diese aus der ehemaligen Sowjetunion stammen (TH_03_36). Alle Befragten teilen die Wahrnehmung, sich einer Gefahr auszusetzen, wenn sie sich als Jude:Jüdin öffentlich zu erkennen geben. So bleiben die meisten der befragten Juden:Jüdinnen in Thüringen als Jude oder Jüdin bewusst weitgehend unsichtbar, damit es gar nicht erst zu antisemitischen Vorfällen kommt.

3.4 Vorfallstypen

RIAS ordnet antisemitische Vorfälle sechs Vorklasskategorien – extreme Gewalt, Angriff, gezielte Sachbeschädigung, Bedrohung, verletzendes Verhalten und Massenzuschriften – zu. Für alle schildern auch die Befragten aus Thüringen Beispiele. Dabei werden sowohl aktuelle als auch länger zurückliegende Vorfälle, die am eigenen Leib erfahren wurden, berichtet, sowie Vorfälle, die Bekannte erlebt haben oder die in den Medien vorkamen.

Ein:e Befragte:r schildert einen Fall von **extremem Gewalt** in Thüringen, und zwar den Brandanschlag mit einem Molotow-Cocktail auf die Neue Synagoge in Erfurt aus dem Jahr 2000. Andere genannte Vorfälle extremer Gewalt passierten in anderen Bundesländern, was zeigt, dass antisemitische Gewalttaten Juden:Jüdinnen auch unabhängig ihres Wohn- und Arbeitsumfelds beschäftigen. Mehrere Befragte berichten von **Angriffen** auf Juden:Jüdinnen (TH_04, TH_09, TH_10). Zum Beispiel wurde ein:e Befragte:r in seiner:ihrer Kindheit in der Schule als „Scheiß Jude“ beschimpft und verprügelt, nachdem die Täter:innen erfahren hatten, dass der:die Befragte Jude:Jüdin ist (TH_09_23). Eine andere befragte Person berichtet davon, dass er:sie und sein:ihr Kind während einer Zugfahrt als „Juden“ beschimpft wurden und der:die Angreifer:in versuchte, dem Kind den Mund-Nasen-Schutz herunterzureißen (TH_04_39). Darüber hinaus werden vielfach **Bedrohungen** geschildert – online wie offline (TH_03, TH_04, TH_08, TH_09, TH_10). Eine Person erzählt etwa von Bedrohungen gegen sie:ihn im digitalen Raum, in denen explizite Morddrohungen gegen Juden:Jüdinnen ausgesprochen werden. Im Wortlaut der Bedrohung hieß es, dass „den Juden richtig der Garaus gemacht“ werden solle und dass das „Dritte Reich“ „ein Witz dagegen“ gewesen sei (TH_04_61). Weitere Personen berichten von Drohbriefen, adressiert an sie selbst oder an die Gemeinde (TH_09_39, TH_10_41).

Von **gezielten Sachbeschädigungen** berichten fast alle Befragten (TH_02, TH_03, TH_04, TH_05, TH_07, TH_08, TH_09, TH_10). Besonders häufig wird die Zerstörung von jüdischen Grabsteinen und der Vandalismus auf jüdischen Friedhöfen in Thüringen erwähnt (TH_02, TH_03, TH_05, TH_07, TH_09, TH_10). Als Beispiel wird etwa der jüdische Friedhof in Gotha genannt, auf dem im Jahr 2017 Grabsteine mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert wurden. Auch Hakenkreuze an Synagogen werden von mehreren Personen berichtet sowie rechtsextreme Aufkleber (TH_04_73), die etwa die Schoa leugnen oder verharmlosen oder den Nationalsozialismus verherrlichen.

Eine der befragten Personen erhält zudem regelmäßig **Massenzuschriften** per E-Mail. Die E-Mails sind laut dem:der Befragten weniger beleidigend, als dass sie zu erklären versuchen „wie die jüdische Weltverschwörung anscheinend funktionieren soll“ (TH_02_39). Die Verschwörungsnarrative werden zudem mit Zitaten von bestimmten Politikern gestützt.

Mit Abstand am häufigsten werden Vorfälle geschildert, die RIAS als **verletzendes Verhalten** erfasst. Fast alle Befragten haben solche Fälle bereits erlebt (TH_02, TH_03, TH_04, TH_05, TH_06, TH_07, TH_08, TH_09, TH_10). Als verletzendes Verhalten werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Auch online getätigte antisemitische Äußerungen werden zum verletzenden Verhalten gezählt, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Zudem werden Versammlungen der Kategorie verletzendes Verhalten zugeordnet, wenn auf ihnen in Reden, Parolen, mitgeführten Transparenten oder im Aufruf antisemitische Inhalte festgestellt werden. Die Fälle von verletzendem Verhalten, die in den Interviews genannt werden, sind dementsprechend heterogen: Eine befragte Person berichtet beispielsweise von einem Gespräch mit einem „gut ausgebildeten“ Studenten, in dessen Verlauf sich herausstellt, dass er an eine jüdische Weltverschwörung glaubt (TH_02_27). Eine andere Person bekam mit, wie vor einigen Jahren ein Schweinekopf auf das Gelände der jüdischen Gemeinde geworfen wurde (TH_07_57). Darüber hinaus wird von Problemen jüdischer Kinder an Schulen sowie von mangelnder Unterstützung vonseiten der Lehrkräfte berichtet (TH_09_39). Immer wieder erleben die befragten Juden:Jüdinnen, dass ihnen eine Mitschuld am Antisemitismus gegeben wird: Eine Person schildert etwa, dass ihm:ihr gegenüber in einem Gespräch geäußert wurde, man müsse sich nicht wundern, dass „man die Juden nicht leiden könne“, wenn diese so habgierig seien (TH_09_48). Die Unterstellung einer „jüdischen Habgier“ ist ein jahrhundertaltes antisemitisches Stereotyp, ebenso wie das Stereotyp von Juden als Geldmenschen. Damit wurde mehr als die Hälfte der Befragten schon einmal konfrontiert (TH_02, TH_03, TH_04, TH_05, TH_07, TH_08). So musste sich etwa ein:e Befragte:r auf einer Party anhören, dass Juden viel Geld hätten und das Bankwesen sowie Hollywood dominieren würden (TH_05_41). Häufig genannt wird auch verletzendes Verhalten im Kontext des Themas Israel: Ein:e Befragte:r schlug einer:m Podcaster:in per Kommentarfunktion vor, sich in der nächsten Podcastfolge mit Israel zu beschäftigen. Darauf erhielt

der:die Befragte die Antwort, dass der:die Podcaster:in erst nach Israel reisen würde, wenn Palästina endlich vom „Eroberer“ Israel befreit sei (TH_05_65). Durch diese Aussage wird Israel zum einen dämonisiert, zum anderen wird seine Existenzberechtigung als jüdischer Staat negiert. Beides sind Merkmale von israelbezogenem Antisemitismus. Ein weiterer Vorfall ereignete sich während eines Dienstessens im universitären Kontext. Als der:die Befragte erzählte, er:sie komme aus Israel, gab sich ein:e Professor:in am Tisch als BDS-Anhängerin⁴⁵ zu erkennen und konfrontierte den:die Befragte:n minutenlang mit antisemitischen Aussagen und sagte u.a.:

„Nehmen Sie das nicht persönlich, aber was sie jetzt mit den Palästinensern machen und wie sie die Kinder dort morden. Ich boykottiere alle Produkte aus Israel und ich werde Ihnen auch erklären, warum ich nicht Antisemit:in sein kann.“ (TH_08_37)

Der betroffenen Person ist es danach sehr schlecht gegangen, wie er:sie berichtet.

3.5 Erscheinungsformen

Darüber hinaus unterscheidet der Bundesverband RIAS fünf Erscheinungsformen von Antisemitismus (siehe Kapitel 1.2). Die in den Interviews geschilderten Vorfälle lassen sich sämtlichen Erscheinungsformen von Antisemitismus zuordnen. Die Hälfte der Befragten hat schon einmal Vorfälle erlebt, die sich dem **antisemitischen Othering** zuordnen lassen (TH_01, TH_02, TH_03, TH_04, TH_08), am häufigsten wird hier die Beschimpfung als „Jude“ genannt – sei es im Schulkontext, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder im privaten Wohnumfeld. Das Wort „Jude“ stellt allgemein ein aktuell weit verbreitetes antisemitisches Schimpfwort dar.⁴⁶ Eine weitere Person berichtet, dass ihm:ihr vorgehalten werde, er:sie sei kein:e Deutsche:r und dass er:sie doch „nach Hause nach Tel Aviv oder Moskau“ (TH_02_23) fahren solle, obwohl die befragte Person die deutsche Staatsbürgerschaft hat.

Ebenfalls häufig wird die Konfrontation mit Vorfällen, die dem **modernem Antisemitismus** zugeordnet werden, genannt (TH_02, TH_03, TH_04, TH_05, TH_07, TH_08, TH_09). Jüngst artikuliert sich diese

⁴⁵ Die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment und Sanctions) ist eine antisemitische Bewegung, die vor allem im linken Spektrum viele Unterstützer:innen hat.

⁴⁶ Bernstein 2019.

meist in Fantasien über eine jüdische Weltverschwörung, etwa in Bezug auf die Coronapandemie, aber auch in Bezug auf das Bankwesen oder die Weltpolitik. Mehr als die Hälfte der Befragten hat schon einmal erlebt, dass ihnen bzw. Juden:Jüdinnen eine besondere Verbindung zum Geld unterstellt wurde (TH_02, TH_03, TH_04, TH_05, TH_07, TH_08). Solche Stereotype werden oftmals in banalen Alltagssituationen geäußert (TH_04_33).

Formen von **Antijudaismus**, d.h. die Ablehnung der jüdischen Religion aus religiösen Gründen, werden vergleichsweise seltener genannt. Ein:e Befragte:r erzählt von einer Person aus einer christlichen Kirchengemeinde, die ihm:ihr gegenüber beklagte, dass Juden:Jüdinnen Jesus nicht als Messias akzeptieren würden (TH_03_44) – eine uralte antijudaistische Diskreditierung des Judentums. Eine weitere Person berichtet von Antijudaismus aus dem muslimischen Kontext. Unter dem Bild eines orthodoxen Juden auf Social Media sei kommentiert worden: „Der Prophet [gemeint ist hier mutmaßlich Mohammed, Anm. d. Verf.] wird kommen und euch alle töten“ (TH_05_63).

Am zweithäufigsten wird der **Post-Schoa-Antisemitismus** genannt, wobei den Befragten oft mehrere Beispiele einfallen (TH_02, TH_03, TH_04, TH_07, TH_08, TH_09, TH_10). Eine Person erinnert sich an einen Ausflug zu der Gedenkstätte Buchenwald in ihrer Schulzeit, bei dem ein:e Mitschüler:in ihm:ihr beim Betreten der Gedenkstätte „Home Sweet Home“ zurief (TH_07_27). Im Klassenzimmer wurde die antisemitische Demütigung fortgesetzt: Zuerst wurde der:die Schüler:in aus dem Klassenraum ausgesperrt, dann mit den Worten „Komm in die Gaskammer“ wieder hereingebeten (TH_07_27). Weitere Befragte schildern die Verharmlosungen oder Relativierungen der Schoa sowie Forderungen, einen „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit zu setzen und sie nicht immer wieder zu thematisieren. Auch die bereits erwähnte Aufmerksamkeit der Befragten für die Zerstörung und den Vandalismus auf jüdischen Friedhöfen belegt, dass Post-Schoa-Antisemitismus einen wesentlichen Teil des erfahrenen Antisemitismus ausmacht.

Am häufigsten schildern die Personen Formen des **israelbezogenen Antisemitismus**: Fast alle Befragten müssen sich demnach immer wieder mit israelbezogenem Antisemitismus auseinandersetzen (TH_02, TH_03, TH_04, TH_05, TH_06, TH_07, TH_08, TH_09, TH_10). Die beschriebenen Vorfälle von israelbezogenem Antisemitismus gehen dabei oft mit antisemitischem Othering einher, etwa, wenn sich die jüdischen Befragten immer wieder für Israel rechtfertigen müssen. So erhielt eine Person, die bei einer jüdischen Einrichtung arbeitet, die

allerdings keinen Bezug zum Staat Israel hat, per Telefon Beschwerden gegen Israel. Ihr:ihm gegenüber wurde behauptet, Israel sei ein „unethischer Staat“ (TH_03_44).

Oft wird geschildert, dass Stereotype, die bis ins Mittelalter zurückgehen, auf Israel übertragen werden. Eine Person nennt etwa die Bezeichnungen „Brunnenvergifter“ oder „Kindermörder“ für den Staat Israel im politischen Kontext. Hier bekam er:sie zu hören, dass Israel Kinder als Schutzschilder verwende (TH_04_43). Mehrere Befragte beklagen das vorherrschende Unwissen über Israel sowie die Verbreitung problematischer und oft falscher Quellen, was nicht selten Antisemitismus Vorschub leiste. Dazu zählen die Befragten zum Beispiel die faktisch falschen Behauptungen, dass Palästinenser:innen nur mit Steinschleudern kämpften, während Israel Raketen zurückschieße; oder dass vor den Palästinenser:innen keine Juden:jüdinnen in Israel gelebt hätten. Auch antisemitische Demonstrationen gegen Israel, die etwa im Frühjahr 2021, aber auch 2014 in Thüringen stattfanden, werden als Beispiel für israelbezogenen Antisemitismus genannt. Bemängelt wird zudem die einseitige Solidarität der Mehrheitsgesellschaft mit Palästinenser:innen und die Darstellung von Israel als Aggressor. Die dadurch entstehenden Situationen sind für Juden:jüdinnen in Thüringen belastend: „Warum haben wir das verdient, immer? Warum muss ich das immer wieder erklären?“, (TH_08_137) beklagt eine der befragten Personen über die genannte Ignoranz und die daraus entstehenden Diskussionen.

3.6 **Tatorte antisemitischer Vorfälle in Thüringen**

Antisemitische Vorfälle ereignen sich sehr häufig in oder vor jüdischen Einrichtungen und Veranstaltungen sowie vor solchen, die mit dem Judentum assoziiert werden. RIAS unterscheidet die Tatorte Internet, Bildungseinrichtung, ÖPNV, Synagoge, Friedhof, Stadion, Gastronomie, Gedenkort, Geschäftsstelle, öffentliches Gebäude, Arbeitsplatz, Wohnumfeld, Privatgelände, öffentliche Grünanlage, Straße und Sonstige. Als zentrale Tatorte nennen die Befragten Synagogen und Synagogen-Denkmäler, Gedenkveranstaltungen oder Gedenkstätten sowie jüdische Friedhöfe. Über die Hälfte der Befragten berichtet von Vandalismus und Zerstörung jüdischer Gräber. Synagogen werden am häufigsten als Ort antisemitischer Vorfälle genannt (TH_02, TH_03, TH_04, TH_07, TH_09, TH_10). Eine Person berichtet, dass viele der

Gemeindemitglieder Angst haben, auf dem Weg zu Veranstaltungen der Jüdischen Gemeinde bzw. den Veranstaltungen selbst von ihren Nachbar:innen gesehen zu werden (TH_02_46). Gerade nach dem Anschlag von Halle sind die Sorgen in Bezug auf weitere Gewalttaten gestiegen.

Aber auch in fast allen anderen Einrichtungen des Alltags begegnet den Befragten Antisemitismus. Besonders häufig genannt werden Bildungseinrichtungen wie Schule und Universität sowie das berufliche Umfeld (TH_02, TH_03, TH_04, TH_06, TH_07, TH_08, TH_09, TH_10). Nach Synagogen sind Schulen der am häufigsten genannte Ort antisemitischer Vorfälle. Eine Person berichtet, dass ein Kind aus der Bekanntschaft des:der Befragten aufgrund von Antisemitismus sogar von der Schule genommen wurde (TH_09_37).

Mehrere Befragte schildern Vorfälle, die sich im Kontext der Universität ereigneten, etwa, dass sie „komisch angeschaut wurden“ oder in Gängen angerempelt wurden, nachdem sie sich als Jude:Jüdin zu erkennen gegeben hatten (TH_04_35). Eine Person berichtet von Holocaustrelativierungen in einem Hochschulseminar. Dabei wurde die Schoa als eine Art „biologisches“ Ereignis dargestellt, dass in der Geschichte schon mehrmals passiert sei, auch im Tierreich (TH_08_43).

Ebenso wird oft von Antisemitismus am Arbeitsplatz berichtet (TH_04, TH_05, TH_07, TH_08). Eine Person erzählt etwa, dass einem:r Verwandten auf die Frage nach einer Gehaltserhöhung vorgeworfen wurde, „dass die Juden ja nie genug Geld haben können“ (TH_07_61).

Auch von antisemitischen Vorfällen im öffentlichen Raum und auf Straßen wird häufig berichtet (TH_03, TH_04, TH_07, TH_09, TH_10). Dazu erfahren Juden:Jüdinnen in Thüringen Antisemitismus immer häufiger auch online: das Internet wird sehr häufig als Tatort genannt, etwa in Form von Nachrichten mit antisemitischen Inhalten. Eine Person schildert, dass Beleidigungen über Social Media gang und gäbe seien (TH_09_41). Dass viele User:innen das „Internet als rechtsfreien Raum“ für sich nutzen, bezeichnen die Befragten als „sehr besorgniserregend“ (TH_09_43).

Die Schilderungen der Befragten machen deutlich: Juden:Jüdinnen können in ihrem alltäglichen Leben potenziell überall mit Antisemitismus konfrontiert werden können. Bereits in der Schule erfahren Kinder Antisemitismus, was sich im Erwachsenenalter an der Universität oder am Arbeitsplatz fortsetzt. Weder im öffentlichen Raum noch im privaten Wohnumfeld gibt es einen Ort, an dem Juden:Jüdinnen sich vor antisemitischen Artikulationen sicher fühlen können.

3.7

Antisemitische Akteur:innen in Thüringen

Die Befragten erwähnen bei den Schilderungen konkreter antisemitischer Vorfälle verschiedene antisemitische Akteur:innen. Sie beschreiben ein breites Spektrum unterschiedlicher politisch-weltanschaulicher Hintergründe und sozialer Milieus. Männliche und weibliche Personen waren nach Aussagen der Befragten etwa gleich oft an antisemitischer Artikulation beteiligt, die Hälfte der Interviewten nannte auch Kinder und Jugendliche, die sich antisemitisch artikulieren. Auch wenn der Antisemitismus von den Befragten nicht auf ein politisches Milieu, einen Bildungsgrad oder ein Sozialmilieu beschränkt wird, unterscheiden sie andere Artikulationsformen je nach politischen Ansichten oder Milieu.

Bei vielen antisemitischen Vorfällen bleibt der politisch-weltanschauliche oder gesellschaftliche Hintergrund der Akteur:innen unbekannt. In Thüringen werden am häufigsten rechte und rechtsextreme Täter:innen genannt (TH_02, TH_03, TH_04, TH_07, TH_09, TH_10). Eine Person bezeichnet den „Antisemitismus von rechts“ als die für ihn:sie „subjektiv größere Bedrohung“ (TH_04_53). Sowohl die AfD als auch die NPD werden mehrfach als antisemitische Akteure erwähnt. Auch das verschwörungsideologische Milieu wird genannt. Darunter können unter anderem sogenannte Coronaleugner:innen und Impfgegner:innen fallen, die politisch nicht eindeutig zu verorten sind. Im Besonderen wird der Post-Schoa-Antisemitismus bzw. der antisemitische Geschichtsrevisionismus wahrgenommen.

Am zweithäufigsten wird von islamischen bzw. islamistischen Milieus berichtet (TH_04, TH_05, TH_07, TH_08, TH_09). Mehrmals wird der Kontext Schule herausgehoben und berichtet, dass muslimische Kinder jüdische Kinder in der Schule als „Jude“ beschimpfen.

Darüber hinaus berichten mehrere Befragte auch von Antisemitismus im linken bzw. antiimperialistischen Spektrum (TH_04, TH_08, TH_09, TH_10). Dieser sei den Befragten zufolge besonders oft in gebildeten, akademischen Milieus, etwa Universitäten anzutreffen und äußere sich meist in Form von israelbezogenem Antisemitismus. Ein:e Befragte:r betont etwa, „da kann man nicht so tun, als gäbe es nur den rechten Antisemitismus [...], wenn es bei Linken sowas auch gibt.“ (TH_09_14)

Auch in christlichen Milieus begegnet Juden:Jüdinnen Antisemitismus, wengleich seltener. Im Falle einer befragten Person (siehe 3.5) wurde ihm:ihr etwa der Vorwurf gemacht, dass der Welt viel erspart geblieben wäre, wenn die Juden:Jüdinnen Jesus als Messias anerkannt

hätten (TH_03_44). Demzufolge sind Juden:Jüdinnen selbst schuld an der christlichen Verfolgung.

Aus den Interviews ergibt sich darüber hinaus, dass Antisemitismus in allen politischen Spektren vorkommt. Ein Befragter beschreibt einen „latenten Antisemitismus“, der sich gerade dadurch auszeichne, dass er in allen politischen Spektren zu Hause sei: Egal in welchem politischen Spektrum gebe es in Deutschland generell einen „latenten Antisemitismus, der einfach nur als nicht Antisemitismus empfunden wird“ (TH_10_49).

3.8 **Wahrnehmung von Unterstützungsangeboten**

Alle Befragten, die Mitglieder der Jüdischen Landesgemeinde sind, kennen bereits Unterstützungsangebote in Thüringen. Diejenigen, die nicht Mitglieder der JLGT sind, kennen diese Unterstützungsangebote oftmals nicht. Insbesondere RIAS Thüringen ist bekannt, was aber vor dem Hintergrund, dass die Befragten sich zu einem Interview mit RIAS Thüringen bereit erklärt haben, nicht verwunderlich ist. Eine Person betont, dass es durch RIAS Thüringen „einen klaren Ansprechpartner“ gibt: „Und ich möchte jetzt nicht sagen, dass die anderen nicht mehr notwendig sind, aber das macht es natürlich schon einfacher.“ (TH_03_105) Aber auch Beratungsstellen wie OFEK, ezra und MOBIT werden genannt und gleich oft erwähnt. Eine Person nennt zusätzlich die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) und eine weitere Person gibt an, dass sie zuerst zu einer Vertrauensperson in der Jüdischen Gemeinde und danach zu einer Beratungsstelle gehen würde. Eine Person berichtet, dass Flyer von RIAS Thüringen in der Jüdischen Gemeinde ausliegen. Für über die Hälfte der Befragten macht es keinen Unterschied, ob die Unterstützungsangebote in jüdischer Träger:innenschaft sind oder nicht.

3.9 **Bedarfe für eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus**

Die Hälfte der Befragten hat konkrete Wünsche und Forderungen an Politik und Zivilgesellschaft im Umgang mit Antisemitismus (TH_02, TH_03, TH_07, TH_09, TH_10). Von der Politik wünscht sich eine Person mehr Präventionsarbeit und hofft, dass man künftig „nicht erst hin-

terher bedauert, dass es passiert ist, sondern dass man daraufhin wirkt, dass es erst gar nicht passieren kann“ (TH_03_82). Eine weitere Person kritisiert die vorherrschenden Konzepte von Antisemitismus in der Politik: Es reiche nicht, „Jüdinnen und Juden einzuladen und zu hoffen, dass die Gesellschaft nur, weil einmal ein Jude da war, keine Vorurteile gegenüber Juden mehr hat“ (TH_02_23). Insgesamt sollten öffentliche Diskussionen und Gespräche über Antisemitismus mehr gefördert werden, fordert ein:e andere:r Befragte:r. Dies gelte auch für das private Umfeld: Hier wünschen sich die Befragten, dass ihnen nichtjüdische Freund:innen bei antisemitischen Vorurteilen oder im Kontext antiisraelischer Argumentationen zur Seite stehen (TH_07_75). Auch von den zivilgesellschaftlichen Initiativen wünscht sich eine Person einen stärkeren Austausch der Initiativen untereinander, „über Parteien und ideologische Grenzen hinweg“ (TH_09_90). Eine weitere Person betont, dass der Kampf gegen Antisemitismus nicht für partikulare Interessen missbraucht werden dürfe: „Ich wünsche mir, dass das Thema Antisemitismus nicht instrumentalisiert wird für irgendwelche Zwecke, sondern als das dargestellt und erforscht wird, was es wirklich ist.“ (TH_10_89)

4.

Antisemitismus in Thüringen aus staatlicher Perspektive

Der Beauftragte der Landesregierung für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus hat mit der Veröffentlichung seines ersten Berichts⁴⁷ im November 2020 die bis dato umfassendste Beschreibung der Situation im Hinblick auf Antisemitismus in Thüringen vorgelegt. Damit hat er nicht nur einen wichtigen Beitrag für die politische Debatte geleistet, sondern auch eine ausführliche Einschätzung zum Thema aus staatlicher Perspektive vorgelegt. Der Bericht enthält neben den Erkenntnissen des Thüringen-Monitors zu antisemitischen Einstellungen und der Auswertung polizeilich erfasster Straftaten auch die Auflistung aktueller Maßnahmen der Landesregierung zur Förderung jüdischen Lebens und der Bekämpfung des Antisemitismus sowie einen Katalog an Handlungsempfehlungen.

Aus dem Bericht geht unter anderem hervor, dass bereits seit 2015 innerpolizeiliche Fortbildungen zum Thema Antisemitismus in Kooperation mit der ZWST angeboten werden. Eine umfassende Prüfung und kritische Bewertung der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus in Thüringen kann im Rahmen der vorliegenden Problembeschreibung nicht erfolgen.

Für zivilgesellschaftliche Recherche- und Beratungsprojekte ist es dennoch dringend geboten, polizeiliche Statistiken über antisemitische Straftaten zu berücksichtigen. Zum einen, weil diese in der politischen und medialen Öffentlichkeit die wichtigste Referenz für die Bewertung von Antisemitismus sind, zum anderen aufgrund ihrer seit über 15 Jahren bundesweit einheitlichen Erhebungsweise. Dadurch sind die Statistiken als einzige Erfassung antisemitischer Straftaten anzusehen, die verlässliche Auskünfte über statistische Entwicklungen in der

47 Thüringer Staatskanzlei (Hrsg.) (2020): Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus. Online: https://www.staatskanzlei-thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/Themen/1215_Antisemitismusbericht_final_korrigiert_POE.pdf [06.05.2022].

gesamten Bundesrepublik sowie über regionale Besonderheiten geben können.

Dennoch haben die Analysen der polizeilichen Erfassung politisch motivierter Kriminalität (PMK-Statistik) durch RIAS Berlin und den Bundesverband RIAS ergeben, dass die Aussagekraft der Daten eingeschränkt werden muss. Dies bestätigt in weiten Teilen auch ein Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (UEA) an den Deutschen Bundestag.⁴⁸ Der Einschränkung zugrunde liegt ein Spannungsverhältnis, das häufig zwischen der Wahrnehmung von Antisemitismus durch die

Betroffenen und der Perspektive staatlicher Akteur:innen wie Polizei- und Sicherheitsbehörden besteht. Eine solche Wahrnehmungsdiskrepanz zwischen jüdischen Communities und den Sicherheitsorganen über das Ausmaß und die Qualität antisemitischer Vorfälle kann sich beispielsweise aus einer geringen Anzeigequote, aus Schwierigkeiten bei der Klärung des Tatmotivs oder aus einer fehlerhaften Zuordnung zu einem politischen Spektrum („Phänomenbereich“) ergeben.

Die folgenden Ausführungen (Abschnitte 4.1 bis 4.5) sind vor allem als Ergänzung zu verstehen und als Lesehilfe, die der Öffentlichkeit eine Einordnung der PMK-Statistik erleichtern soll. Sie sollen den Wert dieser Statistik nicht infrage stellen. Die folgende Problematisierung der PMK-Daten bezieht sich nicht nur auf das Land Thüringen, sie dient auch dazu, die Erfassung antisemitischer Straftaten durch die Landeskriminalämter (LKA) und das Bundeskriminalamt (BKA) in einen gesamtdeutschen Zusammenhang einzuordnen.

Im Folgenden werden zunächst grundlegende Begriffe und Verfahrensweisen der PMK-Statistik vorgestellt (Abschnitt 4.1). Daran schließen sich die Darstellung der Problematik des Dunkelfeldes nicht angezeigter Straftaten (Abschnitt 4.2); der Schwierigkeit der Motiverklärung (Abschnitt 4.3) und der Besonderheiten bei der Erfassung antisemitischer Straftaten mit Bezug zum Nahost-Konflikt (Abschnitt 4.4) an. Schließlich wird die Zuordnung der Straftaten nach politischen Spektren, sogenannte Phänomenbereiche, erläutert (Abschnitt 4.5). In Abschnitt 4.6 werden dann die zur Verfügung stehenden polizeilichen Datensätze analysiert.

48 Bundesministerium des Innern / Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (Hrsg.) (2017): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, S. 30–54. Online: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf;jsessionid=5E41775A6161B06F69AE85A92A8B3410.2_cid287?__blob=publicationFile&v=7 [06.05. 2022].

4.1 Lesehilfe für die polizeiliche Statistik

Die PMK-Statistik basiert auf bundeseinheitlichen Vorgaben des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und des Bundeskriminalamts (BKA). Straftaten, bei denen eine politische Motivation zugrunde gelegt wird, werden dabei einem bestimmten politischen Spektrum zugeordnet. Dieses wird als Phänomenbereich bezeichnet. Die PMK-Statistik sieht die Phänomenbereiche „rechts“, „links“, „ausländische Ideologien“ und „religiöse Ideologien“⁴⁹ vor. Politisch motivierte Straftaten, für die keine dieser vier Kategorien zutrifft, werden unter „sonstige/nicht zuzuordnen“ kategorisiert. Politisch motivierte Straftaten werden zudem einem sogenannten Themenfeld zugeordnet. Antisemitischen Straftaten fallen in das Themenfeld „Hasskriminalität“.⁵⁰

Bei der PMK-Statistik handelt es sich um eine sogenannte Eingangsstatistik, das bedeutet: Die Entscheidung, ob es sich um eine politische motivierte Straftat handelt, wird getroffen, wenn eine Anzeige bei einer Polizeibehörde eingeht. Im Unterschied dazu beinhaltet die polizeiliche Kriminalstatistik auch Ergebnisse späterer Ermittlungen. Eine spätere Korrektur einzelner Einträge in der PMK-Statistik, etwa weil sich bei einem Gerichtsverfahren neue Erkenntnisse über die Motivation für eine Straftat ergeben haben, findet nur selten statt. Die Anordnung über die Mitteilung von Strafsachen (MiStra) verpflichtet zwar Staatsanwaltschaften, die ermittelnde Polizeibehörde über den Ausgang eines Gerichtsverfahrens zu informieren,⁵¹ doch ist dadurch noch keine zeitnahe Weiterleitung an den Kriminalpolizeilichen Meldedienst (KPMd) gewährleistet und somit keine systematische nachträgliche Korrektur der PMK-Statistik. Seit Ende 2018 sind die Staatsanwaltschaften durch die Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) zudem angehalten, bei politisch motivierten Straftaten das BKA zu informieren. Diese Regelung schließt antisemitische Straftaten mit ein.⁵² Allerdings regelt die RiStBV nicht, dass diese Daten auch an die jeweiligen LKA gemeldet werden müssen, die für die

49 Bis zum 31. 12. 2016 wurden die Phänomenbereiche „Ausländische Ideologien“ und „Religiöse Ideologien“ im Phänomenbereich „Ausländerkriminalität“ zusammengefasst.

50 Feldmann, Dorina; Kopke, Christoph; Schultz, Gebhard (2016): Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg (1990–2008). Zur Problematik der statistischen Erfassung politisch motivierter Kriminalität. In: Frindte, Wolfgang; Geschke, Daniel; Haußecker, Nicole; Schmidtke, Franziska (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden: Springer, S. 341–358, hier S. 348.

51 Verwaltungsvorschriften im Internet (2019): Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra). Fassung vom 01.05.2019. Online: http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwbund_27032019_RB414313R2122019.htm [06.05.2022].

52 Verwaltungsvorschriften im Internet (2018): Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV). Fassung vom 01.12.2018. Online: http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwbund_01011977_420821R5902002.htm [06.05.2022].

Erstellung der PMK-Statistik verantwortlich sind. Nachträgliche Korrekturen der PMK-Statistik sind also grundsätzlich möglich, finden aber praktisch nicht systematisch statt. Zudem gibt es bundesweit unterschiedliche Nachmeldefristen. Deshalb sind die Daten unterschiedlicher Bundesländer mitunter nur eingeschränkt vergleichbar. So werden Straftaten auch nach Ablauf eines Kalenderjahres der Statistik des abgelaufenen Jahres zugeordnet, wenn sie beispielsweise erst später angezeigt oder übermittelt werden. Durch den unterschiedlichen Umgang mit nachgemeldeten Zahlen können sich so kleine Abweichungen zwischen verschiedenen PMK-Statistiken in Bund und Ländern ergeben.

Die in der PMK-Statistik erfassten Straftaten sind sogenannte Lebenssachverhalte. Das sind mitunter komplexe Tatgeschehen, die mehrere Straftatbestände erfüllen, von denen aber nur der Straftatbestand mit der höchsten Strafandrohung in der Statistik aufgeführt wird. Ruft beispielsweise auf einer Demonstration eine klar definierbare Personengruppe antisemitische Parolen, bedroht aber gleichzeitig umstehende Passant:innen und begeht noch dazu eine gemeinschaftliche Körperverletzung, so wird nur die gemeinschaftliche Körperverletzung in die PMK-Statistik aufgenommen.

Die Landeskriminalämter veröffentlichen ihre PMK-Statistiken grundsätzlich nicht oder zumindest nicht detailliert. Die Daten fließen jedoch in sogenannte Lagebilder und in jährliche Berichte über politisch motivierte Kriminalität ein.

4.2 **Großes Dunkelfeld bei antisemitischen Vorfällen**

Die Erfassung antisemitischer Straftaten wird durch ein großes Dunkelfeld erschwert. Diese mindert auch die Aussagekraft der PMK-Statistik – nicht nur in Thüringen, sondern in allen Bundesländern. Die PMK-Statistik kann definitionsbedingt nur Auskunft über Straftaten geben, die bei der Polizei angezeigt wurden. Viele antisemitische Vorfälle sind aber strafrechtlich nicht relevant. Zudem meiden viele betroffene Juden:Jüdinnen selbst bei strafrechtlich relevanten antisemitischen Vorfällen den Gang zur Polizei. Die PMK-Statistik lässt also immer nur Aussagen über das sogenannte Hellfeld zu, also über jene antisemitischen Straftaten, die tatsächlich angezeigt wurden. Das wirft die Frage nach dem Dunkelfeld, also der Zahl der nicht angezeigten Straftaten auf.

Seit den 1970er Jahren existiert in der Bundesrepublik eine Dunkelfeldforschung. In jüngster Zeit wurden hierzu jedoch nur in Niedersachsen und Schleswig-Holstein Studien durchgeführt. Die Kriminologische Forschungsstelle des LKA Niedersachsen erfasste in ihrer dritten Dunkelfeldstudie 2017 erstmals auch die Deliktart „Hasskriminalität“.⁵³ Die Ergebnisse der Studie wurden im Februar 2018 gemeinsam mit dem Hellfeld, also der polizeilichen Kriminalitätsstatistik für Niedersachsen, vorgestellt. Die Studie ermittelte eine Anzeigequote. Diese beschreibt das „Verhältnis der angezeigten Opfererfahrungen zur Anzahl der erlebten Opfererfahrungen“. Diese Quote erlaubt es, aus der Zahl der polizeilich registrierten Straftaten die tatsächliche Zahl der Straftaten hochzurechnen und damit das Ausmaß des Dunkelfelds zu bestimmen. Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik für Niedersachsen führte 2016 insgesamt 867 angezeigte Straftaten von „Hasskriminalität“ auf. Laut der Dunkelfeldstudie betrug die Anzeigequote für „Hasskriminalität“ im gleichen Zeitraum 12%. Das heißt, dass 88% der Straftaten oder „Opfererfahrungen“ in diesem Bereich nicht angezeigt wurden. Rechnet man dieses Dunkelfeld mit ein, so hat es 2016 in Niedersachsen ungefähr 7.225 Straftaten im Bereich „Hasskriminalität“ gegeben. Laut der Studie gibt es in allen Bereichen der Kriminalität ein Dunkelfeld. Bei vorurteilsmotivierten Straftaten sei es aber besonders groß. Lediglich bei Sexualdelikten sei die Anzeigequote mit gut 6% noch geringer. Bezogen auf die Erfassung von „Hasskriminalität“ nennt die Studie eine Reihe von Gründen, aus denen Geschädigte keine Anzeige erstatten. So hätten Opfer von „Hasskriminalität“ häufiger als Opfer anderer Straftaten Gründe für eine unterlassene Anzeige genannt. Darunter waren schlechte Erfahrungen mit der Polizei (23%), zu viel Mühe, die Polizei einzuschalten (19%), Angst vor einem Gerichtsverfahren (8%), Wunsch nach Ruhe bzw. danach, das Erlebnis zu vergessen (25%), sowie Angst vor den Täter:innen (8%). Auch wenn die Dunkelfeldstudien in Niedersachsen und Schleswig-Holstein antisemitische Straftaten nicht ausdrücklich behandelt haben, unterstreichen ihre Ergebnisse doch die Bedeutung regelmäßiger Erhebungen, welche die polizeiliche Kriminalstatistik ergänzen. Nur durch sie kann das tatsächliche Ausmaß antisemitisch motivierter Straftaten ermittelt werden. Das BKA hat in den Jahren 2020–2021 bundesweite Befragungen im Rahmen der bundesweiten Dunkelfeldstudie Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2020 (SKiD 2020) ausgeführt. Die Ergebnisse der Studie sind bislang nicht publiziert.⁵⁴ Regelmäßig durchgeführte Dunkelfeldstudien liefern belastbare Daten, mit denen sich

53 Landeskriminalamt Niedersachsen (2017): Kriminologische Forschung und Statistik. Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. Bericht zu Kernbefunden der Studie. Online: <https://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie---befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html> [06..05.2022].

Veränderungen des Anzeigeverhaltens feststellen lassen. Dies ist wiederum wichtig, um die Wirksamkeit neu eingeführter Maßnahmen zur Verbesserung des Anzeigeverhaltens überprüfen zu können.

Auf das sogenannte Underreporting, also das Problem nicht gemeldeter bzw. nicht angezeigter Straftaten im Bereich Antisemitismus hat bereits 2013 eine europaweite Umfrage der FRA hingewiesen. In der nicht repräsentativen Onlinebefragung nahmen über 500 Juden:Jüdinnen aus Deutschland teil. 26% von ihnen gaben an, in den zwölf Monaten vor der Erhebung wegen ihres jüdisch-Seins beleidigt oder beschimpft worden zu sein. 76% der Befragten sagten zudem, selbst den schwerwiegendsten Vorfall weder bei der Polizei angezeigt noch einer zivilgesellschaftlichen Organisation mitgeteilt zu haben.⁵⁵ Laut einer aktuelleren FRA-Studie von 2018 hat sich die Anzeigebereitschaft gegenüber 2013 noch weiter verschlechtert.⁵⁶ Als Gründe für ihr Meldeverhalten gaben die Befragten mehrheitlich an, dass eine Anzeige nichts geändert hätte, dass ihnen so etwas ständig passiere, dass sie damit allein zurechtkämen und dass eine Anzeige oder eine Meldung bei einer zivilgesellschaftlichen Organisation zu bürokratisch und zeitaufwendig sei.⁵⁷ Zu einer ähnlichen Einschätzung des Underreporting kam eine Online-Befragung von 2016, an der 535 Juden:Jüdinnen in Deutschland teilnahmen. 72% von ihnen gaben an, „einen besonders ausgeprägten Fall von Antisemitismus“ nicht oder eher nicht bei der Polizei anzuzeigen bzw. bei einer Beschwerdestelle oder einer jüdischen Gemeinde zu melden.⁵⁸

4.3 Erkennen des antisemitischen Motivs von angezeigten Straftaten

Ob eine angezeigte Straftat an das zuständige LKA weitergeleitet, vom polizeilichen Staatsschutz verfolgt und in die PMK-Statistik aufgenommen wird, hängt in hohem Maß von den Informationen ab, die bei der Anzeigenstellung erfasst werden. Entscheidend sind dabei häufig

54 Stand 01.04.2022. Mehr Informationen unter Bundeskriminalamt (2020): SKiD. „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“. Online: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/SKiD/skid_node.html [06.05.2022].

55 European Union Agency for Fundamental Rights (2013): Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Online: http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-factsheet-jewish-people-experiences-discrimination-and-hate-crime-eu_de.pdf [06.05.2022].

56 European Union Agency for Fundamental Rights 2018.

57 European Union Agency for Fundamental Rights (2014): Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedstaaten. Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus. Online: <http://fra.europa.eu/de/publication/2014/diskriminierung-und-hasskriminalitt-gegenber-juden-den-eu-mitgliedstaaten> [06.05.2022].

58 Zick et al. 2017.

die Erfahrungen, der Kenntnisstand und die Sensibilität der Polizeibeamt:innen, die eine Anzeige aufnehmen.⁵⁹ Dies zeigen Beispiele aus der Vergangenheit. So wurde RIAS Berlin 2016 eine Bedrohung mit einem Messer auf einem Berliner U-Bahnhof gemeldet. Dieser waren antisemitische Beschimpfungen vorausgegangen. Trotz Strafanzeige tauchten die Beschimpfungen aber nicht in der entsprechenden PMK-Statistik auf. Bereits bei der Vernehmung vor Ort hatte die anzeigende Person den Eindruck gehabt, dass die zuständigen Polizeibeamt:innen den antisemitischen Äußerungen keine besondere Aufmerksamkeit schenken. Dabei waren diese Beleidigungen letztlich tausalösend für die Stichbewegungen mit dem Messer. Weitere ähnliche Fälle sind dem Bundesverband RIAS bekannt.

Daher kann angenommen werden, dass die ermittelnden Beamt:innen sich bei ihrer Beurteilung eines Falles (beispielsweise bei der Fokussierung auf bestimmte Aspekte des Tathergangs) von ihrem Wissen über die Zählweise und die statistischen Begriffe in der PMK-Statistik leiten lassen. Mit anderen Worten: Es besteht die Gefahr, dass relevante Informationen zum Tathergang gar nicht erst aktenkundig werden, da die Wahrnehmung der Sachverhalte durch Polizeibeamt:innen am Tatort bereits vom Raster der späteren statistischen Erfassungspraxis eingeschränkt ist. Um auf das Beispiel aus Berlin zurückzukommen: Bereits bei der Aufnahme der Anzeige wurde den antisemitischen Äußerungen weniger Aufmerksamkeit geschenkt als der Bedrohung mit dem Messer, da dies eine schwerwiegendere Straftat ist, die entsprechend höher bestraft wird. Die Vermutung, dass sich ermittelnde Polizeibeamt:innen bei der Erfassung von Straftaten nicht nur am zu erwartenden Strafmaß, sondern auch an spezifischen Zählweisen der PMK-Statistik orientieren, wird durch einen weiteren Fall gestützt. Einem Israeli wurde aus antisemitischen Gründen eine Dienstleistung verweigert. Als er daraufhin Anzeige erstatten wollte, behauptete der:die aufnehmende Beamt:in, der Fall habe nichts mit Antisemitismus zu tun, sondern sei als Ausdruck des „Israel-Palästina-Konflikts“ zu deuten (siehe dazu ausführlich Abschnitt 4.4). Die ohnehin schwere gerichtsfeste Motivklärung bei Straftaten mit antisemitischen Bezügen wird so nochmals beeinträchtigt.

Auch ein Beispiel aus Thüringen verdeutlicht, dass die Analyse eines antisemitisch motivierten Lebenssachverhaltes für LKA und Staatsanwaltschaft eine Herausforderung darstellt. Im Februar 2018 wurden teilweise großflächig die Worte „Juden Jena“ an mehrere Häuserwände in Thüringen geschrieben. Dagegen wurde Anzeige erstattet. Die

59 Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017, S. 33.

zuständige Ordnungsverwaltung teilte der anzeigenden Person mit, laut Polizei und polizeilichem Staatsschutz handle es sich „nicht um antisemitische Schmierereien, sondern um szenetypische Fanbe-griffe“⁶⁰. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam nach einer Kleinen Anfrage im Thüringer Landtag die Thüringer Generalstaatsanwaltschaft.⁶¹ Eine ausführliche Analyse dieser Fehleinschätzung findet sich in Abschnitt 6.3 der vorliegenden Problembeschreibung.

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus (UEA) sprach in seinem Bericht allgemeiner von einer Vermeidungsstrategie der Polizei. Selbst bei offensichtlichen antisemitischen Tatmotiven würden häufig alternative und oftmals unpolitische Tatmotive angenommen.⁶² Erschwerend kommt hinzu, dass antisemitische Straftaten als politisch motiviert gelten müssen, um in der PMK-Statistik erfasst zu werden.

Die skizzierten Schwierigkeiten bei der Erkennung und statistischen Erfassung antisemitischer Tatmotive werden durch einen unscharfen begrifflichen Referenzrahmen noch verstärkt. Seit September 2019 ist die Arbeitsdefinition Antisemitismus (siehe zur Erläuterung Abschnitt 1.2) Teil des bundesweiten Klassifizierungssystems für politisch moti-vierte Straftaten des BKA. Bis dahin lautete die einzige inhaltliche Ori-entierung des BMI zur Bestimmung antisemitischer Straftaten: „Darunter sind nach der Erläuterung im Definitionssystem zur politisch motivierten Kriminalität Straftaten zu subsumieren, die aus einer anti-jüdischen Haltung heraus begangen werden“⁶³.

Diese sehr knappe Orientierung setzte voraus, dass bei einer antisemi-tischen Straftat die „antijüdische Haltung“ der:des Tatverdächtigen nachgewiesen werden kann. Allerdings ist es für antisemitische Täter:innen ein Leichtes, eine solche Haltung zu leugnen. Diese hohen Anforderungen an eine Identifikation eines antisemitischen Tatmotivs – nicht nur bei polizeilichen Ermittlungen, sondern bei der Behandlung dieser Straftaten durch Justizbehörden – kann daher dazu führen, dass antisemitische Motivlagen im Zweifelsfall außer Acht gelassen werden. Eine Straftat an sich ist leichter nachweisbar als ein antisemitisches Tatmotiv.

Darüber hinaus nimmt laut einer Studie von Kati Lang die Bewertung von Straftaten als „vorurteilsmotiviert“ im Verlauf eines Strafverfol-

60 Das Schreiben liegt dem Bundesverband RIAS vor.

61 Thüringer Landtag, Drucksache 6/5728, 6. Juni 2018.

62 Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017, S. 259.

63 Ausschussdrucksache des Deutschen Bundestags 18(4)347 vom 18.06.2015: Antwort des BMI auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Volker Beck (Bündnis 90 / Die Grünen).

gungsprozesses sukzessive ab.⁶⁴ Gegenwärtig führen der Bundesverband RIAS und das MMZ hierzu ein gemeinsames Forschungsprojekt durch. Untersucht wird, inwieweit bei Straftaten, die die Berliner Polizei als antisemitisch eingestuft hat, antisemitische Motive im weiteren Verfahren berücksichtigt werden. Das betrifft die Strafanträge der Berliner Justizbehörden, die Gerichtsurteile und die jeweilige Strafzumessung. Ein Anlass für das Forschungsvorhaben ist die nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle ins Strafgesetzbuch aufgenommene Berücksichtigung „antisemitischer“ Beweggründe (§42, Abs. 2 StGB).⁶⁵ Neben Langs Studie liegen dem Bundesverband RIAS zahlreiche Begründungen für Verfahreinstellungen nach angezeigten antisemitischen Vorfällen vor. Diese zeigen bereits jetzt eine deutliche Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Betroffenen antisemitischer Vorfälle auf der einen Seite und der Einordnung seitens der Strafermittlung- und Strafverfolgungsbehörden.

Eine detailliertere Orientierungshilfe wie die Arbeitsdefinition Antisemitismus erscheint deshalb dringend geboten. Dies gilt vor allem angesichts der vielfältigen Erscheinungsformen und Ausdrucksweisen von Antisemitismus, etwa im Kontext von Verschwörungsmmythen oder mit Bezug auf Israel sowie angesichts von kommunikativen Strategien, die mitunter den Gebrauch des Wortes „Jude“ gänzlich vermeiden.

4.4 Antisemitische und antiisraelische Straftaten

Besonders sichtbar werden die Schwierigkeiten bei der Einordnung antisemitischer Straftaten, wenn diese einen Bezug zu Israel aufweisen. Oftmals werden sie dann nicht als antisemitisch interpretiert, sondern als lediglich im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt stehend oder gar als vermeintliche Kritik an Israel. Dies findet auch seinen Ausdruck in den Kategorien der PMK-Statistik. Diese sieht im Themenfeld „Krisenherde/Bürgerkriege“ ein Unterthema „Israel“ bzw. „Palästina“ vor. Eine Verbindung mit oder eine Abgrenzung von antisemitischen Straftaten fehlt allerdings, ebenso wie eine weitere Erläuterung. Dass dies auch zu Problemen bei der Aufnahme von Straftaten führen kann, zeigt das im Abschnitt 4.3 erläuterte Beispiel. Immerhin hat das BMI darauf verwiesen, dass antiisraelische Straftaten parallel

⁶⁴ Lang, Kati (2014). Vorurteilkriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte. Baden-Baden: Nomos, S. 467.

⁶⁵ Deutscher Bundestag, BT-Drs. 19/16399, 8. 1. 2020.

auch als antisemitische Straftaten erfasst werden sollen, wenn sie aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wurden.⁶⁶

Die beschriebene mehrdimensionale Erfassung antisemitischer und antiisraelischer Straftaten in den PMK-Statistiken ist grundsätzlich begrüßenswert. Allerdings führt sie durch die fehlende Abgrenzung zu Verzerrungen. Wie groß diese sind, lässt sich nicht immer feststellen. Straftaten, die in der PMK-Statistik dem Unterthema „Israel-Palästina-Konflikt“, später dem Unterthema „Israel“ zugeordnet wurden und werden, müssen nicht zwangsläufig antisemitisch motiviert sein. Es kann sich beispielsweise um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz oder um Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamt:innen bei antiisraelischen Demonstrationen handeln.

RIAS Berlin sind mehrere antisemitische Straftaten bekannt, die sich gegen israelische Staatsangehörige richteten – darunter antisemitische Beschimpfungen. Diese Fälle wurden der Polizei mitgeteilt, jedoch in der PMK-Statistik nicht als antisemitisch erfasst. Nach Ansicht des Berliner KPMD hätten sich die Aussagen ausschließlich gegen die israelische Staatsangehörigkeit der Geschädigten gerichtet. Diese Begründung offenbart nicht nur die besondere Herausforderung bei der Erkennung antisemitischer Straftaten oder Tatmotive im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, sondern auch mangelndes Wissen bei der Polizei, etwa über den Zusammenhang zwischen jüdischen und israelischen Identitäten.

Antisemitischen Straftaten mit Bezug zum Nahost-Konflikt stellen mitunter auch Gerichte vor erhebliche Herausforderungen. Dies zeigte in besonders deutlicher Weise ein Urteil des Amtsgerichts Wuppertal von 2015,⁶⁷ das von höheren Instanzen bestätigt wurde.⁶⁸ Die drei Täter hatten 2014, während militärischer Auseinandersetzungen zwischen Israel und der islamistischen Terrororganisation Hamas, mehrere Molotowcocktails auf eine Synagoge geworfen. Das Gericht verurteilte sie zwar wegen versuchter schwerer Brandstiftung, konnte jedoch ein antisemitisches Tatmotiv nicht eindeutig feststellen. Zwar habe „die in Deutschland lebende jüdische Bevölkerung, insbesondere die jüdische Gemeinde in [anonymisierter Stadt], nichts mit der Politik der israelischen Regierung und ihrer Auseinandersetzung mit den im Gazastreifen lebenden Palästinensern zu tun“, so das Gericht. Dennoch sei es „keineswegs fernliegend“, dass die Täter gerade diesen Schluss nicht

66 Deutscher Bundestag: Antwort auf MdB Volker Beck, Ausschussdrucksache 18(4)347.

67 Amtsgericht Wuppertal (2015): AZ 84 Ls 50 Js 156/14 - 22/14, Urteil vom 05.02.2015. Online: <https://openjur.de/u/2155639.html> [06.05.2022].

68 Oberlandesgericht Düsseldorf (2016): AZ III-3 RVs 95/16, Beschluss vom 09.11.2016. Online: <https://openjur.de/u/653319.html> [06.05.2022].

zogen, „sondern – auch mangels eines anderen dem Staat Israel in der Tatnacht eindeutig zuzuordnenden Tatobjekts – eine Synagoge als Zeichen jüdischen Lebens zum Tatobjekt gewählt“⁶⁹ hätten. Knapp formuliert urteilte hier ein deutsches Gericht, dass ein Brandanschlag auf eine Synagoge in Deutschland nicht zwangsläufig antisemitisch motiviert sein muss. Nach der Arbeitsdefinition Antisemitismus ist „das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel“ hingegen eindeutig eine Form von Antisemitismus (siehe dazu Abschnitt 1.2 bzw. Arbeitsdefinition im Anhang).

Das zuständige Gericht lieferte mit seinem Urteil nicht nur potenziellen Täter:innen eine argumentative Vorlage, um Anschläge auf Synagogen als nicht-antisemitisch zu deklarieren. Das Urteil führte vor allem zu einem massiven Vertrauensverlust in jüdischen Gemeinden – und zwar in sämtlichen bisher vom Bundesverband RIAS untersuchten Bundesländern. Nicht nur sie fragen sich, wie Betroffene von antisemitischen Straftaten – wie etwa Beleidigungen – motiviert werden sollen, sich an die Polizei zu wenden, wenn selbst ein Anschlag auf eine Synagoge nicht als antisemitisch bewertet wird.⁷⁰

Eine präzise begriffliche Bestimmung von Antisemitismus ist wichtig für die polizeiliche Arbeit – insbesondere bei Bezügen zu Israel. Dies verdeutlicht ein Blick auf den Sommer 2014, als es militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und den islamistischen Terrororganisationen Hamas und Hisbollah gab. Statistiken des BMI zeigen einen Anstieg antisemitischer Straftaten in diesem Zeitraum. Laut der Statistik war die Zahl antisemitischer Straftaten 2014 fast 17% höher als 2015 und 21% höher als 2016. Die Zahl der registrierten Straftaten im Unterthema „Israel-Palästina-Konflikt“ betrug 2014 sogar 800% von jenen in 2015 und 1.300% der Straftaten von 2016 (siehe Tabelle 1).⁷¹ Während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen zwischen dem 7. Juli und dem 31. August 2014 verdoppelte sich die durchschnittliche Zahl antisemitischer Straftaten von 31 pro Woche auf 62 pro Woche. Bei den Straftaten, die dem „Israel-Palästina-Konflikt“ zugerechnet wurden, erhöhte sich die Zahl von 11 pro Woche (Jahresdurchschnitt) auf 67 pro Woche.

69 Amtsgericht Wuppertal 2015.

70 Vgl. hierzu Liebscher, Doris; Pietrzyk, Kristin; Lagodinsky, Sergey; Steinitz, Benjamin (2020): Antisemitismus im Spiegel des Rechts, in: Neue Juristische Online Zeitung, S. 897–902.

71 Deutscher Bundestag, Antwort des BMI auf die Schriftliche Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Drucksache 18/11152 vom 14.02.2017. Online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/111/1811152.pdf> [06.05.2022].

Tabelle 1:

Bundesweite PMK-Statistik 2014–2016: „Antisemitische Straftaten“ und Straftaten im Kontext des Israel-Palästina-Konflikts

Quelle: RIAS Bundesverband (2021): Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen, S. 64.

Jahr	Antisemitisch	Israel-Palästina-Konflikt	Doppelnennungen
2014	1.596	575	214
Davon 12. 7. - 31. 8. 2014	463	470	-
2015	1.366	62	31
2016	1.313	40	23

Für den Freistaat Thüringen liegen RIAS Thüringen keine hinreichend ausführlichen polizeilichen Daten vor, um daraus die Relevanz des Themas für den Freistaat bewerten zu können. Aus den zivilgesellschaftlich von RIAS Thüringen und anderen in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbandes RIAS organisierten Meldestellen dokumentierten Vorfällen lässt sich jedoch vermuten, dass das geschilderte Problem in Thüringen eine untergeordnete Rolle spielt.⁷² So wurden etwa während der bundesweiten antiisraelischen Proteste im Zeitraum vom 9. Mai bis zum 24. Mai 2021 in Thüringen nur sechs antisemitische Vorfälle dokumentiert, darunter drei auf Versammlungen. An den Versammlungen nahmen thüringenweit insgesamt ca. 120 Menschen teil. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist das wenig: In Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gingen im selben Zeitraum jeweils mehrere tausend Menschen auf die Straße.⁷³

4.5

Verzerrungen durch die Zuordnung antisemitischer Straftaten zu „Phänomenbereichen“

Auch die Zuordnung antisemitischer Straftaten zu sogenannten „Phänomenbereichen“ verursacht verschiedene Probleme. Der UEA stellte hinsichtlich der Zuordnung antisemitischer Straftaten zu den Phänomenbereichen „rechts“, „links“ und „Ausländer“ (seit 2017 ausdifferenziert in „ausländische Ideologie“ und „religiöse Ideologie“) fest, dass bei der Polizei weiterhin das Extremismuskonzept handlungslei-

⁷² RIAS Bundesverband, IIBSA (2021): Mobilisierungen von israelbezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet 2021, S. 43–45. Online: https://www.report-antisemitism.de/documents/Bundesverband_RIAS_-_Mobilisierungen_von_israelbezogenem_Antisemitismus_im_Bundesgebiet_2021.pdf [06.05.2022].

⁷³ Ebd.

tend sei. Das erschwere die Erkennung vorurteilsmotivierter Straftaten, die jenseits „des klassischen Musters rechtsextremer Tatbegehung“ lägen. Sobald Bezüge zum Nationalsozialismus zu erkennen sind, würden Straftaten dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet. Dies sei auch der Fall, wenn Täter:innen, die eindeutig nicht einem rechts-extremen Milieu angehören, zum Beispiel NS-Symbole zeigten. Auch antisemitische Straftaten würden grundsätzlich immer dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet – zumindest wenn keine weiteren Spezifika erkennbar sind oder keine Tatverdächtigen ermittelt wurden.⁷⁴ So wird beispielsweise ein gesprühter Schriftzug „Juden raus“ automatisch als politisch rechts motivierte Straftat registriert. Ein Beispiel, das RIAS Berlin analysiert hat, zeigt, dass der KPMD antisemitische Straftaten mit Bezug zum Nationalsozialismus sogar dann dem Phänomenbereich „rechts“ zuordnet, wenn es deutliche Hinweise auf einen Täter:innen-Kreis gibt, der nicht dem rechtsextremen Milieu angehört. Im konkreten Fall wurden „Sieg Heil“-Rufe von Anhänger:innen der islamistischen Terrororganisation Hisbollah auf dem Al-Quds-Marsch in Berlin 2014 dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet.

Die Antwort auf eine Große Anfrage⁷⁵ der Bundestagsfraktion Die Linke zu „antisemitisch motivierten Schändungen jüdischer Friedhöfe“⁷⁶ verdeutlicht diese problematische Zuordnung: Zwischen 2000 und 2008 registrierten die Polizeibehörden bundesweit 471 antisemitische Straftaten mit dem Angriffsziel „Friedhof“. Zu diesen Taten wurden insgesamt 170 Tatverdächtige ermittelt. Nach Angaben der Justizbehörden kam es lediglich in 13 Fällen zu strafrechtlichen Sanktionen, von denen insgesamt 31 Personen betroffen waren. Das sind im Durchschnitt 2,38 verurteilte Täter:innen pro Fall. Bei 27 dieser 31 verurteilten Täter:innen wurde eine rechtsextreme Motivation festgestellt oder zumindest vermutet. Rechnet man den Schnitt von 2,38 Täter:innen auf die 170 ermittelten Tatverdächtige hoch, so ergeben sich lediglich 71 Fälle, in denen die Polizeibehörden aufgrund von Vernehmungen oder Hausdurchsuchungen weitere Hinweise zur Ermittlung des jeweiligen politischen Tathintergrunds hatten. Im Umkehrschluss hieße das, dass bei 400 Fällen keine ausreichenden Informationen vorlägen, um die Täter:innen einem politischen Milieu zuzuordnen. Aus der Antwort der Bundesregierung geht jedoch hervor, dass bei 443 der 471 Taten ein „politisch rechts motivierter Hintergrund“ angenommen wurde.

74 Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017, S. 34.

75 Drucksache des Deutschen Bundestags 16/14122 vom 07.10.2009: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Online: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/16/141/1614122.pdf> [06.05.2022].

76 Ebd.

Drei Fälle seien der „politisch motivierten Ausländerkriminalität“ und lediglich eine Tat der Kategorie „sonstige/nicht zuzuordnen“ in der PMK-Statistik zugeordnet worden.

Das Beispiel macht deutlich, dass die seit Einführung des PMK-Systems des KPMD im Jahr 2001 vorgenommene Zuordnung antisemitischer Straftaten zum Phänomenbereich „rechts“ lediglich Folge eines festgelegten statistischen Verfahrens ist. Dass dies zumindest bei antisemitischen Friedhofsschändungen auch zutreffen mag, lässt sich aus den 87% festgestellten oder vermuteten rechtsextremen Motiven bei den Verurteilten vermuten – ob diese Bewertung aber auch auf andere Deliktsarten übertragbar ist, bleibt spekulativ. Der UEA konstatiert, dass sowohl bei antisemitischen Straftaten generell wie auch bei den antisemitischen Gewalttaten „ein klares Übergewicht ‚rechtsmotivierter politischer Kriminalität‘“⁷⁷ zu erkennen sei. Gleichzeitig gebe es aber eine Differenz zwischen der Wahrnehmung über die Hintergründe der Täter:innen seitens der Betroffenen. Diese Differenz ergibt sich möglicherweise daraus, dass Straftaten, zu denen keine Tatverdächtigen ermittelt wurden und auch keine anderen Hinweise vorlagen, lediglich aufgrund bestimmter Verfahrensregeln einem bestimmten Phänomenbereich zugeordnet werden. Damit beruhe die Aussagekraft der PMK-Statistik zum Teil auf Verfahrensregeln.⁷⁸

4.6

Auswertung der PMK-Statistik über antisemitische Straftaten zwischen 2015 und 2020

Auf Basis der Antworten des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz auf die Kleinen Anfragen nach „Antisemitische Überfälle, Leugnung des Holocaust und andere Straftaten“, die das Thüringer MdL Katharina König-Preuss (Die Linke) in regelmäßigen Abständen im Thüringer Landtag stellt, hat RIAS Thüringen im Dezember 2021 die zugehörige PMK-Statistiken von 2015 bis 2020 zusammengetragen. Nach Auffassung des Thüringer LKA können aus Gründen des Daten- und Personenrechtsschutzes RIAS Thüringen keine über die Kleinen Anfragen hinausgehenden Informationen zur Verfügung gestellt werden. Die Antworten auf die Kleinen Anfragen sind öffentlich einsehbar⁷⁹ und enthalten:

77 Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017, S. 38.

78 Ebd. S. 30.

79 Haskala (o. J.). Online: <https://haskala.de/category/anfragen/> [06.05.2022].

- Zuordnungen zu den unterschiedlichen Phänomenbereichen,
- Zuordnungen zu Delikten,
- Angaben über Datum und Ort (LPI-Bereich) der Tat.

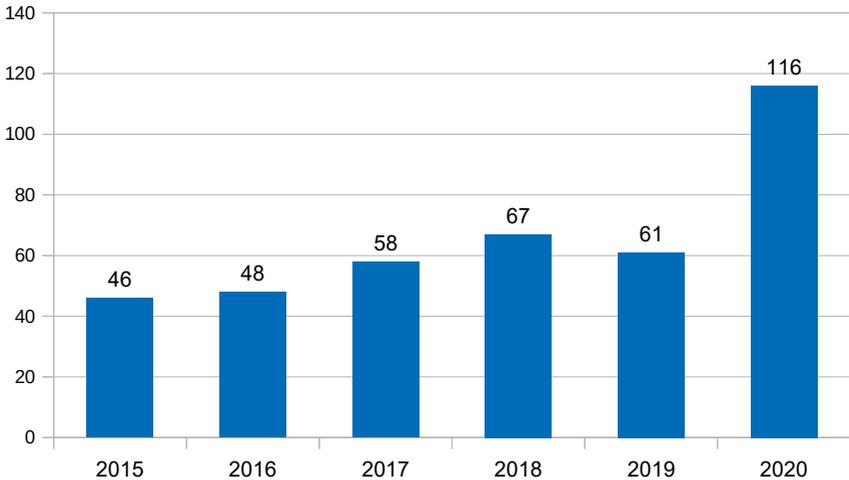
RIAS Thüringen liegen also weder genaue Ortsangaben sowie Angaben zu Anzahl und Geschlecht der Tatverdächtigen vor, noch Kurzbeschreibungen der Sachverhalte. Die Kurzsachverhalte, also kurze Schilderungen des Sachverhalts, liegen ausschließlich für zwei Sachverhalte aus dem Jahr 2019 vor, da zu diesen eine gesonderte Kleine Anfrage gestellt wurde. Eine Analyse der Daten nach Erscheinungsformen und Kategorien der antisemitischen Vorfälle sowie ein systematischer Abgleich mit Vorfällen, die zivilgesellschaftlichen Stellen bekannt wurden, ist ohne diese Kurzbeschreibungen leider nicht möglich. Aufgrund dieser Datenlage bleibt die Aussagekraft dieser Analyse notwendigerweise hinter der Aussagekraft vergleichbarer Analysen für die Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen oder Nordrhein-Westfalen zurück. Diesen vom Projekt RIAS Bundesweite Koordination durchgeführten Analysen lagen anonymisierte Kurzbeschreibungen zu den Lebenssachverhalten vor, wodurch Aussagen über das Dunkelfeld nicht angezeigter antisemitischer Straftaten sowie über Überschneidungen von zivilgesellschaftlich und polizeilich dokumentierten Vorfällen gemacht werden konnten. Für die Zukunft ist ein Austausch dieser Daten mit dem Landeskriminalamt Thüringen aus zwei Gründen wünschenswert: Zum einen, um das Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle im Bundesland präziser erfassen zu können, zum anderen, um Dopplungen in den von der Polizei und von RIAS erstellten Statistiken über antisemitische Vorfälle zu vermeiden. Im Folgenden werden die über die Kleinen Anfragen zugänglichen Informationen über antisemitische Straftaten zwischen 2015 und 2020 soweit möglich statistisch ausgewertet.

4.6.1 **Übersicht: Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik vom 2015 bis 2020**

Für die Jahre 2015 bis 2020 erfasste die PMK-Statistik für den Freistaat Thüringen 396 als antisemitisch bewertete Straftaten.

Abbildung 1:

Absolute Zahlen polizeilich dokumentierter antisemitischer Vorfälle nach PMK-Statistik in Thüringen pro Jahr



In den Jahren 2015 bis 2019 wurden in Thüringen demnach durchschnittlich 56 Fälle pro Jahr dokumentiert, im Jahr 2020 116 antisemitische Straftaten. Dies entspricht einer Steigerung um 107% gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019 und einer Steigerung um 90% gegenüber dem Vorjahr 2019, in dem 61 antisemitische Straftaten verzeichnet wurden. Einen besonderen Zuwachs gab es bei Straftaten, die dem Sachverhalt Volksverhetzung (§130 StGB) zugeordnet wurden: Im Jahr 2020 wurden 83 als antisemitisch eingestufte Fälle von Volksverhetzung registriert. Dies entspricht einem Zuwachs um 45 Fälle bzw. um 118% gegenüber dem Jahr 2019 (38 Fälle) und einen Zuwachs um 48 Fälle bzw. um 137% gegenüber den durchschnittlich zwischen 2015 und 2019 dokumentierten Fälle von Volksverhetzung.

4.6.2

Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik nach Phänomenbereich und Straftatbestand

Die PMK-Statistik unterscheidet zwischen den Phänomenbereichen „rechts“, „links“, „ausländische Ideologie“⁸⁰, „religiöse Ideologie“ und „nicht zuzuordnen“. Zwischen 2015 und 2020 wurden 387 der 396 erfassten antisemitischen Straftaten (98%) dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet (zur Problematisierung dieser Zuordnungspraxis siehe Abschnitt 4.5), vier Fälle wurden dem Phänomenbereich „links“ zugeordnet (1%), drei Fälle wurden dem Phänomenbereich „religiöse Ideologie“ zugerechnet, ein Fall wurde dem Phänomenbereich „ausländische Ideologie“ zugerechnet. Bei einem Fall nahm das LKA keine Zuordnung vor.

257 der 396 Fälle (65%) entfallen auf den Straftatbestand Volksverhetzung (§130 StGB). In 52 Fällen (13%) lautet der Straftatbestand „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (§86a StGB). 27 Fälle (9%) betreffen den Straftatbestand der Sachbeschädigung (§303, 304 StGB). Bei 12 dieser Straftaten handelt es sich um gemeinschädliche Sachbeschädigung. Insgesamt ist im betrachteten Zeitraum ein Sachschaden in Höhe von 17.630 Euro entstanden. Auf den Straftatbestand der Beleidigung (§185 StGB) entfallen 21 Fälle (5%). Insgesamt wurden 5 Gewaltstraftaten erfasst (1%). 4 dieser Gewaltstraftaten erfüllten den Straftatbestand der gefährlichen Körperverletzung (§224 StGB). Insgesamt wurden 34 antisemitische Straftaten (9%) erfasst, die sich direkt gegen Personen richteten. Dazu zählen Beleidigungen (§185 StGB), Bedrohungen (§241 StGB), Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens (§188 StGB) und Erpressung (§243 StGB).

⁸⁰ Der Phänomenbereich wurde bis 2016 als „Phänomenbereich-Ausländer“ geführt und 2017 durch die Bezeichnung „Ausländische Ideologie“ ersetzt.

Tabelle 2:
Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik Thüringen
nach Straftatbeständen 2015–2020

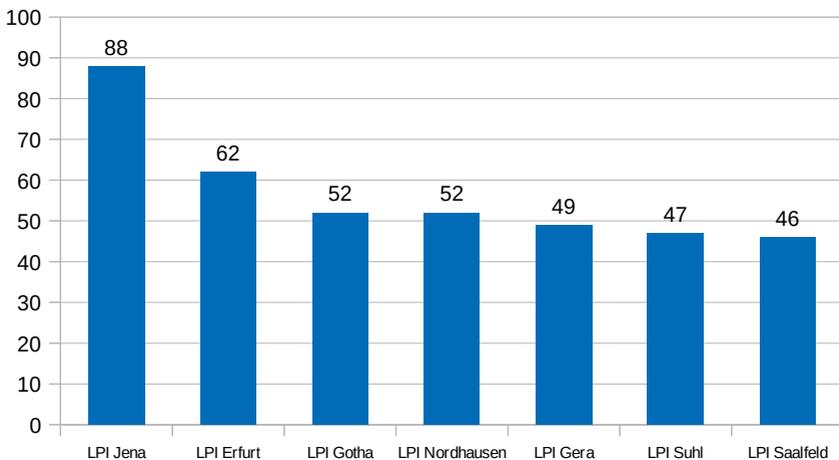
Phänomenbereich/ Straftatbestand	Rechts	Links	Ausländische Ideologie	Religiöse Ideologie	Nicht zuzuordnen	Ge- samt
Volksverhetzung § 130 StGB	254	-	2	1	-	257
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Org. § 86a StGB	52	-	-	-	-	52
Sachbeschädi-gung § 303 StGB	24	1	-	-	-	25
Beleidigung § 185 StGB	20	-	1	-	-	21
Gemeinschädliche Sachbeschädigung § 304 StGB	9	3	-	-	-	12
Bedrohung § 241 StGB	6	-	-	-	1	7
Gefährliche Körperverletzung § 224 StGB	4	-	-	-	-	4
Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten § 126 StGB	3	-	-	-	-	3
Üble Nachrede und Verleumdung gegen Pers. des politischen Lebens § 188 StGB	3	-	-	-	-	3
Erpressung § 253 StGB	3	-	-	-	-	3
Störung der Totenruhe § 168 StGB	2	-	-	-	-	2
Verstoß gegen das Vereinsgesetz	1	-	-	-	-	1
Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten § 103 StGB	1	-	-	-	-	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten § 111 StGB	1	-	-	-	-	1
Widerstand gegen Vollstreckungs- beamte § 113 StGB	1	-	-	-	-	1
Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener § 189	1	-	-	-	-	1

StGB						
Körperverletzung § 223 StGB	1	-	-	-	-	1
Verbreiten von Kennzeichen verfassungswidriger Org. § 86 StGB	1	-	-	-	-	1
Gesamt	387	4	3	1	1	396

4.6.3 Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik nach Landespolizeiinspektionen

Dieser Abschnitt stellt die geografische Verteilung der antisemitischen Straftaten auf die sieben Thüringer Landespolizeiinspektionen (LPIs) dar. Dadurch sollen die Erkenntnisse über die regionale Verbreitung der antisemitischen Straftaten, die in der polizeilichen Statistik erfasst sind, zugänglich gemacht werden. In Abbildung 2 werden die antisemitischen Vorfälle der PMK-Statistik aus den Jahren 2015 bis 2020 dargestellt und nach LPIs aufgeteilt.

Abbildung 2: Antisemitische Straftaten 2015-2020 in der PMK-Statistik nach Landespolizeiinspektionen (LPI)



In den LPIs Gotha (52), Nordhausen, (52) Gera (49), Suhl (47) und Saalfeld (46) wurden in diesem Zeitraum in etwa gleich viele antisemitische Straftaten registriert. Im Jahresmittel entspricht das zehn Vorfällen pro Jahr. Davon weichen die LPIs Erfurt und Jena ab: Die LPI Erfurt liegt mit 62 registrierten antisemitischen Straftaten höher, die LPI Jena mit 88 wesentlich höher. Da uns keine Kurzbeschreibungen zu den Vorfällen vorliegen, lassen sich keine sicheren Aussagen über die Hintergründe treffen. Da die Stadt Weimar und die Gedenkstätte Buchenwald zur LPI Jena zählen, liegt es nahe, dass die hohen Zahlen auf Straftaten im weiteren Kontext der Aktivitäten der Gedenkstätte Buchenwald zurückzuführen sind.

5.

Antisemitismus in Thüringen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive

In den folgenden Abschnitten werden die von zivilgesellschaftlichen Institutionen in den Jahren 2015 bis 2020 dokumentierten antisemitischen Vorfälle ausgewertet. Die Daten, die dieser Analyse zugrunde liegen, wurden von RIAS Thüringen aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Chroniken, Informationsportalen und Quellen zusammengetragen. Neben den Chroniken von ezra und MOBIT, die sich vor allem auf rechtsextreme Aktivitäten bzw. Vorfälle beziehen, gehört dazu die online verfügbare Chronik antisemitischer Vorfälle der Amadeu Antonio Stiftung. Die dokumentierten Vorfälle wurden den Beratungsstellen und Initiativen über Presse- und Medienrecherchen, eigenes Vor-Ort-Monitoring oder langjährige lokale Meldestrukturen bekannt. Darüber hinaus flossen in den Datensatz Vorfälle ein, die über das Online-Meldeportal des RIAS Bundesverbands, www.report-antisemitism.de, für die Region Thüringen eingingen. Einige wenige Vorfälle wurden im Austausch mit jüdischen Akteur:innen am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) dokumentiert. Die Daten der Jahre 2015 bis 2019 wurden im Sommer 2020 aus den verschiedenen Datenbanken zusammengetragen und für einen Artikel zusammengefasst.⁸¹ Mit dem Beginn der Arbeit von RIAS Thüringen im Oktober 2020 konnten kontinuierlich aktuelle Vorfälle dokumentiert sowie Vorfälle bis zurück ins Jahr 2015 nachgetragen werden.

Die so dokumentierten Vorfälle werden im Folgenden nach zeitlicher und räumlicher Verteilung, nach Vorfallstyp, Medium und Betroffenen des Vorfalls sowie nach der Erscheinungsform und dem politisch-weltanschaulichen Hintergrund ausgewertet. Als Orientierung wurden dabei die Erfassungskategorien von RIAS herangezogen. Dabei muss beachtet werden, dass die Vorfälle von verschiedenen Akteur:innen

⁸¹ Thiele, Anja; Ben-Yehoshua, Joël (2021): Antisemitismus in Thüringen. Erste Erkenntnisse der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (RIAS Thüringen). In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie, Bd. 8, S. 128-143.

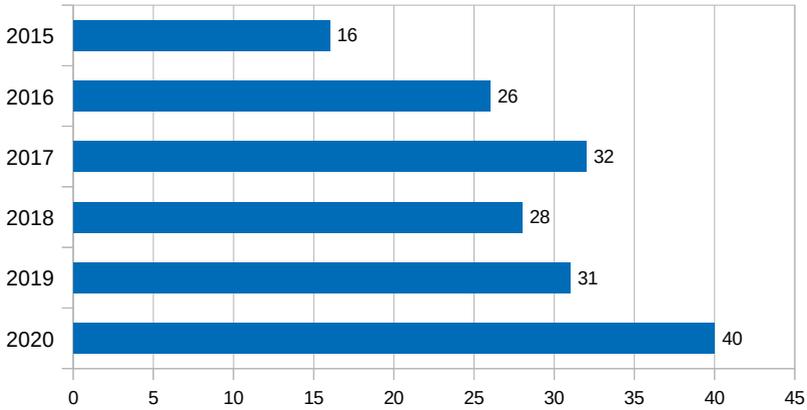
mit unterschiedlichen Erfassungspraktiken dokumentiert und rückwirkend von RIAS Thüringen zusammengetragen und kategorisiert wurden. Die hier dargestellten Ergebnisse liefern daher heuristische Orientierungswerte, auf deren Grundlage Überlegungen zu Verbreitung, Erscheinungsformen und politischen Hintergründen antisemitischer Vorfälle in Thüringen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive angestellt werden können.

5.1

Datengrundlage: Zivilgesellschaftlich erfasste antisemitische Vorfälle 2015–2020

In den Jahren 2015 bis 2020 wurden insgesamt 173 antisemitische Vorfälle durch zivilgesellschaftliche Stellen erfasst. Der Zuwachs zivilgesellschaftlich dokumentierter Vorfälle von 18 Vorfällen im Jahr 2015 auf das relativ konstante Niveau von im Schnitt 29 Vorfällen in den Jahren 2016 bis 2019 (siehe Abb. 3) lässt jedoch nicht notwendig auf einen Anstieg antisemitischer Vorfälle in den Folgejahren schließen. Vielmehr zeigt er vor allem, dass antisemitische Vorfälle in den späteren Jahren besser dokumentiert werden konnten. Die relative Konstanz der registrierten Vorfälle in den Jahren 2016 bis 2019 legt nahe, dass für diesen Zeitraum die mit den eingesetzten Methoden sichtbaren Vorfälle gut abgedeckt wurden. Der Zuwachs auf 40 zivilgesellschaftlich dokumentierte Vorfälle im Jahr 2020 ist auch darauf zurückzuführen, dass mit der Einrichtung von RIAS Thüringen im Herbst 2020 antisemitische Vorfälle nun intensiver und unabhängig des politischen Hintergrunds bzw. der antisemitischen Motive (auch außerhalb von rechtsextrem motiviertem Antisemitismus) erfasst wurden.

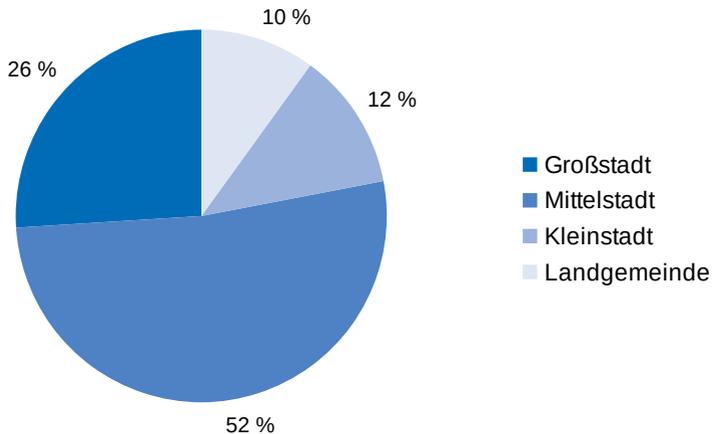
Abbildung 3:
Zahlen der zivilgesellschaftlich dokumentierten antisemitischen Vorfälle in Thüringen 2015–2020 pro Jahr



5.2 Geografische Verteilung antisemitischer Vorfälle

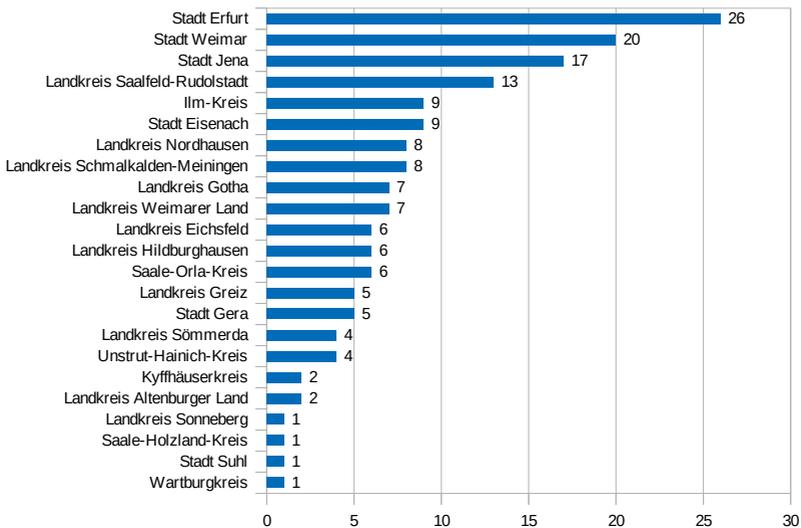
Zur Analyse der geografischen Verteilung antisemitischer Vorfälle in Thüringen wurde eine Auswertung nach Raumtypen und Landkreisen vorgenommen.

Abbildung 4:
Raumtypen antisemitischer Vorfälle in Thüringen 2015–2020



Von 173 Vorfällen konnte in 167 Vorfällen ein Ort identifiziert werden. Bei 4 Vorfällen machte eine Ortsangabe keinen Sinn; 2 Vorfälle wurden ohne Ortsangabe dokumentiert. Die Auswertung zeigt: Besonders viele antisemitische Vorfälle werden in Mittelstädten (52%) und Großstädten (26%) dokumentiert, in denen nur 28% bzw. knapp 15% der thüringischen Bevölkerung leben (vgl. Abschnitt 2). In den Kleinstädten und Landgemeinden, in denen 57% der Bevölkerung leben, wird eine vergleichsweise geringe Zahl (24%) antisemitischer Vorfälle dokumentiert. Daraus sollte jedoch nicht geschlossen werden, dass es im ländlichen Raum weniger oder keinen Antisemitismus gibt. Vielmehr ist die Häufung antisemitischer Vorfälle in den Städten zum einen dadurch zu erklären, dass öffentlichkeitswirksame Aktivitäten (z.B. Demonstrationen und Versammlungen) oftmals aus strategischen Gründen in den Städten stattfinden und daher besser sichtbar sind. Zudem sind Städte wie Erfurt, Weimar und Jena generell Zentren des politischen und jüdischen Lebens sowie der Erinnerungskultur in Thüringen. Zum anderen funktioniert die Dokumentationstätigkeit in den Städten genauer: auch die beiden zentralen Beratungsstellen haben ihren Sitz in der Hauptstadt Erfurt. Es ist davon auszugehen, dass auch in den ländlichen Regionen antisemitische Vorfälle passieren, diese jedoch seltener dokumentiert wurden und werden.

Abbildung 5:
Antisemitische Vorfälle nach Landkreisen und kreisfreien Städten



Insofern verwundert es wenig, dass die meisten Vorfälle in der Hauptstadt Erfurt erfasst wurden. Besonders viele Vorfälle wurden darüber hinaus in der Mittelstadt Weimar dokumentiert, was mutmaßlich mit der Gedenkstätte Buchenwald zusammenhängt, die regelmäßig zum Ziel antisemitischer Vorfälle wird. In der Universitätsstadt Jena kann die erhöhte Zahl der Vorfälle keinem bestimmten Faktor zugeschrieben werden, sondern ergibt sich aus einem Zusammenspiel mehrerer Faktoren, wie rechtsextremen Aktivitäten und politischen Versammlungen, antisemitischen Anfeindungen gegen den FC Carl Zeiss Jena (vgl. 6.3), aber auch durch Aktivitäten von antisemitischen Akteur:innen aus dem links-antiimperialistischen oder antiisraelischen Spektrum.

Zu den 13 im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt dokumentierten Vorfälle zählt eine Vielzahl von rechtsextremen Aktivitäten wie Thügida- und Coronaleugner:innen-Proteste, sowie 5 Vorfälle mit Fußball-Bezug. Bei 4 der 9 in Eisenach dokumentierten Vorfälle handelt es sich um gezielte Beschädigungen der Synagogen-Gedenkstätte in Eisenach, bei den restlichen 5 dokumentierten Vorfällen um Vorfälle verletzenden Verhaltens wie bspw. Schmierereien und Aufkleber. In mindestens 3 Fällen konnte ein rechtsextremer Hintergrund festgestellt werden. Eisenach ist schon lange als Zentrum rechtsextremer Aktivitäten bekannt.⁸² Die 9 im Ilm-Kreis dokumentierten Vorfälle sind heterogen zusammengesetzt, haben aber mehrheitlich einen mutmaßlich rechtsextremen Hintergrund, da es sich um eindeutig rechtsextreme Vorfälle handelte, Vorfälle für die rechte Hooligans verantwortlich sind oder Angriffe auf das Gedenken an die Schoa handelte.⁸³

5.3 Tatorte antisemitischer Vorfälle

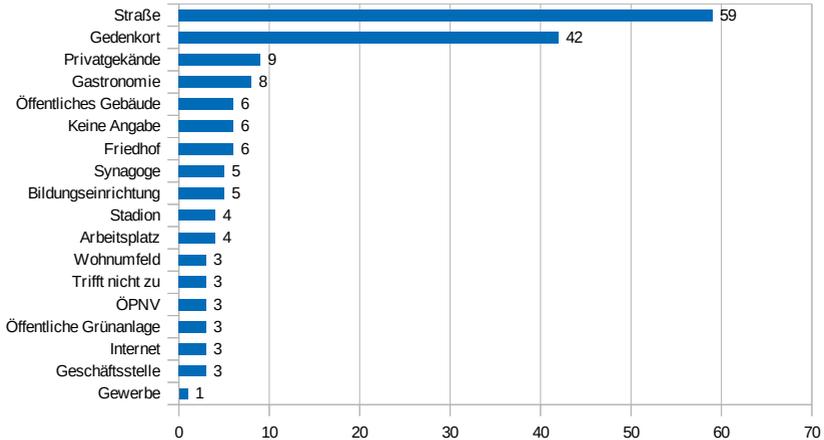
Neben der geografischen Verteilung der Vorfälle lassen sich auf Basis der zivilgesellschaftlich dokumentierten Vorfälle verschiedene Typen von Tatorten unterscheiden: Die meisten Vorfälle (34%) fanden auf der Straße statt. Dies hängt mit der Häufigkeit antisemitischer Vorfälle im Rahmen von Versammlungen zusammen. Am zweithäufigsten (24%) ereigneten sich antisemitische Vorfälle an Gedenkortern (Gedenkstätten, Stolpersteine und sonstige Gedenkort, vgl. hierzu Abschnitt 6.2). 8 der 9 Vorfälle der Kategorie „Privatgelände“ ereigneten sich in

82 Salheiser, Axel (2021): Rechtsextremismus in Eisenach. Kritische Bestandsaufnahme und Analyse. Forschungsbericht, Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft/Amadeu Antonio Stiftung.

83 Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2021): Erkennen, Vernetzen, Gemeinsam gestalten. Demokratischer Zusammenhalt im Spannungsfeld zwischen kommunaler Unterstützung und latenter Bedrohung. Situations- und Ressourcenanalyse für den Ilm-Kreis. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft/Amadeu Antonio Stiftung.

oder an Immobilien, die der rechtsextremen Szene zugerechnet werden.⁸⁴

Abbildung 6:
Antisemitische Vorfälle (2015–2020) nach Tatorten



Bei den betroffenen Friedhöfen handelt es sich um jüdische Friedhöfe in Arnstadt, Gotha und Sondershausen sowie um ein jüdisches Grab auf dem Johannisfriedhof in Jena. Vier der Vorfälle waren gezielte Sachbeschädigungen wie die Zerstörung von Gräbern. Dazu kommt eine rechtsextreme Kundgebung vor dem Jüdischen Friedhof in Gotha am 9. November 2017 sowie ein rechtsextremer Angriff auf Gedenkveranstaltung zu den Novemberpogromen am 9. November 2019 am jüdischen Friedhof in Arnstadt.

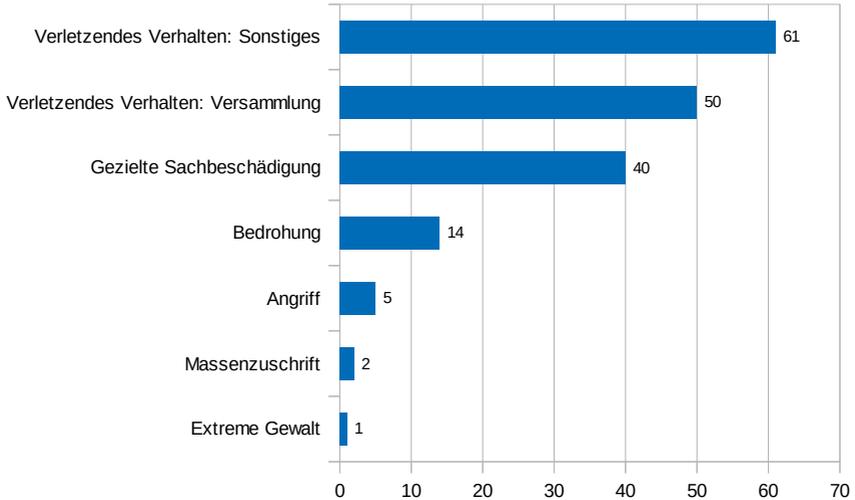
5.4 Vorfalltypen antisemitischer Vorfälle

Die systematische Auswertung der zivilgesellschaftlich dokumentierten antisemitischen Vorfälle nach verschiedenen Vorfalltypen (siehe Abschnitt 1.2) ergibt für den Freistaat Thüringen folgendes Bild: In Thüringen wurde zwischen 2015 und 2020 ein Vorfall des Vorfalltyps extreme Gewalt registriert. Erfasst wurden im selben Zeitraum 5 Angriffe, 14 Bedrohungen, 40 gezielte Sachbeschädigungen, 2 Massen-

⁸⁴ Mobit e.V. (2018): Nach den rechten Häusern sehen. Online: https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20H%C3%A4usern%20sehen_2018.pdf [06.05.2022].

zuschriften und 111 Fälle verletzenden Verhaltens. 50 von diesen 111 Fällen waren Versammlungen.

Abbildung 7:
Art der Vorfälle in Thüringen 2015–2020



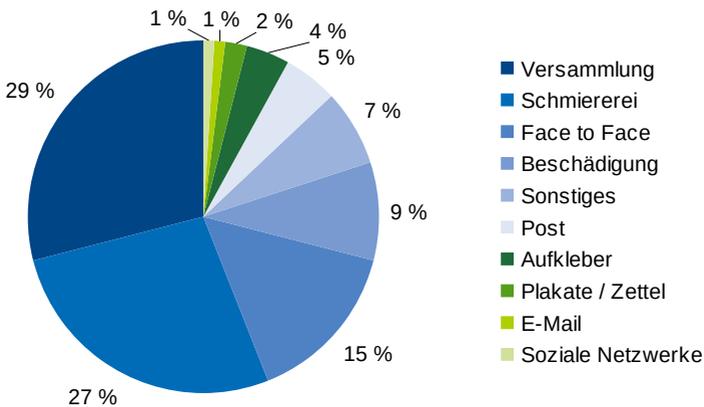
Bei dem als extreme Gewalt kategorisierten Vorfall handelt es sich um den Sprengstofffund im Eingangsbereich der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora im Landkreis Nordhausen im Januar 2020. Laut einer kriminaltechnischen Untersuchung handelte es sich dabei um einen zündfähigen Sprengkörper „mit ernst zu nehmender Wirkung“.⁸⁵ Zu den 5 Angriffen zählen 4 körperliche Angriffe auf Individuen und Gruppen sowie 1 Steinwurf in eine Privatwohnung. Auffällig ist die große Anzahl der antisemitischen Versammlungen und Sachbeschädigungen. Ein großer Teil der antisemitischen Vorfälle in Thüringen ist nicht direkt an jüdische/israelische oder als jüdisch/israelisch identifizierte Personen gerichtet. Dies wird auch durch die Zahlen zu den verwendeten Medien (siehe folgenden Abschnitt und Abb. 8) und den Zahlen zu den Betroffenen (siehe Abschnitt 5.6 und Abb. 9) unterstrichen. Dafür wird dem Antisemitismus meist in der Öffentlichkeit an Orten mit symbolischer Wirkkraft Ausdruck verliehen, zum Beispiel als Schmiererei auf jüdischen Friedhöfen, als Zerstörung von

⁸⁵ Der Spiegel (2020): Sprengkörper bei KZ-Gedenkstätte in Thüringen gefunden. Online: <https://www.spiegel.de/panorama/thueringen-sprengkoerper-bei-kz-gedenkstaette-mittelbau-dora-gefunden-a-d25cd935-16c0-44ea-a7c1-77e0333f29e5> [06.05.2022].

Gedenkort- und -stätten oder -zeichen oder in Form von Versammlungen, auf denen z. B. der Holocaust gelehrt und der Nationalsozialismus glorifiziert wird.

5.5 Verwendete Medien antisemitischer Vorfälle

Abbildung 8:
Medien antisemitischer Vorfälle in Thüringen 2015-2020

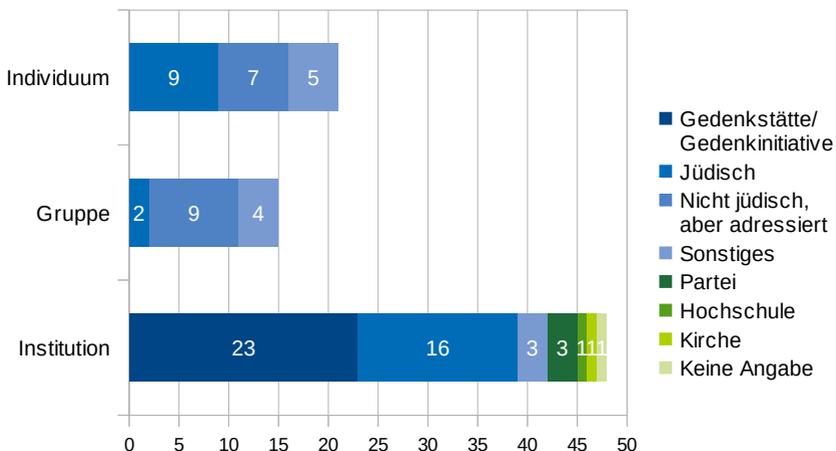


Diese Beobachtung korreliert mit den verwendeten Medien (siehe Abb. 8): Der größte Teil der Vorfälle ereignete sich im Rahmen von Versammlungen (29% bzw. 50 Vorfälle). Es wurden zudem 57 antisemitische Schmierereien dokumentiert sowie 16 Beschädigungen jüdischer Orte oder Gedenkorte. Weiterhin wurden in sieben Fällen antisemitische Botschaften in Form von Aufklebern und in vier Fällen mittels Plakaten und Zetteln propagiert. Insgesamt waren also 70% der Fälle nicht gegen konkrete Individuen adressiert. 25 Vorfälle (15%) ereigneten sich in Situationen von Angesicht zu Angesicht. In 9 Fällen wurden antisemitische Inhalte per Brief versendet. Lediglich 4 online-Fälle wurden dokumentiert; 2 dieser Vorfälle ereigneten sich per E-Mail und 2 auf Social Media.

5.6 Betroffene antisemitischer Vorfälle

Bei 84 der 173 zivilgesellschaftlich dokumentierten Vorfälle gab es direkte Betroffene. Bei der Aufbereitung der Daten von 2015 bis 2020 wurde in betroffene Individuen, Gruppen und Institutionen unterschieden. In 21 Fällen waren Individuen direkt betroffen. Davon waren 9 jüdisch. 7 weitere Individuen wurden Ziele antisemitischen Otherings (z.B. wurden sie als „Juden“ beschimpft), obwohl sie der Datenlage nach zu urteilen selbst nicht (erkennbar) jüdisch oder israelisch sind.⁸⁶ In 15 Fällen waren Gruppen betroffen. Von diesen waren 2 jüdisch und in 9 Fällen wurden Gruppen Ziele antisemitischen Otherings, obwohl sie selbst nicht jüdisch sind. Unter den betroffenen Institutionen machen Gedenkstätten und Gedenkinitiativen den größten Teil aus, noch vor den jüdischen Institutionen wie Synagogen oder Friedhöfen. Des Weiteren waren auch Parteien, Hochschulen und Kirchen Ziel antisemitischer Vorfälle.

Abbildung 9:
Betroffene antisemitischer Vorfälle in Thüringen 2015-2020



In 137 von 173 antisemitischen Vorfällen wurden keine Einzelpersonen oder Gruppen von Menschen unmittelbar adressiert. Dies zeigt, dass die Mehrheit der dokumentierten antisemitischen Artikulationen in Thüringen ohne direkt adressierte Juden:Jüdinnen auskommt.

⁸⁶ Ob jemand jüdisch ist oder nicht, wissen wir nur mit begrenzter Sicherheit.

Dieser Befund ist wichtig für das Verständnis des Antisemitismus in Thüringen, er darf jedoch nicht als Ausweis für einen vermeintlich „harmloseren“ Antisemitismus missverstanden werden. Ein solcher „Antisemitismus ohne Juden“ tritt nicht minder gefährlich oder militant auf – im Gegenteil. Die Antisemitismusforschung hat dieses Phänomen mit dem Auseinanderfallen von antijüdischer Projektion und der Realität erklärt:⁸⁷ Für die antisemitische Weltanschauung ist es geradezu konstitutiv, dass sie unabhängig vom tatsächlichen Verhalten realer Juden:Jüdinnen existiert.

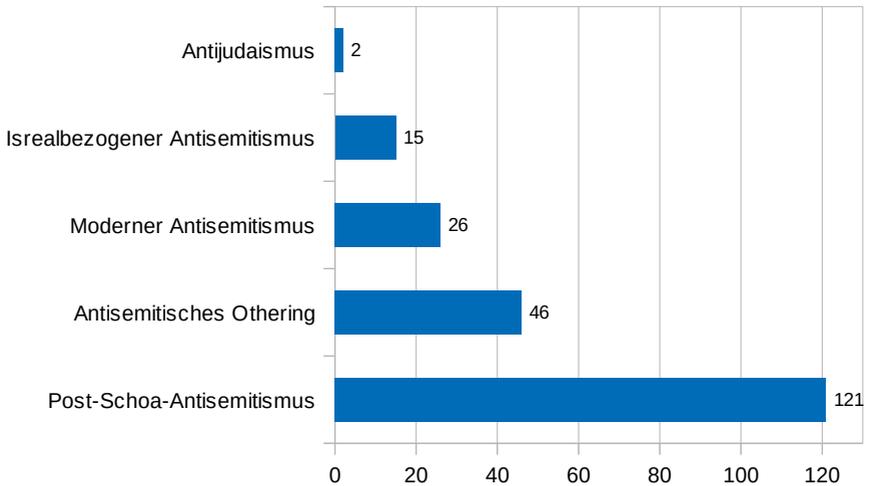
Ein „Antisemitismus ohne Juden“ hat immer Auswirkungen auf die jüdische Community bzw. auf konkrete Juden:Jüdinnen. Jegliche antisemitischen Vorfälle und insbesondere Taten mit Symbolcharakter zielen implizit auf die jüdische Community – selbst wenn sie nicht unmittelbar davon betroffen ist.

5.7 Erscheinungsformen des Antisemitismus

Der Bundesverband RIAS unterscheidet bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle zudem fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus (siehe zur Erläuterung Abschnitt 1.2). Dabei kann ein einzelner Vorfall mehreren Erscheinungsformen zugeordnet werden. Dies ist etwa der Fall, wenn bei einem Vorfall mehrere antisemitische Stereotype und Motive benutzt werden oder wenn einzelne Motive verschiedenen Erscheinungsformen zugeordnet werden können. Von den 173 zivilgesellschaftlich dokumentierten antisemitischen Vorfällen wurden 168 einer oder mehreren Erscheinungsformen zugeordnet. Bei 5 Vorfällen war diese Zuordnung aufgrund fehlender Informationen nicht möglich. Von den 168 Vorfällen wurden 131 Vorfälle einer Erscheinungsform zugeordnet, 32 Vorfälle wurden zwei Erscheinungsformen zugeordnet und 5 Vorfälle drei Erscheinungsformen. So kommt es, dass die absolute Zahl der zugeordneten Erscheinungsformen mit 204 zugeordneten Erscheinungsformen die Anzahl 168 übersteigt.

87 Salzborn, Samuel (2010): Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Frankfurt am Main: Campus.

Abbildung 10:
Formen des Antisemitismus in Thüringen 2015-2020



Auffällig ist der hohe Anteil der dokumentierten Vorfälle, die sich dem Post-Schoa-Antisemitismus zurechnen lassen (72%). Der Post-Schoa-Antisemitismus ist ein Phänomen, das nach 1945 als Abwehrreaktion auf die nationalsozialistische Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden:Jüdinnen bzw. die Erinnerung daran entstand.⁸⁸ Dieser Antisemitismus artikuliert sich „nicht trotz, sondern wegen Auschwitz“.⁸⁹ Er diffamiert Juden:Jüdinnen als „Störenfriede“ einer ersehnten positiven deutschen Identität und Normalität, da sie angeblich unablässig an den Holocaust erinnerten. Charakteristischerweise artikuliert sich der Post-Schoa-Antisemitismus jedoch über rhetorische Umwege und ohne direkten Bezug zu Juden:Jüdinnen – zum Beispiel über die Relativierung oder Leugnung des Holocausts, über Schlussstrichforderungen, Aufrechnungsfantasien, die Umkehr von Täter:innen und Opfern oder eine positive Bezugnahme auf die Schoa und den Nationalsozialismus. In Thüringen äußerte sich der Post-Schoa-Antisemitismus im untersuchten Zeitraum insbesondere in Angriffen auf die Erinnerungskultur und die dafür eintretenden Gedenkstätten (siehe Abschnitt 6.2).

88 Salzborn, Samuel (2020): Die bundesdeutsche Erinnerungsabwehrgemeinschaft: zur Geschichte und Relevanz des Schuldabwehr-Antisemitismus. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Bd. 8. Jena, S. 30-41.

89 Broder, Henryk M. (1986): Der Ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Frankfurt am Main: Piper, S. 11.

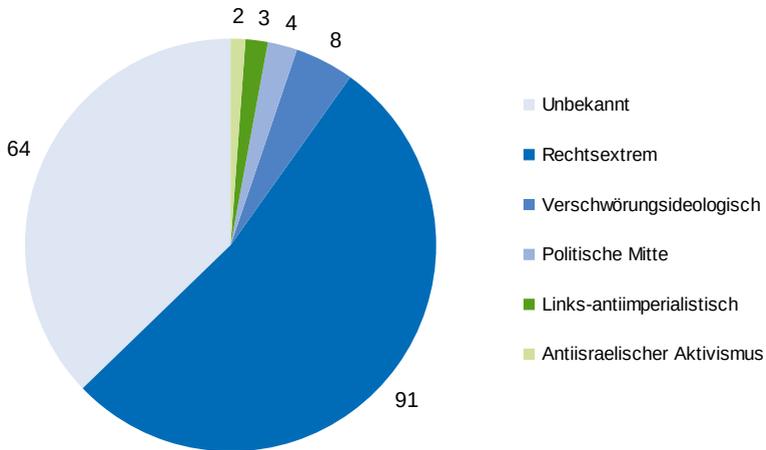
5.8 Politisch-weltanschaulicher Hintergrund der Täter:innen

Die geschichtspolitische Abwehr, Relativierung und Umdeutung der Erinnerung an Nationalsozialismus und Schoa ist in allen politischen Spektren anzutreffen, stellt aber eine ideologische Hauptkomponente des Rechtsextremismus dar und ist insbesondere im gesamten rechten Spektrum verbreitet. Dies wird auch durch die hier erhobenen Zahlen zum politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Vorfälle unterstützt: Mehr als die Hälfte (53%) aller dokumentierten Vorfälle hat einen rechtsextremen Hintergrund (siehe Abb. 11). Die Täter:innen stammen oftmals aus einem heterogenen, aber langjährig in Thüringen verwurzelten Akteursnetzwerk; ein Überblick über die vielfältigen rechtsextremen Akteur:innen in Thüringen wird deshalb in Abschnitt 6.1 der vorliegenden Problembeschreibung dargestellt.

Häufig lassen insbesondere Schmierereien oder Sachbeschädigungen nicht eindeutig auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Täter:innen schließen – sie sind hier in der Kategorie „Unbekannt“ vermerkt (37% bzw. 64 Vorfälle). In dieser finden sich unter anderem 18 Vorfälle, die einen Fußballbezug haben, deren sonstiger politische Hintergrund jedoch unbekannt ist. Jedoch lassen sich auch im Fußball-Kontext rechte Hooligans und Ultras als treibende Kräfte vermuten (vgl. Abschnitt 6.3)

Bei 8 der dokumentierten Vorfälle wurde der politische Hintergrund „verschwörungsideologisch“ verschlagwortet; d.h. die Täter:innen hatten ein durch Verschwörungsmmythen strukturiertes Weltbild. Bei 4 dokumentierten Vorfällen wurden die Täter:innen der politischen Mitte zugeordnet, bei 3 Vorfällen hatten die Täter:innen einen linken Hintergrund und bei 2 Vorfällen war antiisraelischer Aktivismus das Kernanliegen der Täter:innen.

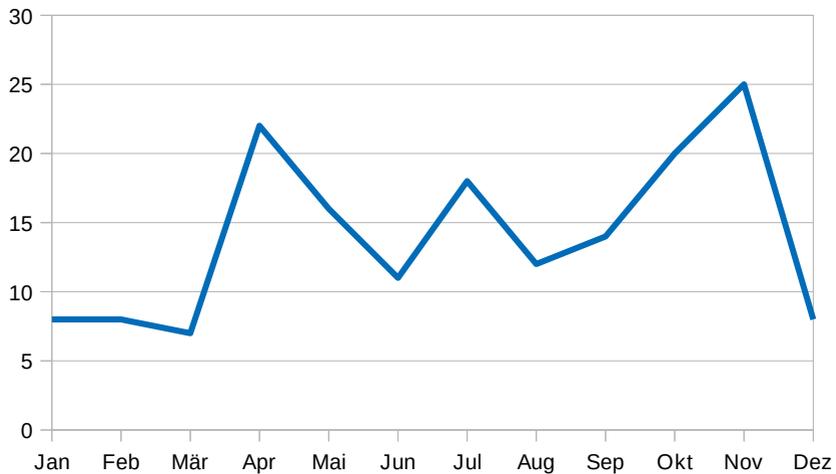
Abbildung 11: Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle in Thüringen 2015–2020



5.9 Antisemitische Vorfälle im Zeitverlauf

Dass sich antisemitische Vorfälle in Thüringen häufig als Abwehr des Gedenkens an die Schoa artikulieren, zeigt sich auch, wenn man die von der Zivilgesellschaft dokumentierten Vorfälle nach Monaten nachvollzieht. Die Statistik zeigt: Besonders viele Vorfälle wurden im April und im November dokumentiert. Die Vielzahl der Vorfälle im April schließt Störungsaktivitäten rund um die Befreiung Buchenwalds am 11. April, aber auch neonazistische Aktivitäten rund um den Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April mit ein. Die relative Häufung von Vorfällen im November wiederum lässt sich durch in Thüringen jährlich stattfindende Störungen und Angriffe auf Gedenkveranstaltungen rund um die Novemberpogrome zurückführen.

Abbildung 12:
Antisemitische Vorfälle 2015-2020 nach Monaten



6.

Analysen zu Thüringer Spezifika

Die Auswertung der zivilgesellschaftlich dokumentierten antisemitischen Vorfälle aus den Jahren 2015 bis 2020 weist auf drei Phänomenbereiche hin, die für Antisemitismus in Thüringen besonders relevant sind: Das ist zum einen das rechtsextreme Milieu, das in Thüringen zahlenmäßig stark und inhaltlich ausdifferenziert aktiv ist. Eng damit verbunden sind antisemitische Vorfälle im Fußball-Kontext. Ein dritter Kontext, in dem sich antisemitische Vorfälle häufen, sind die Thüringer Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen. Die nachfolgenden Exkurse zeigen exemplarisch anhand eines lokalen Lagebilds auf, wie sich Antisemitismus v.a. im rechtsextremen Milieu verorten lässt. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist, das sich auch in Thüringen jenseits rechtsextremer und rechtspopulistischer Milieus artikuliert.

6.1

Rechtsextremismus in Thüringen

Antisemitismus ist Kernbestandteil rechtsextremer Ideologie, die in Thüringen in zahlreichen Facetten und im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittlich stark präsent ist.⁹⁰ Dabei sind die heutigen Ausprägungen des Rechtsextremismus in Thüringen das Ergebnis einer langen Geschichte rechtsextremer Einstellungen und Strukturen im Freistaat, die weit zurückverfolgt werden können. Bereits in den 1920er-Jahren war Thüringen das erste Land, in dem noch vor der Machtübernahme Adolf Hitlers die NSDAP an einer Regierung beteiligt war (Baum-Frick-Regierung 1929). Unter dem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Fritz Sauckel, der zu Beginn der 1930er-Jahre erdrutschartige Wahlsiege in Thüringen verbuchte, wurde

⁹⁰ Reiser et al. 2021, S. 974 ff.

das Land noch vor 1933 zum nationalsozialistischen „Muster-Gau“ ausgebaut.⁹¹ Hier wurden Maßnahmen und Repressionen erprobt, die später im „Dritten Reich“ Anwendung fanden – darunter die Ausgrenzung von Juden:Jüdinnen.

In der „antifaschistischen“ DDR konnten (neo-)nationalsozialistische Ressentiments gerade auch deshalb überleben und tradiert werden, weil der Staat rechtsextreme und antisemitische Umtriebe aufgrund des eigenen Selbstverständnisses offiziell verleugnete.⁹² In den 1980er-Jahren erstarkten in der ganzen DDR, so auch in Thüringen, rechtsextreme und neonazistische Jugendszenen, die sich im Kontext der Wende und den Transformationsjahren, auch durch rechtsextreme Kader aus Westdeutschland, organisierten und radikalisierten.

Die rechtsextremen Netzwerke und ihre Sympathisant:innen der 1990er-Jahre prägen bis heute die politische Kultur Thüringens – strukturell und ideologisch. Seit dem Jahr 2000 untersucht ein Forschungsteam der Friedrich-Schiller-Universität Jena im „Thüringen Monitor“ die politischen Einstellungen der Bürger:innen des Freistaats Thüringen, darunter insbesondere rechtsextreme und antisemitische Haltungen.⁹³ In seiner „Topographie des Rechtsextremismus“⁹⁴ hat das KomRex (Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration) der Friedrich-Schiller-Universität Jena die im Thüringen Monitor gemessenen rechtsextremen, ethnozentrischen und neonazistischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung über einen längeren Zeitraum hinweg und in seiner regionalen Verbreitung ausgewertet. Im Zeitraum zwischen 2012 und 2020 wurden im Mittelwert bei 19% der Thüringer:innen rechtsextreme Einstellungen gemessen.⁹⁵ In 10 von 23 Landkreisen und kreisfreien Städten liegt der Anteil der Personen mit rechtsextremen Einstellungen 20% bis 28% in Altenburg. Neo-nationalsozialistische Einstellungen wurden im selben Zeitraum bei 5% bis 12% der Bevölkerung gemessen. Ethnozentrische, d.h. nationalistische und fremdenfeindliche Einstellungen, teilen im Mittelwert 40% aller Thüringer:innen – in drei Kreisen (Altenburg, Kyffhäuserkreis, Saale-Orla-Kreis) sogar ca. 50%.

91 Raßloff, Steffen (2015): „Der Mustergau“. Thüringen zur Zeit des Nationalsozialismus. München: Bucher.

92 Thiele, Anja (2020): Zweierlei Kontinuitäten: Antisemitismus in der DDR. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Bd. 7, S. 48-61.

93 Landesregierung Thüringen (o. J.): Thüringen-Monitor. Online: <https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor> [06.05.2022].

94 KomRex (2021): Topografie des Rechtsextremismus. Online: <http://www.topografie.komrex.uni-jena.de/> [06.05.2022].

95 Als rechtsextrem eingestellt gelten laut der Autor:innen der Topographie Personen, die zehn Aussagen mit fremdenfeindlichen, nationalistisch-chauvinistischen, sozialdarwinistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden, antisemitischen, rassistischen und diktaturstützenden Inhalten tendenziell zustimmen, vgl. ebd.

Die Einstellungszahlen verdeutlichen, in welchem gesellschaftlichen Klima extrem rechte Bewegungen, Netzwerke und Parteien in Thüringen agieren und welche Mobilisierungspotenziale für sie bestehen. Im Folgenden wird ein Überblick über die wichtigsten rechtsextremen Akteur:innen und Aktivitäten gemäß der Systematisierung von Salzborn⁹⁶ gegeben: Diese umfasst 1. den militanten Rechtsextremismus bzw. Neonazismus bis hin zum Rechtsterrorismus, 2. den parteilich organisierten Rechtsextremismus sowie 3. neuere, heterogene rechte Splitterbewegungen und Subkulturen.

6.1.1 **Neonazismus, militante Organisationen und Rechtsterrorismus**

Die Entwicklung neonazistischer Gruppierungen und Bewegungen in Thüringen ist bis in die 1980er-Jahre der DDR zurückzuführen. Damals begannen rechtsradikale Skinheads und Rechtsextreme unterschiedlicher Couleur sich in informellen Gruppen zu organisieren.⁹⁷ Vor der Wende entwickelten sich größere Neonazi-Gruppen in Arnstadt, Erfurt, Gera, Ilmenau, Jena, Saalfeld-Rudolstadt und Weimar, wo sie im Alltag der lokalen Jugend immer präsenter wurden.

Noch in der Wendezeit 1989/90 erlebte der militante Rechtsextremismus einen massiven Aufschwung, gerade in den ostdeutschen Bundesländern. Bundesweit kam es zu rassistisch motivierten Brandanschlägen und Gewaltexzessen, so auch in Thüringen. Neben Angriffen auf Migrant:innen, Punks und andere politische Gegner:innen wurde 1990 ein 58-jähriger Mann in Erfurt von zwei jungen Frauen aus der rechtsextremen Skinhead-Szene ermordet. Zeitgleich begannen Thüringer Neonazis, sich in einer Vielzahl von militanten neonazistischen Organisationen und (Kleinst-)Parteien zu formieren und zu radikalieren. Auch neonazistische Bands und Konzerte nahmen zu und etablierten die Rechtsrock-Szene in Thüringen. Dabei bot Thüringen in diesen Jahren auch für westdeutsche Neonazis eine zentrale Anlaufstelle für Konzerte und Demonstrationen. Ein Großereignis dieser Zeit war 1992 der Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Rudolstadt, den der Weimarer Thomas Dienel, Gründer der Deutschen Nationalen Partei (DNP),

⁹⁶ Salzborn, Samuel (2021). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 4. Auflage. Baden-Baden: Nomos.

⁹⁷ Alle folgenden Angaben, sofern nicht anders angegeben, sind aus Quent 2016 entnommen. Quent, Matthias (2016): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Weinheim: Beltz Juventa.

organisierte und zu dem knapp 2000 Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik anreisten.

Mitte der 1990er-Jahre hatten sich bereits feste neonazistische Strukturen entwickelt. 1994 gründete sich die Anti-Antifa Ostthüringen, zwei Jahre später wurde daraus der Thüringer Heimatschutz (THS), eine Dachorganisation der Freien Kameradschaften im Bundesland. Der THS sollte die Neonaziszene Thüringens in den folgenden Jahren entscheidend prägen. Zu seinen führenden Köpfen gehörten der Saalfelder Tino Brandt sowie die Jenenser Ralf Wohlleben und André Kapke. Der THS hatte sich der Bildung „informeller Vergemeinschaftsstrukturen“, anschließend an das Konzept der Freien Nationalisten verschrieben und stellte das „Bindeglied“ zwischen der „militanten Neonaziszene, NPD und den Jungen Nationaldemokraten“ dar.⁹⁸ Enge Kontakte bestanden zu Jenaer Burschenschaften und der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen sowie zu anderen Neonazi-Verbänden im ganzen Bundesgebiet. Darüber hinaus war der THS mit einer Vielzahl an Waffen, Munition und Sprengstoff ausgerüstet. Aus dem THS ging der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) hervor, dessen Kern die THS-Mitglieder Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe bildeten. Zwischen 2000 und 2007 ermordete der NSU zehn Menschen, verübte 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle – eine bislang beispiellose rassistische Mordserie in der Bundesrepublik. Es bleibt oft unerwähnt, dass auch der Antisemitismus zentral im Weltbild des NSU verankert war. Bereits 1996 hatten die späteren NSU-Terrorist:innen im Kontext eines Besuchs des damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, in Weimar eine Puppe mit einem sogenannten Judenstern an einer Autobahnbrücke aufgehängt. Im gleichen Jahr hatten Böhnhardt und Mundlos in SA-ähnlicher Uniformierung die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Buchenwald betreten und daraufhin einen Platzverweis erhalten (vgl. Kapitel 6.2). Darüber hinaus artikulierte sich der Antisemitismus des NSU in der offenen Verherrlichung des Nationalsozialismus, im zynischen und opferverhöhrenden Spiel „Pogromly“ sowie im Auskundschaften von NS-Gedenkstätten und Synagogen in ganz Deutschland.⁹⁹

Die Morde und Attentate verübte der NSU nicht in Thüringen. Doch auch hier kam es zu zahllosen antisemitischen Angriffen und sogar zu rechtsterroristischen Anschlägen, die von Personen aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften sowie der NPD begangen wurden. Am 20. April 2000, dem Geburtstag Adolf Hitlers, verübten drei jugendliche

⁹⁸ Ebd. S. 227.

⁹⁹ Quent/Rathje 2019, S. 169 ff.

Neonazis den bisher schwersten antisemitischen Anschlag in Thüringen, einen Brandanschlag auf die Neue Synagoge in Erfurt. In einem Bekennerschreiben bezeichneten die Täter:innen ihre Tat als „rein antisemitisch“ motiviert. Der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde in Thüringen, Prof. Dr. Reinhard Schramm, erinnert den Vorfall zum 20. Jahrestag mit Schrecken: „Es erschien uns unglaublich. Brennende Synagogen in der ‚Kristallnacht‘ haben sich im jüdischen Bewusstsein als Vorstufe des Holocaust eingeebrannt.“¹⁰⁰

Nachdem Tino Brandt im Jahr 2001 als V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes enttarnt wurde, trat der Thüringer Heimatschutz als koordinierende Struktur in den Hintergrund. Die zahlreichen untergeordneten Sektionen sowie personelle und ideelle Strukturen blieben jedoch bestehen. Als neue, überregionale Organisations- und Vernetzungsplattform tat sich etwa das Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM) hervor.

Bis heute kennzeichnet die rechtsextreme Szene in Thüringen trotz des Verfolgungsdrucks vonseiten des Staates und des Engagements der Zivilgesellschaft eine langfristige Präsenz und ein hohes Aktivitätsniveau.¹⁰¹ 2018 wurden 91 rechtsextreme Gruppierungen und Bewegungen gezählt. In den Mittelpunkt gegenwärtiger Strategien rückten seit den 2000er-Jahren die Aneignung von **Immobilien** zur Durchführung von Veranstaltungen und Schulungen, die Organisation von **Demonstrationen** und Kundgebungen sowie von **Rechtsrock-Konzerten**. Darüber hinaus sind seit den letzten Jahren stärkere Aktivitäten im Internet und in sozialen Netzwerken zu verzeichnen.

Immobilien

Immobilien stellen für die extreme Rechte die „notwendige Infrastruktur“ dar, mit der „politische Arbeit organisiert, Einnahmen durch Veranstaltungen und Gewerbe generiert und Ideologie transportiert und verbreitet werden kann“.¹⁰² Die Anzahl der Immobilien, die entweder direkt im Besitz der Thüringer Neonazi-Szene ist oder von dieser seit Jahren systematisch und regelmäßig genutzt wird, ist in den vergangenen Jahren massiv angestiegen. Mobit zählte 2017 15 Immo-

¹⁰⁰ ezra (2020): 20 Jahre nach dem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge: Jüdische Landesgemeinde, MOBIt und ezra rufen zum Online-Gedenken auf [Pressemeldung]. Online: <https://ezra.de/online-gedenken-an-den-brandanschlag-auf-die-erfurter-synagoge-vor-20-jahren/> [06.05.2022].

¹⁰¹ Michelsen, Danny; Koch, Matthias; Miehke, Marius; Dingfelder, Juliane & Beelmann, Andreas (2020): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Jena: KomRex, Friedrich-Schiller-Universität Jena. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/gefaehrungen-der-demokratischen-kultur-2020.pdf?nonactive=1&suffix=pdf> [06.05.2022].

¹⁰² Mobit e.V. 2018.

lien, 2013 waren es noch neun. Durch ihre vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten sind sie Kristallisationspunkte der regionalen und überregionalen extrem rechten Szene. Insbesondere für die Szene der Holocaustleugner:innen spielen Thüringer Immobilien, konkret das Rittergut in Guthmannshausen, eine exponierte Rolle. In diesem ist die Gedächtnisstätte Guthmannshausen e.V. angesiedelt, ein 1992 gegründeter Verein, der sich dem Geschichtsrevisionismus, der Relativierung der Schoa sowie der Inszenierung eines deutschen Opferkults verschrieben hat. Dem Verein stand lange die mehrfach verurteilte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel vor, die trotz ihres Rücktritts in den vergangenen Jahren immer wieder als Rednerin zu Veranstaltungen nach Guthmannshausen kam. Direkte personelle Überschneidungen und Kontakte bestanden zudem zur Europäischen Aktion (EA), dem inzwischen aufgelösten europäischen Netzwerk von Holocaustleugner:innen, sowie zu anderen Netzwerken von Revisionist:innen und Neonazis. Expert:innen gehen davon aus, dass es sich bei der Gedächtnisstätte Guthmannshausen um die Fortführung des 2008 verbotenen Collegium Humanum handelt, einem antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Verein. Insofern muss die Gedächtnisstätte Guthmannshausen als „bundesweit bedeutender Treff für Geschichtsrevisionist*innen, Holocaust-Leugner*innen, völkische und militante Neonazis“ bezeichnet werden.¹⁰³ Trotz eines schweren Brands im April 2021, der mutmaßlich durch Brandstiftung ausgelöst wurde, soll die Immobilie vom Verein weiter genutzt werden.

Demonstrationen, Kundgebungen, Großveranstaltungen

Wie unlängst die Pandemie-Zeit gezeigt hat, erweisen sich Demonstrationen und Kundgebungen nach wie vor als zentraler Mobilisierungsfaktor sowie „Propagandainstrument“ für die extreme Rechte in Thüringen. Die „Topographie des Rechtsextremismus“ zählte in Thüringen zwischen 2014 und 2020 1.050 Demonstrationen.¹⁰⁴ Vielfach handelte es sich um geschichtsrevisionistische oder NS-verherrlichende Demonstrationen,¹⁰⁵ etwa der jährlich im April anlässlich der alliierten Bombenangriffe auf Nordhausen organisierte „Gedenkmarsch“.¹⁰⁶ Unter dem Motto „Bombenterror über Nordhausen“

103 Wellsow, Paul (2018): Die Gedächtnisstätte in Guthmannshausen. In: Mobit e.V. (Hrsg.): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen. Online: https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20H%C3%A4usern%20sehen_2018.pdf [06.05.2022].

104 KomRex 2021.

105 Zu konkreten Zahlen siehe Best, Heinrich; Miehlke, Marius; Salheiser, Axel (2018): Topographie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. KomRex der FSU Jena. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/projektbericht-topografie-dez2018.pdf> [nonactive=1&suffix=x=pdf] [06.05.2022].

106 Ebd. S. 84.

demonstrieren verschiedene rechtsextreme und rechtsaffine Gruppierungen in unmittelbarer Nähe zum KZ Mittelbau-Dora, was einer Relativierung der NS-Verbrechen gleichkommt. Andere Demonstrationen richten ihr Augenmerk auf die Verherrlichung nationalsozialistischer „Helden“, z.B. Rudolf Heß.

Seit der Corona-Pandemie hat sich die extreme Rechte in Thüringen vielfach maßgeblich an Protesten gegen die Infektionsschutz-Maßnahmen beteiligt oder diese sogar federführend initiiert.¹⁰⁷ Die Proteste und ihre Kommunikationskanäle wurden von Salheiser und Richter 2021 als „eine Art Brückenkopf zu Verschwörungsnarrativen und radikal rechter Ideologie“ bezeichnet: „Diesen Umstand hatte die radikale Rechte relativ früh für sich entdeckt und den Schulterchluss gesucht“¹⁰⁸. Auch die Thüringer AfD geriert sich als Stimme der Gegner:innen der Corona-Maßnahmen.

Die Proteste trugen in Thüringen massiv dazu bei, antisemitische Ressentiments zu verbreiten und zu befördern: in Form antisemitischer Verschwörungsideologien, etwa der Vorstellung, Corona sei von „geheimen Mächten“ im Hintergrund erfunden worden, um eine „Neue Weltordnung“ zu etablieren, bis hin zum Geschichtsrevisionismus, etwa in Form der notorischen Gleichsetzung von Maßnahmen-Gegner:innen mit der Verfolgung der Juden:jüdinnen im Nationalsozialismus, was häufig bildlich durch angeheftete gelbe Sterne zum Ausdruck gebracht wurde.

Rechtsrock

Darüber hinaus hat sich Thüringen bis heute zu einem bundesweiten Hotspot für Rechtsrock-Konzerte und neonazistische „Liederabende“ etabliert. Die Musik dient nicht nur als zentrales Rekrutierungs- und Ideologisierungsmittel, mit dem ein niedrigschwelliger Zugang zu jungen, rechtsaffinen Menschen eröffnet werden kann – vielmehr kann durch die aus Konzerten, Tonträgern und Magazinen erwirtschafteten Finanzmittel auch die gesamte Szene und weitere Propaganda finanziert und stabilisiert werden.¹⁰⁹ Heutige Veranstalter:innen in Thüringen können auf langjährig etablierte Strukturen zurückgreifen, zum Beispiel durch die Thüringer Sektion des inzwischen verbotenen Netzwerks Blood & Honour. Die Zahl der Konzerte ist seit den 2000er-

107 Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2021): Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Bd. 9, S. 76–87.

108 Ebd. S. 65.

109 Mobit (2017): Hass und Kommerz. Rechtsrock in Thüringen, S. 7. Online: <https://mobit.org/Material/Mobit-HeftRechtsRock18-G-web.pdf> [06.05.2022].

Jahren kontinuierlich angestiegen und erlitt durch die Corona-Pandemie notgedrungen einen Einbruch. Im Jahr 2016 dokumentierte Mobit e.V. 54 Konzertveranstaltungen, 2017 waren es 59 und 2018 sogar 71.¹¹⁰ 2019 wurden in Thüringen 65 Rechtsrock-Konzerte gezählt.¹¹¹ Durch die Corona-Pandemie waren die Aktivitäten in den Jahren 2020 und 2021 eingeschränkt; Mobit geht davon aus, dass ein nicht geringer Teil in den privaten Raum verlegt wurde. Neben Konzerten werden auch „Liederabende“ rechtsextremer Liedermacher populär. Nicht nur die Menge der neonazistischen Musikveranstaltungen sticht bundesweit im Vergleich heraus, sondern auch deren Größe. 2017 fand unter dem Titel „Rock gegen Überfremdung II“ im südthüringischen Themar, einer Kleinstadt mit knapp 3.000 Einwohner:innen, das größte Rechtsrock-Konzert der deutschen Geschichte mit etwa 6.000 Besucher:innen aus ganz Europa statt.¹¹² Im Rechtsrock spielt Antisemitismus eine zentrale Rolle: Neben der offenen Verherrlichung des Nationalsozialismus werden jahrhundertealte antijüdische Mythen und Vorstellungen, etwa die der Juden als „Blutsauger“ oder „satanische“ Eliten, sowie konkrete Mord- und Vernichtungsfantasien verbreitet.

6.1.2 Parteien

Die Entwicklung der neonazistischen Kameradschaftsszene war in Thüringen von Beginn an eng mit der Entwicklung extrem rechter Parteien verwoben. Insbesondere die neonazistische NPD entwickelte sich zu einer festen Größe in der rechten Parteienlandschaft Thüringens, deren Bedeutung seit den 2010er-Jahren und mit dem Entstehen der AfD massiv zurückgegangen ist. Zu ihrem Aufschwung verhalfen der NPD in Thüringen in den 1990er-Jahren auch westdeutsche NPD-Kreisverbände, die logistische und finanzielle Unterstützung bereitstellten. Seit ihrer Gründung 1990 bis heute lassen sich zahlreiche personelle Überschneidungen zwischen der Thüringer Neonazi-Szene und der NPD nachweisen – so etwa bei den ehemaligen und aktuellen Parteivorsitzenden Frank Schwerdt (2001–2012), Patrick Wieschke (2012–2015), Tobias Kammler (2015–2017), Thorsten Heise (2017–2018) und Patrick Weber (2018–heute). Alle hatten bereits lange „Karrieren“ in der neo-

110 Ebd. S. 17.

111 Mobit (2021): RechtsRock-Konzertzahlen brechen in Thüringen aufgrund der Corona-Pandemie ein. Online: <https://mobit.org/rechtsrock-statistik-2020/> [06.05.2022].

112 Büchner, Timo (2018): Weltbürgertum statt Vaterland: Antisemitismus im RechtsRock. Münster: Edition Assemblage. S. 9.

nazistischen Kameradschafts- oder Rechtsrock-Szene inklusive Vorstrafen hinter sich, bis sie Parteifunktionäre wurden.

Noch bis 2002 stand die NPD in Thüringen im Schatten anderer rechts-extremer Parteien wie der Republikaner und der DVU. 2005 dagegen gewann sie in Thüringen bei der Bundestagswahl 4% der Erststimmen und 3,7% der Zweitstimmen. Auf Ebene der Landtagswahlen holte die NPD ihr bislang bestes Ergebnis 2009, als sie 4,5% der Erst- und 4,3% der Zweitstimmen gewann. Bei darauffolgenden Bundes- und Landtagswahlen gingen die Stimmen für die NPD jedoch wieder stark zurück – zum einen wanderten seit 2015 zunehmend Stimmen zur AfD, zum anderen wurden etliche Funktionäre im Zuge der NSU-Prozesse verhaftet.¹¹³

Einflussreich bleibt die NPD in Thüringen bis heute auf lokaler und regionaler Ebene, wobei Eisenach das unangefochtene Zentrum darstellt. Zog die NPD hier bereits 2014 mit 7,4% Stimmenanteil und drei Mandaten in den Stadtrat ein, holte sie 2019 einen Stimmenanteil von 10,2% und vier Mandate im Stadtrat – darunter auch Patrick Wieschke. Die von der NPD und Teilen der Stadtbevölkerung normalisierte Präsenz der bestens vernetzten und gewaltbereiten Neonazis in Eisenach stellt für viele zivilgesellschaftlich Engagierte, Menschen mit Migrationsbiografie und andere politische Gegner:innen eine äußerst gefährliche Situation dar.¹¹⁴

Unverhohlen vorgetragene antisemitische Positionen sind ein Kernbestandteil der neonazistischen Ideologie der NPD und gehen bereits aus der positiven Bezugnahme der Partei auf den Nationalsozialismus hervor. Darüber hinaus betreibt die NPD u.a. eine massive Täter-Opfer-Umkehr, etwa durch die Unterstellung, Juden:Jüdinnen sowie der Staat Israel würden das deutsche Volk durch einen „Holocaust-Kult“ unterjochen. Nicht zuletzt bedienen sich NPD-Funktionäre und Mitglieder wiederkehrend explizit antisemitischer Verschwörungsideologien vom Einfluss vermeintlicher „jüdischer Machtgruppen“.

Seit 2013 macht die AfD der Thüringer NPD Konkurrenz und hat ein weit größeres Mobilisierungspotenzial von Wähler:innenstimmen entwickelt. Die sich zunächst eurokritisch gerierende Partei AfD befindet sich seit ihrer Entstehung in einem Radikalisierungsprozess, der sich insbesondere in Thüringen in seiner extremsten Form präsentiert. Seit

113 Oppelland, Torsten (2019): Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Bundeszentrale für politische Bildung. Online: <https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/thueringen-2019/296649/nationaldemokratische-partei-deutschlands-npd/> [06.05.2022].

114 Salheiser 2021.

2021 wird die rechtsextreme AfD Thüringen vom Amt für Verfassungsschutz Thüringen beobachtet.

Die AfD konnte in Thüringen seit ihrer Gründung massiv an Wähler:innenstimmen gewinnen. Erhielt sie in der Bundestagswahl 2013 6,2% der Zweitstimmen, holte sie 2017 in Thüringen bereits 22,7% der Zweitstimmen. Mit 24% der Zweitstimmen wurde die AfD bei der Bundestagswahl 2021 in Thüringen stärkste Kraft. Auch in den Landtagswahlen nahm die Zustimmung zur AfD kontinuierlich zu: Von 10,6% (2014) erlangte sie 2019 23,4% der Wähler:innenstimmen.

Ideologisch betrachtet inszeniert sich die AfD im Unterschied zur NPD als „bürgerlich“ und grenzt sich – zumindest vordergründig – vom Nationalsozialismus und Neonazismus ab. Zahlreiche Analysen haben jedoch gezeigt, dass die AfD, insbesondere der Thüringer Landesverband, eine völkisch-nationalistische Weltanschauung propagiert und einen aggressiven Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus transportiert. Gerade dadurch, dass die antisemitischen Narrative der AfD im Gegensatz zur NPD oft chiffrierter und weniger explizit daherkommen, legitimieren und forcieren sie antisemitische Ressentiments in der Bevölkerung (siehe Kapitel 5.4). Ihr herausragender Akteur ist der Landesvorsitzende Björn Höcke, der bereits vor seiner Parteikarriere bis heute zahlreiche Kontakte in neonazistische, geschichtsrevisionistische und neurechte Kreise unterhält. Höcke gründete die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „rechtsextrem“ eingestufte Sammlungsbewegung Der Flügel innerhalb der AfD mit und verfolgt eine zentrale geschichtspolitische Agenda, die den vermeintlichen „Schuldskult“ der gegenwärtigen Erinnerungskultur beenden und eine vom Nationalsozialismus bereinigte Sicht auf die deutsche Nation etablieren will. Mit Höckes Äußerungen verbindet sich laut Salzborn (2019) ein „geschichtsrevisionistischer Antisemitismus“ mit einem „ahistorischen und wahrheitswidrigen Glauben an eine deutsche Opferidentität“.¹¹⁵ Darüber hinaus bedient Höcke in regelmäßigen Abständen immer wieder verschwörungsideologische und strukturell antisemitische Motive und Narrative, wenn er etwa gegen eine vermeintliche „Globalisierungskrake“ wettet.¹¹⁶ Positionen wie diese werden selbstverständlich auch von anderen AfD-Mitgliedern geteilt und artikuliert.

Weiterhin sind in Thüringen die neonazistischen Kleinstparteien bzw. Wählerbewegungen Der III. Weg, Bündnis Zukunft Hildburghausen

¹¹⁵ Salzborn 2019, S. 205.

¹¹⁶ Amt für Verfassungsschutz Thüringen (Hrsg.) (2021): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2020, S. 27

(BZH) und Neue Stärke Partei (NSP) aktiv, die jedoch eine überschaubare Mitgliederanzahl haben. Diese sind als offen neo-nationalsozialistisch einzuschätzen.

6.1.3

Aktuelle heterogene Bewegungen

Neben dem „klassischen“ rechtsextremen Spektrum der Parteien, Kameradschaften, Vereinen und diversen Akteur:innen der neonazistischen Subkultur findet laut Best et al. das „äußerst heterogene bewegungsförmige Phänomen der sogenannten ‚Reichsbürger‘ [...] und ‚Selbstverwalter‘ zunehmend öffentliche Beachtung.“¹¹⁷

Reichsbürger:innen lehnen die Existenz und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage von verschwörungsideologischen, pseudohistorischen und geschichtsrevisionsistischen Annahmen ab. Die Reichsbürger-Erzählung, der zufolge das „Deutsche Reich“ fortexistierte und die Bundesrepublik Deutschland kein legitimer deutscher Staat sei, ist als Teil einer antisemitischen Verschwörungsideologie und eines deutschen Opfermythos zu betrachten. In diesem Kontext beanspruchen Anhänger:innen häufig eine rechtliche Autonomie für sich und wännen sich innerhalb ihres eigenen Grundstücks souverän. Laut Thüringer Amt für Verfassungsschutz ist die Zahl der diesem Milieu zugeordneten Personen in den letzten Jahren stark gestiegen, 2020 zählte das AfV in Thüringen 740 Personen, die diesem Spektrum zuzuordnen sind.¹¹⁸ Reichsbürger:innen weisen ein hohes Aggressionspotenzial auf, das sich nicht selten in verbaler und körperlicher Gewalt, insbesondere gegen staatliche Behörden, artikuliert.

6.2

Gedenkstätten als Zielscheibe antisemitischer Vorfälle in Thüringen

Als relativ kleines Bundesland beherbergt Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern verhältnismäßig viele bedeutende Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Mit den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora stehen zwei der bundesweit und inter-

¹¹⁷ Best et al. 2018, S. 60.

¹¹⁸ Amt für Verfassungsschutz Thüringen 2021. S. 3.

national bekanntesten und aufgrund ihrer historischen Spezifik bedeutendsten Gedenkstätten des Nationalsozialismus in Thüringen. Auch der Erinnerungsort Topf und Söhne in Erfurt ist ein besonderer „Täterort“ in der bundesdeutschen Gedenklandschaft, der auf einzigartige Weise die Verbindungen zwischen „normalen“ Bürger:innen und der Vernichtung aufzeigt. Hinzu kommen eine kleinere Gedenkstätte am ehemaligen KZ Laura sowie zahlreiche weitere lokale Gedenkort und -zeichen, Denkmäler, Stolpersteine und Initiativen. Gedenkstätten und -orte für die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden:Jüdinnen werden in Deutschland regelmäßig zum Ziel antisemitischer Angriffe. Dies ist insbesondere in Thüringen der Fall. Der folgende Exkurs soll daher zunächst einen Überblick über die verschiedenen Thüringer Gedenkstätten und ihre historische Bedeutung geben, um anschließend die Situation in Hinblick auf antisemitische Vorfälle zu skizzieren, die im Rahmen von Gesprächen mit dem Gedenkstättenpersonal erfragt wurden.

Das Konzentrationslager Buchenwald war eines der größten Konzentrationslager innerhalb des Deutschen Reichs, gegen Ende des Krieges sogar das größte.¹¹⁹ Bis zu 266.000 Menschen waren zwischen 1937 und 1945 hier inhaftiert, bis zu 56.000 Menschen wurden ermordet oder starben infolge von Folter, medizinischen Experimenten, Krankheit und Unterernährung. Unweit der berühmten „Klassikerstadt“ Weimar auf dem Ettersberg errichtet, wurden hier zahlreiche politische Häftlinge, darunter bekannte Kommunist:innen, Sozialdemokrat:innen und christliche Geistliche sowie jüdische und nicht-jüdische Intellektuelle und Künstler:innen aus ganz Europa gefangen gehalten, darunter etwa der KPD-Funktionär Werner Scholem, der christliche Theologe Dietrich Bonhoeffer, der österreichische Publizist Jean Améry, der rumänische Autor und spätere Nobelpreisträger Elie Wiesel, der spätere französische Premierminister Léon Blum und der französische Soziologe Maurice Halbwachs. In bis zu 168 Außenlagern, die sich über ganz Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt und darüber hinaus erstreckten, mussten Häftlinge Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie leisten. Insbesondere aus den Reihen der kommunistischen Gefangenen, die zentrale Funktionen innerhalb der Häftlingshierarchie innehatten, formierte sich Widerstand gegen die Lagerleitung der SS.

Nach der Befreiung durch die amerikanischen Truppen am 11. April 1945 wurde Buchenwald daher in der DDR zum zentralen Symbol für den antifaschistischen Widerstandskampf. 1958 ließ die SED eine monumentale Denkmalsanlage im Stil des sozialistischen Heroenkults

119 Alle nachfolgenden Angaben und Zahlen sind dem historischen Überblick auf der Homepage der Gedenkstätte entnommen, siehe <https://www.buchenwald.de/72/>.

- die bis heute erhalten ist - auf dem Areal des ehemaligen Konzentrationslagers als „Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald“ errichten. Das Nationaldenkmal sollte den Führungsanspruch der SED legitimieren. Dabei wurde nicht nur die Rolle der kommunistischen Widerstandskämpfer:innen idealisiert und zulasten anderer Opfergruppen (darunter auch Juden:Jüdinnen) überbetont, sondern auch verschwiegen, dass sich auf dem Gelände des KZs in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945–1950) ein sowjetisches Speziallager befand. Dort waren vor allem deutsche NSDAP-Funktionäre und Kriegsverbrecher, aber auch eine Reihe von willkürlich denunzierten oder gefangen genommenen Personen inhaftiert.

Nach der Wende 1989 wurde die Geschichte des Speziallagers öffentlich diskutiert und die eindimensionale Gedenkkultur der DDR wissenschaftlich aufgearbeitet. Die Existenz des sowjetischen Speziallagers auf dem Boden des ehemaligen Konzentrationslagers wurde und wird jedoch bis heute aus meist rechten und rechtsextremen Kreisen instrumentalisiert, um die DDR mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen und den Nationalsozialismus damit zu relativieren, sowie um einen deutschen Opfermythos zu forcieren.¹²⁰ Seit den 1990er-Jahren wurde das Konzept der Gedenkstätte Buchenwald mehrmals überarbeitet. Heute ist die Gedenkstätte mit zahlreichen, auch multimedialen und internationalen Angeboten für Jugendliche und Erwachsene eine der meistbesuchten Gedenkstätten Deutschlands.

Zwei der Thüringer Außenlager Buchenwalds sind heute eigenständige Gedenkstätten: Das Lager „Dora“ bei Nordhausen sowie das Konzentrationslager „Laura“ in Lehesten. Insbesondere Mittelbau-Dora gehörte zu den zentralen Stätten der NS-Rüstungsproduktion, welche zum Schutz vor Bombenangriffen während des Krieges Untertage verlegt wurde.¹²¹ Im Buchenwald-Außenlager „Dora“, das 1943 errichtet und im Herbst 1944 zum eigenständigen Konzentrationslager „Mittelbau“ wurde, mussten über 60.000 KZ-Häftlinge in Zwangsarbeit Raketen in unterirdischen Stollenanlagen herstellen. Etwa 30.000 Häftlinge starben. Während der Komplex im Gedenken der DDR kaum eine Rolle spielte, steht Mittelbau-Dora heute in der deutschen Gedenkstättenlandschaft exemplarisch für die Geschichte der KZ-Zwangsarbeit und der Untertageverlagerung von Rüstungsfertigungen im Zweiten Weltkrieg. Die Gedenkstätte ist heute internationaler Lern- und Gedenkort.

¹²⁰ Leggewie, Claus; Meyer, Erik (2005): „Ein Ort, an dem man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989. München: Hanser, S. 74–82.

¹²¹ Alle nachfolgenden Angaben und Zahlen sind dem historischen Überblick auf der Homepage der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora entnommen: <https://www.buchenwald.de/573/>.

Auch das Buchenwald-Außenlager „Laura“ in Lehesten im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt diente der Untertage-Rüstungsproduktion. Von 2.600 Häftlingen kamen mindestens 550 unter den körperlich auszehrenden Bedingungen ums Leben.¹²² Heute befindet sich auf dem Areal die KZ-Gedenkstätte Laura in Trägerschaft des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt.

Eine bundesweit einzigartige Geschichte erzählt der Erfurter Erinnerungsort Topf und Söhne auf dem Gelände des ehemaligen Unternehmens J.A. Topf und Söhne – den „Ofenbauern von Auschwitz“. Die Firma J.A. Topf und Söhne wurde 1878 als Spezialgeschäft für Heizungsanlagen und später Krematorien gegründet und stellte ab 1941 Öfen sowie Gaskammer-Lüftungstechnik für die Großkrematorien im Vernichtungslager Auschwitz her.¹²³ Das Unternehmen wird in der DDR volkseigener Betrieb, die Geschichte des Ortes erst in der Nachwendzeit aufgearbeitet. 2001 wird der Ort besetzt und in ein „autonomes Kulturzentrum“ umgewandelt. Die Besetzer:innen beschäftigen sich intensiv mit der Geschichte des „Täterorts“ und bieten zur Geschichte Führungen und Workshops an. Parallel entwickelt sich allmählich eine wissenschaftliche Aufarbeitung sowie städtische Bestrebungen, aus dem Ort einen Gedenkort zu machen. 2011 entsteht auf dem Gelände der heutige Erinnerungsort, der in der Dauerausstellung insbesondere die Verwicklungen der „ganz normalen“ Erfurter Zivilbevölkerung in die Schoa thematisiert.

Zwischen Juni 2020 und Dezember 2021 führte RIAS Thüringen Gespräche mit Sprecher:innen und Leiter:innen der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, dem Erinnerungsort Topf und Söhne sowie der KZ-Gedenkstätte Laura e.V., in denen wir nach antisemitischen Vorfällen auf den jeweiligen Geländen und in den Gedenkortorten bzw. im Kontext von Führungen, Ausstellungen und Veranstaltungen fragten.

Aus den Gesprächen ging hervor, dass insbesondere die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora regelmäßig und in zum Teil beträchtlicher Weise zur Zielscheibe antisemitisch motivierter Sachbeschädigungen sowie Formen verletzenden Verhaltens werden. Das Auftreten antisemitischer Vorfälle habe sich dabei über die Jahre verändert. Habe es in den 1990er-Jahren vor allem öffentlichkeitswirksame Provokationen aus dem rechtsextremen bzw. neonazistischen Milieu auf dem Gelände der Gedenkstätte gegeben, u.a. auch vom

122 KZ Gedenkstätte Laura (o. J.). Online: <https://www.kz-gedenkstaette-laura.de/> [06.05.2022].

123 Alle nachfolgenden Angaben sind der Homepage entnommen: Erinnerungsort Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz (o. J.). Online: <https://www.topfundsoehne.de/ts/de/ort/chronik/index.html> [06.05.2022].

sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), artikulierten sich die Vorfälle heute zum Teil eher im niedrighschwelligem Bereich mit eingeschränkter Außenwirkung. Beispiele seien Sticker, Schmierereien oder Ritzereien, etwa von Hakenkreuzen oder antisemitischen Parolen, die meist in abgelegenen oder wenig einsehbaren Ecken der Gedenkstätte bzw. des Geländes angebracht werden. Der Rückgang der öffentlichen Provokationen habe nach Einschätzung der befragten Person vor allem mit der strikten Nutzung der strafrechtlichen Möglichkeiten durch die Gedenkstätte seit den 1990er-Jahren zu tun: Antisemitische, geschichtsrevisionsistische oder NS-verherrlichende Vorfälle wurden und werden von dem Leitungspersonal in der Regel dokumentiert und bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Dieses kompromisslose Vorgehen habe sich nach Mutmaßungen der befragten Person innerhalb der rechtsextremen Kreise herumgesprochen und wirke seitdem abschreckend.

Andererseits komme es heute zu schwerwiegenderen Fällen von Zerstörung und Vandalismus als noch in den 1990er-Jahren. So wurden beispielsweise in den vergangenen Jahren Grabstätten der in den Konzentrationslagern umgekommenen Menschen verwüstet, Gedenk- und Erinnerungstafeln auf oder in Nähe der Gelände schwer beschädigt oder konkrete Gedenkausstellungen, die außerhalb des Gedenkstätten-Geländes, etwa in der Weimarer Innenstadt aufgebaut waren, zerstört. Mitunter sei dabei so viel rohe Gewalt angewandt worden, dass eine befragte Person von einer enormen „kriminellen Energie“ der Täter:innen spricht. Auch diese schwerwiegenden Formen von Vandalismus fänden in der Regel zumeist im Verborgenen, etwa nachts, statt.

Nur selten käme es inzwischen zu direkten Konfrontationen auf Führungen oder im Rahmen von Gedenkveranstaltungen. Bekannte Rechtsextreme, etwa der sogenannte „Volkslehrer“ Nikolai Nerling oder der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke hätten zwar das Gelände zu verschiedenen Gelegenheiten aufgesucht, aber Hausverbot erteilt bekommen. Zudem seien in der Vergangenheit immer wieder Schulungen für das Bildungspersonal zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt worden, sodass im Zweifelsfall im Kontext von Führungen richtig gehandelt werden könne.

Bei der überwiegenden Mehrheit der Vorfälle könne man laut des Befragten auf eine rechtsextreme bzw. neonazistische Tatmotivation rückschließen, auch wenn die Täter:innen aufgrund der oftmals versteckten Ausübung der Taten selten „auf frischer Tat“ ertappt werden. Bei dem Großteil aller Vorfälle sei das zentrale Motiv die dezidierte Ver-

herrlichung des Nationalsozialismus und der nationalsozialistischen Verbrechen, was Rückschlüsse auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund zulässt. Die Bekanntheit der Gedenkstätte führt bisweilen dazu, dass internationale rechtsextreme Gruppen, etwa aus Tschechien oder England, die Gedenkstätte aufsuchen und dort für Fotos posieren – in der Regel deshalb, weil sie die nationalsozialistischen Taten gutheißen oder gar bewundern. Seltener tauchten bis zum Zeitpunkt des Gesprächs im Juni 2020 Formen der Schoa-Relativierung auf. Relativierende und revisionistische Vorfälle im Gedenkstättenumfeld haben jedoch im zweiten Pandemiejahr 2021 zugenommen, wie die von RIAS Thüringen dokumentierten Vorfälle zeigen. Grundsätzlich bietet die Geschichte des ehemaligen sowjetischen Speziallagers hin und wieder Anlass zu revisionistischen Veranstaltungen. So habe Björn Höcke etwa einmal versucht, am Holocaustgedenktag einen Kranz für die Opfer des sowjetischen Speziallagers an der Gedenkstätte niederzulegen. Das sei jedoch auch aufgrund der klar revisionistischen Aussage dieser Handlung unterbunden worden.

In seltenen Fällen können vereinzelte Vorfälle auch links-antiimperialistischen Akteur:innen zugeordnet werden. So sei der Gedenkort in der Vergangenheit aus dem Spektrum einer marxistisch-leninistischen Partei für deren anti-israelische Propaganda instrumentalisiert worden. In diesem Fall wurden Broschüren mit antiisraelischen und antizionistischen Inhalten sowie dezidierten Solidaritätsbekundungen gegenüber BDS und der radikalislamischen Hamas auf dem Gelände der Gedenkstätte ausgelegt. Dies sei zwar per se keine Straftat, verstoße aber gegen die Besucherordnung, nicht zuletzt, weil es sich um eine unrechtmäßige Instrumentalisierung der Gedenkstätte handle. Im Vergleich zu den Taten mit rechtsextremem Hintergrund handle es sich dabei jedoch um ausgewiesene Einzelfälle. Die Gedenkstätte Buchenwald ist aufgrund ihrer nationalen und internationalen Bekanntheit das unangefochtene Ziel antisemitischer Anfeindungen und Vorfälle. Dies spiegelt sich auch in den zivilgesellschaftlich erhobenen Daten wider (vgl. Kapitel 4). Mit Blick auf die Zahlen von 2021 lässt sich konstatieren, dass antisemitische Vorfälle im Kontext der Gedenkstätte Buchenwald sowie antisemitisch motivierte Angriffe auf die Gedenkstätte im Zuge der Corona-Pandemie zugenommen haben.

Im Vergleich zu den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora ist die Zahl der Vorfälle auf dem Gelände des Gedenkortes Topf und Söhne sowie in der Gedenkstätte Laura wesentlich geringer. Letztere gerät schon allein aufgrund ihrer abgelegenen Lage eher selten in den Blick von gezielten Angriffen. Dennoch wurden sowohl hier als auch am Gedenkort Topf und Söhne vereinzelte Vorfälle dokumentiert – von

Schmierereien bis hin zu geschichtsrevisionistischen Aussagen von Besucher:innen.

Neben zahlreichen Einzelvorfällen wurde die Gedenkstätte Buchenwald im November 2021 gar zur Zielscheibe einer von Rechten und Rechtsextremen orchestrierten Anfeindungswelle. Über mehrere Wochen hinweg erhielten Leitung und Mitarbeiter:innen der Gedenkstätte über 400 E-Mails, Briefe und Anrufe aus dem Impfgegner:innen-Milieu anlässlich der Durchsetzung der 2G-Regel in den Gedenkstätten-Räumlichkeiten. Als Aufhänger diente die Ausstellung „Ausgrenzung und Gewalt. Buchenwald 1937–1945“. In den Zuschriften, die RIAS Thüringen zur Dokumentation vorliegen, wurden die gegenwärtigen Maßnahmen zum Infektionsschutz mit den Verfolgungspraktiken und der „Ausgrenzung“ im Nationalsozialismus gleichgesetzt. Mitarbeiter:innen der Gedenkstätte wurden zum Teil explizit mit Nationalsozialist:innen verglichen. So heißt es etwa in einer E-Mail:

„Sie können Ihre Gedenkstätte bis auf Weiteres schließen. Wir erleben momentan live eine Wiederholung der NS-Zeit. ‚Jedem das seine‘ wie wahr [sic]. Ich schäme mich für meine Mitmenschen! Leider sind alle Nazis noch unter uns.“

An anderer Stelle werden „Impflager“ und eine bevorstehende „Endlösung“ heraufbeschworen. Die Gedenkstätte solle erkennen, dass „Ungeimpfte die neuen Juden“ seien. Die Vorfälle sind fast ausnahmslos geschichtsrevisionistische Schoa-Relativierungen und fallen somit in die Kategorie Post-Schoa-Antisemitismus.

6.3 Antisemitismus im Fußballkontext

Auch der Fußballkontext spielt für antisemitische Vorfälle in Thüringen wiederkehrend eine Rolle. Seit den 1980er-Jahren wurden Antisemitismus und Rassismus in der DDR und der BRD immer häufiger offen im Stadion artikuliert.¹²⁴ Im Rahmen der Professionalisierung und Kommerzialisierung des Fußballs haben Überwachungs- und Sanktionsmechanismen in die oberen Ligen Einzug gehalten, um Gewalt und die unerwünschte Artikulation von Rassismus und Antisemitismus zu unterbinden.¹²⁵ Während offene Formen von Rassismus und Antisemitismus in den oberen Ligen seltener artikuliert werden, sind die

¹²⁴ Schubert, Florian (2019): Antisemitismus im Fußball. Tradition und Tabubruch. Göttingen: Wallstein, S. 122.

¹²⁵ Ebd. S. 16–17.

unteren Ligen nach wie vor davon betroffen.¹²⁶ Das gilt auch für die weniger kommerzialisierten Regional-, Ober- und Landesligen, in denen die Thüringer Fußballmannschaften spielen.

6.3.1 Dokumentierte Vorfälle im Fußballkontext in Thüringen

Dass Antisemitismus ein fester Bestandteil im Thüringer Fußball ist, spiegelt sich in den antisemitischen Vorfällen wider, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen erfasst wurden¹²⁷. Im Zeitraum von 2015 bis 2019 ereigneten sich ca. 10% (18 von 173) der registrierten Vorfälle im Fußballkontext (2015:1, 2016: 2, 2017:3, 2018: 5, 2019: 7, 2020: 0). Dass im Jahr 2020 keine Vorfälle aus dem Bereich Fußball dokumentiert wurden, ist vermutlich auf die Einschränkungen im Spielbetrieb durch die Corona-Pandemie zurückzuführen. Im Jahr 2021 wiesen trotz des weiterhin eingeschränkten Spielbetriebs 9 der 77 (12%) dokumentierten Offline-Vorfälle einen eindeutigen Fußballbezug auf. Als „eindeutiger Fußballbezug“ wurde dabei gewertet, wenn sich die Vorfälle im Rahmen von Fußballspielen ereigneten, sich gegen jüdische Fußballer:innen richteten oder Codes verwendeten, die dem Fußball-Kontext entstammen, etwa die Schmähung „Juden Jena“ oder das Verwenden von Fangruppen-Symbolik. Nicht gewertet wurden primär rechtsextreme Vorfälle mit Fußballbezug, etwa das Singen des aus dem Fußballkontext stammenden antisemitischen „U-Bahn-Liedes“ 2017 im Rahmen einer AfD-Kundgebung in Jena.¹²⁸ Insgesamt wurden in den Jahren 2015 bis 2021 also 27 Vorfälle dieser Art erfasst.

Der kontinuierliche Anstieg der Vorfälle über die Jahre bedeutet jedoch nicht automatisch, dass es tatsächlich zu immer mehr antisemitischen Vorfällen kommt. Es werden nur mehr Fälle dokumentiert. Das Dunkelfeld bleibt nach wie vor groß. Erahnen lässt sich das Ausmaß des Dunkelfeldes anhand einer Veröffentlichung von Hintertorperspektive e.V. von Ende Juli 2018: Der Verein, der sich gegen Diskriminierung und Gewalt in der Fußballkultur einsetzt, wies auf seiner Facebook-Seite auf 10 antisemitische Schmierereien und einen antisemitischen Aufkleber hin, die alle die Schmähung „Juden Jena“ gebrauchten;¹²⁹ allerdings ohne Nennung von Ort und Datum. Eine der Schmierereien

¹²⁶ Ebd. S. 162.

¹²⁷ Dazu gehören die Mobile Beratung in Thüringen (Mobit), die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft sowie der RIAS Bundesverband und, seit 2021, RIAS Thüringen.

¹²⁸ Buzzfeed.Recherchen (2017): Rechtsextreme Auschwitz-Gesänge bei einer AfD-Demo in Jena - und die Ordner greifen nicht ein. Online: <https://www.buzzfeed.de/recherchen/rechtsextreme-auschwitz-gesaenge-bei-einer-afd-demo-in-jena-und-die-ordner-greifen-nicht-ein-90134757.html#.ltorBVR3j> [06.05.2022].

wurde von den oben genannten zivilgesellschaftlichen Organisationen dokumentiert, die restlichen Schmierereien und der Aufkleber nicht. 10 dieser 11 Vorfälle sind deswegen nicht in die vorliegende Studie eingeflossen.

Räumlich lag der Schwerpunkt der 27 mit Ort und Datum dokumentierten Vorfälle in Ost- und Mittelthüringen (12 bzw. 10 Vorfälle), 4 Vorfälle wurden in Nordthüringen und ein Vorfall in Südwestthüringen registriert.¹³⁰ 12 Vorfälle ereigneten auf oder an Straßen, 6 im Stadion. In je 2 Fällen ereigneten sich die Fälle an Gedenkortern oder im ÖPNV. Je ein Vorfall wurde in der Gastronomie, in einem Gewerbe und im privaten Wohnumfeld dokumentiert. Zu 2 Vorfällen liegen keine genaueren Ortsangaben vor.

Bei den beiden Vorfällen an Gedenkortern handelte es sich um gezielte Sachbeschädigungen. 25 der 27 Vorfälle fallen in die Kategorie Verletzendes Verhalten. Die Vorfälle ereigneten sich in Form von Schmierereien (11), Aufklebern (6) und Beschädigungen (2). Bei 8 Vorfällen handelte es sich um Face-to-Face-Anfeindungen, zu denen auch 5 Vorfälle antisemitischer Gesänge in Stadien oder auf dem Hin- und Rückweg zählen.

In der überwiegenden Mehrheit der Vorfälle (24 von 27) äußerte sich der Antisemitismus als antisemitisches Othering, zumeist indem die Worte „Jude“ und „jüdisch“ abwertend gebraucht werden: So wurde in 20 Fällen der FC Carl Zeiss als „Juden“ diffamiert, etwa mittels der Schmähung „Juden Jena“. In zwei Fällen wurde „All Chemikers are Jewish“ (richtet sich gegen die BSG Chemie Leipzig und seine Fans) und in einem Fall die Schmähung „Judenschweine“ in einem Stadion gebraucht. Auch die gezielte Zerstörung der Plexiglasfigur eines jüdischen Fußballspielers zählt als antisemitisches Othering. 6 Fälle sind dem Post-Schoa-Antisemitismus zugeordnet, in einem Fall wurde kein genaueres Motiv dokumentiert.¹³¹

Für viele der Vorfälle liegen keine genauen Angaben zum politisch-weltanschaulichen Hintergrund und zum Geschlecht der Täter:innen vor. In 4 Fällen wurden am Tatort auch Symboliken rechter Ultra- und Hooligangruppen hinterlassen. So geben sich häufig Anhänger des Regionalligisten FC Rot-Weiß Erfurt als Täter zu erkennen, indem die

129 Hintertorperspektive e.V. (2018). Online: <https://www.facebook.com/222737605219/posts/10160760709725220/> [06.05.2022].

130 Die vier Thüringer Planungsregionen Nordthüringen, Mittelthüringen, Ostthüringen sowie Südwestthüringen sind Einheiten der Raumordnung, die jeweils mehrere Landkreise sowie kreisfreie Städte umfassen. Für die Aufteilung der Landkreise und kreisfreien Städte auf die Planungsregionen siehe Thüringer Landesamt für Statistik (2021): Planungsregionen in Thüringen. Online: https://statistik.thueringen.de/datenbank/auflistung.asp?auswahl1=r_planungsregion [06.05.2022].

131 Wie in 5.7 waren hier Mehrfachzuordnungen möglich.

antisemitischen Schmierereien mit Erfurter Fansymboliken, Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen kombiniert werden.¹³² In ähnlicher Manier haben sich Ultras des Regionalligisten FSV Wacker Nordhausen als Urheber von Vorfällen zu erkennen gegeben.¹³³ Sowohl im Falle der Fanszenen des FSV Wacker Nordhausen¹³⁴ als auch des FC Rot-Weiß Erfurt¹³⁵ sind Verbindungen in die rechtsextreme Szene seit Langem bekannt.

Wenn Täter bestimmt werden können, handelt es sich dabei in allen Fällen um Männer. Diese entstammen nicht nur der unmittelbaren Fanszene, zuweilen sind auch Ordner beteiligt. Ordner haben im Auftrag des Veranstalters dafür Sorge zu tragen, dass die Platzordnung eingehalten wird.

6.3.2 Einordnung der Vorfälle

Die aus unseren Daten hervorgehende Dominanz des antisemitischen Otherings (89%) ist eine typische Artikulationsform des Antisemitismus im Fußball: Die Diffamierung eines gegnerischen Vereins als „Jude“ oder „jüdisch“ ist eine über Thüringen hinaus verbreitete Form des verbalen Antisemitismus.¹³⁶ Schon in den 1980er-Jahren bezeichneten Fans aus Zwickau und Magdeburg den finanziell besser gestellten Ostberliner Fußball Club BFC Dynamo als „Juden Berlin“¹³⁷. Dabei stand das antisemitische Stereotyp vom Juden als Geldmenschen im Zentrum.¹³⁸ Nicht nur im Fußball bauen antisemitische Provokationen, Äußerungen und Schmähungen auf historischen Ereignissen sowie auf latenten und tradierten negativen Bildern von Juden:Jüdinnen auf.¹³⁹

Der diffamierende Gebrauch der Begriffe „Jude“ und „jüdisch“ offenbart die im Hintergrund stehende antisemitische Semantik: Die Diffamierung kann nur gelingen, weil antisemitische Stereotype über

132 Hölter, Katharina (2018): „Juden Jena“: So gekonnt reagiert Carl-Zeiss-Jena auf antisemitische Provokation. Online: <https://www.spiegel.de/netzwelt/web/fc-carl-zeiss-jena-so-gekonnt-reagiert-der-fussballclub-auf-antisemitische-provokation-a-00000000-0003-0001-0000-000002661793> [06.05.2022].

133 Zum Beispiel: NNZ-Online (2021): Schmiererei auf Infotafel in Dora. Online: https://www.nnz-online.de/news/news_lang.php?ArtNr=291839 [06.05.2022].

134 Störungsmelder (2012): Thüringens tiefbraune Fußballfans. Online: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/12/17/thuringens-tiefbraune-fussballfans_10859 [06.05.2022].

135 Süddeutsche Zeitung (2020): Extremismus-Erfurt.: Maier: Härteres Vorgehen gegen Rechtsextremismus im Fußball. Online: <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-erfurt-maier-haerteres-vorgehen-gegen-rechtsextremisten-im-fussball-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200629-99-598575> [06.05.2022].

136 Schubert 2019, S. 202.

137 Blaschke, Ronny (2015): Iudenhass im Fußball. Online: <https://www.bob.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/202637/judenhass-im-fussball> [06.05.2022], vgl. Schubert 2019, S. 100.

138 Schwarz-Friesel/Reinharz 2013, S. 131-135.

139 Schubert 2019, S. 392.

geizige, reiche, listige, vertrauensunwürdige Juden:Jüdinnen abgerufen werden.¹⁴⁰ Im von Männlichkeitskult geprägten Fußballkontext sind neben den genannten Stereotypen besonders die in der antisemitischen Imagination mit „den Juden“ verbundenen Eigenschaften Schwäche¹⁴¹ und Homosexualität¹⁴² präsent, da sie verbreiteten Männlichkeitsidealen widersprechen: Jemanden als „Juden“ zu beschimpfen, transportiert „ein Potpourri an negativ konnotierten Eigenschaften“¹⁴³. Selbst wenn diejenigen, die diese Schmähung verwenden, sich deren antisemitischer Dimension nicht bewusst sind, kann man dennoch von einer nicht-intendierten antisemitischen Handlung sprechen.¹⁴⁴ Vielmehr zeigt sich, dass diese Praxis auf ein antisemitisches kollektives Wissen rekurriert, in dem zur Semantik des Wortes „Jude“ die oben genannten Eigenschaften gehören.¹⁴⁵

Die Beschimpfung als „Jude“ gilt im Fußballkontext als „die größtmögliche Beleidigungsform“¹⁴⁶. Dies ergibt sich nicht allein aus der damit verbundenen antisemitischen Semantik, sondern auch weil sie einen Tabubruch darstellt, da offener Antisemitismus in Deutschland nach 1945 in der Öffentlichkeit tabuisiert ist. Damit der Tabubruch bewusst begangen werden kann, müssen die Täter um die antisemitische Dimension des diffamierenden Gebrauchs der Begriffe „Jude“ und „jüdisch“ wissen. Um aus dem Tabubruch Lust ziehen zu können, muss es sich um eine intendiert antisemitische Handlung handeln: „Im Fußball kann etwas raus, was sonst nicht raus darf.“¹⁴⁷

In Thüringen wurde im Fußballkontext im Zeitraum von 2015 bis 2021 kein direkter Angriff auf Juden:Jüdinnen dokumentiert. In fünf Fällen wurden Gruppen, in einem Fall ein Individuum im Stadion antisemitisch adressiert. Für dieses Phänomen schlägt Florian Schubert den Begriff „Fußball-Antisemitismus“ vor. Mit Bezug auf antisemitische Gesänge in Stadien schreibt er:

140 Zick et al. 2017, S. 61.

141 Schubert 2019, S. 151.

142 Ebd. S. 203.

143 Ebd. S. 218.

144 Ebd. S. 435.

145 Ebd.

146 Ebd. S. 218.

147 Ebd. S. 434.

„Es gibt gesellschaftlich keine vergleichbaren Situationen, in denen bis zu mehrere Hundert Personen starke oder gar größere Gruppen zusammenstehen und gemeinschaftlich eine andere Gruppe als ‚Juden‘ verunglimpfen, obwohl es nicht gegen Menschen jüdischen Glaubens geht.“¹⁴⁸

6.3.3 Fußball als Integrationsmedium für rechtsextreme Ideologie

Der FCC Jena steht nicht zufällig im Zentrum antisemitischer Anfeindungen: Aufgrund des antirassistischen Engagements vieler seiner Unterstützer:innen hat der FCC ein linksliberales Image. Teil dieses Engagements ist es, rassistische, antisemitische und rechte Akteure zu benennen und zu kritisieren. Anhänger des FCC sehen darin eine der Ursachen, weswegen der FCC als „jüdisch“ diffamiert wird.¹⁴⁹ Die Identifikation des Liberalismus, der „politischen Korrektheit“ und des „linken Tugendterrors“ als „jüdisch“ sind Elemente des rechtsextremen Antisemitismus.¹⁵⁰

Auch wenn die Täter in vielen Fällen nicht identifiziert werden können, können „Neonazis als Motor für antisemitisches Verhalten“ im Fußball bezeichnet werden.¹⁵¹ Neben dem weiten Feld der rechten Musik muss das soziokulturelle Phänomen Fankultur als wichtiges Rekrutierungsfeld für die extrem rechte Szene verstanden werden: Indem etwa in Stadien antisemitische Gesänge angestimmt werden, kann das oben genannte antisemitische kollektive Wissen wirkungsvoll unter rechts-offenen Fußballfans propagiert und verfestigt werden.¹⁵²

Oft werden antisemitische Äußerungen im Fußballkontext als Teil einer vermeintlich unpolitischen Fußballkultur verharmlost. Die Problematisierung antisemitischer Gehalte wird von rechten Akteur:innen als Angriff auf die Meinungsfreiheit in der vermeintlich unpolitischen Fußballszene diffamiert. So brachte sich etwa die NPD Thüringen 2013 unter der Überschrift „Sport frei! Politik raus aus dem Stadion!“ in eine Sicherheitsdebatte anlässlich der Präsenz von Neonazis in Stadien ein und nannte darin u.a. die Problematisierung neo-nationalsozialistischer

148 Ebd. S. 223.

149 Ebd. S. 184.

150 Botsch, Gideon (2020): Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus“. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Bd. 8. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 18–29, S. 20.

151 Schubert 2019, S. 184.

152 Ebd. S. 194. Zu Antisemitismus im Rechtsrock siehe Büchner 2018.

Symbole und Codes im Fußballkontext eine „schier lächerliche Hysterie“¹⁵³.

6.3.4 Fehlverhalten der Behörden am Beispiel „Juden Jena“

In der Vergangenheit wurden Fälle öffentlich bekannt, bei denen der antisemitische Gehalt der Schmähung „Juden Jena“ durch Thüringer Behörden nicht erkannt bzw. abgestritten wurde.¹⁵⁴ Als im Frühjahr 2018 in Rudolstadt und Friedrichroda mehrere „Juden Jena“-Schmierereien an Hauswänden zur Anzeige gebracht wurden, wurde deren antisemitischer Gehalt nicht erkannt:¹⁵⁵ Die zuständige Ordnungsverwaltung teilte der anzeigenden Person mit, laut Polizei und polizeilichem Staatsschutz handle es sich „nicht um antisemitische Schmierereien, sondern um szenetypische Fanbegriffe“¹⁵⁶. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam die Thüringer Generalstaatsanwaltschaft nach einer Kleinen Anfrage im Thüringer Landtag: Der antisemitische und volksverhetzende Gehalt dieser Schmierereien wurde mit der Begründung negiert, „im hier vorliegenden konkreten Einzelfall“, d.h. „im Rahmen eines Fußballspiels“, beziehe sich die „allgemeinpolitische Äußerung“ „Juden Jena“ „nicht auf eine konkret abgrenzbare Gruppe“. Da „andere (nicht strafbare) Deutungsmöglichkeiten“ als diejenige, dass es sich um Volksverhetzung nach §130 StGB handle, möglich seien, ist die Äußerung von der Meinungsfreiheit gedeckt.¹⁵⁷

Einerseits wird ein „allgemeinpolitischer“ Gehalt der Äußerung von der Thüringer Generalstaatsanwaltschaft anerkannt, jedoch wird nicht ausgeführt, welche politische Bedeutung die Zuschreibung „Juden“ jenseits einer antisemitischen Bedeutungsdimension haben sollte. Andererseits wird die Äußerung mit Verweis auf den Fußball-Kontext als bloßer „szenetypischer Fachbegriff“ entpolitisiert.



Abbildung 13:
©Hintertorper-
spektive e.V. 2018

153 NPD Thüringen (o. J.). Online: https://npd-thueringen.de/?page_id=2439 [06.05.2022], vgl. Schubert 2019, S. 190.

154 Dabei handelt es sich um ein typisches Beispiel für die Fehlbewertung antisemitischer Vorfälle durch die Polizei. Als solches wurde es auch in den vom Bundesverband RIAS e.V. herausgegebenen Problembeschreibungen Antisemitismus in NRW (2020, S. 53), Sachsen-Anhalt (2020, S. 58), Baden-Württemberg (2021, S. 66), Sachsen (2021, S.60) erwähnt.

155 Die führte dazu, dass der Verein Hintertorperspektive e.V. die genannten 10 antisemitischen Schmierereien und einen antisemitischen Aufkleber auf Facebook veröffentlichte.

156 RIAS Bundesverband (2021): Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen, S. 60. Online: <https://report-antisemitism.de/documents/Problembeschreibung%20-%20Antisemitismus%20in%20Sachsen%20-%20Bundesverband%20RIAS.pdf> [06.05.2022].

157 Thüringer Landtag, Drucksache 6/5728, 6. Juni 2018, S. 4.

Wie genau die antisemitische Schmähung „Juden Jena“ aber gedeutet werden kann, ohne den Strafbestand der Volksverhetzung zu erfüllen, bleibt offen. Besonders wenn man die „Juden Jena“-Vorfälle nicht isoliert im Rahmen eines Fußballspieles betrachtet, sondern als Teil szenetypischer Kommunikation versteht, erkennt man den manifest antisemitischen Gehalt dieser Schmähung: So wurde etwa in Abbildung 13 an einem in Farben des FC Carl Zeiß Jena besprühten Stromkasten mit einem eindeutig an NS-Markierungspraktiken angelehnten „Judenstern“ und der Aufschrift „Juden“ der FCC als Feind markiert. Ähnlich zitiert das Graffiti in Abb. 14 geradezu die Markierung jüdischer Geschäfte im Rahmen des nationalsozialistischen Boykotts.



Abbildung 14:
©Hintertorper-
spektive e.V. 2018

Der Gegensatz von „Antisemitismus“ und „szenetypischen Fanbegriffen“ ist nicht aufrechtzuerhalten. Vielmehr fallen hierbei szenetypische Fanbegriffe und szenetypischer Antisemitismus in eins und sind Ausdruck des oben genannten antisemitischen kollektiven Wissens.¹⁵⁸ Die Tatsache, dass hierbei keine Juden:Jüdinnen direkt adressiert werden, ist als typisch für das von Schubert als „Fußball-Antisemitismus“ bezeichnete Phänomen zu sehen. Im Kampf gegen den Antisemitismus im Allgemeinen und im Fußballkontext im Besonderen ist diese Leugnung des volksverhetzenden Charakters der öffentlichen Verwendung der Schmähung „Juden Jena“ fatal, da es Antisemitismus und dessen Tradierung legitimiert und die Arbeit derjenigen untergräbt, die sich gegen Antisemitismus und für eine demokratische Fußballkultur engagieren.

Wie in anderen Bereich ist davon auszugehen, dass das Dunkelfeld der antisemitischen Vorfälle im Fußball-Kontext hoch ist. Wenn Behörden die Schmähung „Juden Jena“ als nicht antisemitisch einordnen, ist davon auszugehen, dass auch in der Mehrheitsgesellschaft oft ein mangelndes Problembewusstsein für solche Vorfälle vorhanden ist. Insbesondere in den ländlichen Regionen spielt außerdem die Gefährdung der Meldenden eine Rolle: Wer Antisemitismus auf dem Fußballplatz problematisiert, exponiert sich. Gerade deswegen kann die von RIAS Thüringen bereitgestellte Möglichkeit, antisemitische Vorfälle anonym zu melden, einen Beitrag dazu leisten, diejenigen, die sich gegen Antisemitismus im Thüringer Fußball einsetzen, zu unterstützen.

7. Zusammenfassung

Die vorliegende Problembeschreibung nähert sich der komplexen Frage nach dem Antisemitismus in Thüringen aus vier verschiedenen Richtungen: Erstens wurden die Perspektiven von Juden:Jüdinnen aus Thüringen hinzugezogen und die Ergebnisse aus zehn qualitativen Interviews dargestellt, zweitens staatliche Daten der Polizei (PMK-Daten) konsultiert und, soweit möglich, aufbereitet. Drittens konnten die bisher von zivilgesellschaftlichen Stellen dokumentierten Vorfälle in Thüringen ausführlich ausgewertet werden, schließlich ließen sich viertens im Rahmen von wissenschaftlich fundierten Exkursen Schlaglichter auf lokalspezifische Problemkonstellationen werfen, die für den Freistaat eine besondere Bedeutung haben.

Die Befragung der jüdischen Akteur:innen in Thüringen hat gezeigt, dass Juden:Jüdinnen in Thüringen auf vielschichtige Weise Antisemitismus erfahren. Antisemitismus ist für sie eine alltagsprägende Erfahrung. Die Befragten schilderten eine Vielzahl von antisemitischen Vorfällen, mit denen sie seit früher Kindheit bis in die Gegenwart, aus den verschiedensten politischen Richtungen, mit unterschiedlicher Intensität und an fast allen denkbaren Orten des Arbeits- und Privatlebens konfrontiert werden. Auch die Befragten, die zunächst angaben, keine relevanten Probleme mit Antisemitismus zu haben, berichteten im Laufe der Gespräche von Antisemitismuserfahrungen.

Fast alle Befragten haben bereits verletzendes Verhalten erlebt, viele berichten zudem von Bedrohungen und gezielten Sachbeschädigungen, manche sogar von Angriffen. Als zentrale Tatorte antisemitischer Vorfälle in Thüringen werden Synagogen, aber auch Schulen hervorgehoben. Zudem müssen die Befragten oft im beruflichen Umfeld und an der Universität, sowie auf der Straße Antisemitismus erleben. Neben antisemitischen Otherring, wie etwa den Beschimpfungen als „Jude“, sowie dem Post-Schoa-Antisemitismus berichteten die Befragten besonders häufig von israelbezogenem Antisemitismus. Dies nicht zuletzt, weil dessen Bagatellisierung sie oft in besonderer

Weise trifft – die jüdischen Akteur:innen fühlen sich in ihrer Angst vor israelbezogenem Antisemitismus oft nicht ernst genommen. Der israelbezogene Antisemitismus wird häufig aus links-antiimperialistischen Kreisen oder der politischen Mitte erfahren, wobei als zentrale Akteure des Antisemitismus in Thüringen noch immer Rechte und Rechtsextreme identifiziert werden. Gerade die AfD wird als konkrete Gefahr wahrgenommen.

Um sich der ständigen Gefahr, antisemitisch diskriminiert zu werden, ein Stück weit zu entziehen, wenden Juden:Jüdinnen in Thüringen unterschiedliche Taktiken des Vermeidens der Sichtbarkeit und Erkennbarkeit an – so werden etwa jüdische Symboliken und Kleidung bewusst vermieden oder die eigene jüdische Identität gegenüber anderen verschwiegen.

Trotz der kontinuierlichen und allgegenwärtigen Konfrontation mit Antisemitismus beurteilen die jüdischen Akteur:innen in Thüringen ihre Verbindungen zu Stadt- und Zivilgesellschaft als überwiegend positiv, wengleich das jüdische Leben in Thüringen oftmals als marginalisiert empfunden wird – vor allem im Vergleich zu anderen Bundesländern. Auch wird der Umgang mit Antisemitismus in Politik und Zivilgesellschaft kritisiert: Zum einen wird bemängelt, dass bestimmte Formen von Antisemitismus außerhalb des rechten Spektrums kaum Beachtung finden. Hier wünschen sich die Befragten stärkere Partner:innen an ihrer Seite, unabhängig von der Parteizugehörigkeit und ohne, dass ihr Anliegen dabei instrumentalisiert wird (etwa gegen Muslim:innen). Zum anderen werden stärkere Präventionsmaßnahmen eingefordert. Dass die Dokumentations- und Beratungsstellen zwar von einem Teil der Befragten positiv hervorgehoben werden, diese jedoch nicht allen Befragten bekannt sind, spricht für die Notwendigkeit, weiterhin Vernetzungsarbeit zu leisten und Betroffene darin zu bestärken, Vorfälle zu melden bzw. die Beratungsangebote zu nutzen.

Ergänzend zu den Perspektiven der Betroffenen wurden die Daten der Sicherheitsbehörden sowie der zivilgesellschaftlichen Stellen herangezogen. Für die Jahre 2015 bis 2020 erfasste die Polizei im Freistaat Thüringen 396 als antisemitisch bewertete Straftaten in ihrer PMK-Statistik. 387 der 396 erfassten antisemitischen Straftaten, also 97,7%, wurden dabei dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet. Nur vier Fälle (1,0%) wurden im Phänomenbereich „links“, drei Fälle (0,8%) im Phänomenbereich „religiöse Ideologie“ verortet. Einen Fall (0,3%) rechnete das LKA Thüringen dem Phänomenbereich „ausländische Ideologie“ zu, bei einem weiteren konnte es keine Zuordnung vornehmen. Aufgrund der unzureichenden Datengrundlage konnte in der vorlie-

genden Problembeschreibung kein Abgleich der polizeilich dokumentierten Vorfälle mit den zivilgesellschaftlich dokumentierten Vorfällen vorgenommen werden, wie er bisher in anderen Problembeschreibungen gewährleistet wurde. Dennoch lassen sich hinsichtlich mancher Aspekte wie Quantität und zeitliche Verteilung ähnliche Tendenzen in den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Statistiken erkennen: So wurden im Jahr 2020 auf beiden Seiten signifikant mehr antisemitische Vorfälle bzw. Straftaten registriert als in den Vorjahren – eine Tatsache, die u. a. auf die Präsenz einer Vielzahl von verschwörungsideologischen und geschichtsrevisionistischen Protesten gegen die Corona-Maßnahmen in Thüringen zurückzuführen ist.

Die Auswertung der von zivilgesellschaftlichen Stellen dokumentierten antisemitischen Vorfälle gibt Aufschluss über die Qualität des Antisemitismus in Thüringen im Zeitraum von 2015 bis 2020. Von 173 dokumentierten Vorfällen fand ein Großteil in den Groß- und Mittelstädten Thüringens statt. Dies weist darauf hin, dass Melde- und Dokumentationsstrukturen im ländlichen Raum ausgebaut werden müssen. Als konkrete Tatorte wurden in 34% der Fälle die Straße identifiziert, dicht gefolgt von Gedenkstätten (24%). Die Häufung von Gedenkstätten als Tatorte korreliert mit dem extrem hohen Anteil (72%) an Vorfällen, die dem Post-Schoa-Antisemitismus zugerechnet werden können: Die häufigste Erscheinungsform des Antisemitismus in Thüringen zeichnet sich durch Relativierung oder Leugnung der Schoa, durch Verherrlichung des Nationalsozialismus sowie durch Angriffe auf die Erinnerungskultur und ihrer Institutionen bzw. Veranstaltungen aus. Dieser Befund korreliert mit dem am häufigsten dokumentierten politisch-weltanschaulichen Tathintergrund: dem Rechtsextremismus (53%). Die geschichtspolitische Abwehr, Relativierung und Umdeutung der Erinnerung an Nationalsozialismus und Schoa ist eine ideologische Hauptkomponente extrem rechter Politik und im gesamten rechten Spektrum verbreitet.

Darüber hinaus konnte gezeigt werden, dass sich Antisemitismus in Thüringen am häufigsten in Form von Versammlungen (29%) und Schmierereien (27%) zeigt. Nur 15% der Vorfälle ereignen sich im direkten Kontakt zu anderen Personen (face-to-face), wobei diese nicht immer jüdisch sein müssen, sondern oft auch als jüdisch imaginiert bzw. adressiert werden. Insofern überwiegen in Thüringen antisemitische Taten mit Symbolcharakter, die gravierende Auswirkungen auf die jüdische Community haben.

Da rechtsextreme Akteur:innen in Thüringen sehr präsent sind, wurden die Aktivitäten und Akteur:innen der extremen Rechten in Thüringen in

drei anknüpfenden Exkursen vertieft: neben einem generellen Überblick über rechtsextreme Strukturen in Thüringen wurde sowohl der Gedenkstätten- als auch der Fußballkontext näher beleuchtet. Während die Gedenkstätten, allen voran die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, bereits seit vielen Jahren öffentlich und aktiv gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus eintreten, und dabei oft eng mit der Polizei zusammenarbeiten, gibt es im Fußballkontext von staatlicher Seite noch Nachbesserungsbedarf: Es ist dringend geboten, dass LKA und Staatsanwaltschaft den antisemitischen Gehalt des weit verbreiteten Slogans „Juden Jena“ anerkennen und damit ein Exempel in der Strafverfolgung antisemitischer Straftaten statuieren.

Die Existenz einer zivilgesellschaftlichen Meldestelle für antisemitische Vorfälle als parteiische und niedrigschwellige Anlaufstelle für Betroffene von Antisemitismus, wie sie seit 2020 in Form von RIAS Thüringen ins Leben gerufen wurde, ist daher für Thüringen nach wie vor dringend notwendig. Künftig wäre es wünschenswert, im Austausch mit dem LKA Thüringen zu prüfen, welche Straftaten, die zivilgesellschaftlich bekannt wurden, in der PMK verzeichnet waren. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen könnte auf diese Weise nicht nur dem Austausch mit den zuständigen Polizeibehörden dienen, sondern auch das Meldeverhalten und die Situation aufseiten der Betroffenen und die Sensibilität aufseiten der Polizei stärken.

8. Quellen

8.1 Einzelpublikationen

Bernstein, Julia (2018):

„Mach mal keine Judenaktion!“ Herausforderungen und Lösungsansätze in der professionellen Bildungs- und Sozialarbeit gegen Antisemitismus. Frankfurt. Online: https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemitteilungen/Mach_mal_keine_Judenaktion_Herausforderungen_und_Loesungsansaeetze_in_der_professionellen_Bildungs-_und_Sozialarbeit_gegen_Anti.pdf [11.05.2022].

Best, Heinrich; Miehke, Marius; Salheiser, Axel (2018):

Topographie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. KomRex der FSU Jena. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/projektbericht-topografie-dez2018.pdf?nonactive=1&suffix=pdf> [06.05.2022].

Best, Heinrich; Miehke, Marius; Salheiser, Axel (2019):

Topographie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. KomRex – Zentrum für Rechts-Extremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Jena. Online: www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/projektbericht_topografie_dez2019.pdf [06.05.2022].

Broder, Henryk M. (1986):

Der Ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

Büchner, Timo (2018):

Weltbürgertum statt Vaterland: Antisemitismus im RechtsRock. Münster: Edition Assemblage.

Bundesministerium des Innern/Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (Hrsg.) (2017):

Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf> [06.05.2022].

European Union Agency for Fundamental Rights (2013):

Erfahrung der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Online: http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-factsheet-jewish-people-experiences-discrimination-and-hate-crime-eu_de.pdf [06.05.2022].

European Union Agency for Fundamental Rights (2014):

Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedsstaaten. Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus. Online: <http://fra.europa.eu/de/publication/2014/diskriminierung-und-hasskriminalitt-gegenber-juden-den-eu-mitgliedstaaten> [06.05.2022].

European Union Agency for Fundamental Rights (2018):

Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Wien.

European Union Agency for Fundamental Rights (2019):

Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU. Online: <https://fra.europa.eu/>

sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-anti-semitism-questionnaire_en.pdf [06.05.2022].

Hagemann, Steffen / Natanson, Roby (2015):
Deutsche und Israelis heute. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (2021):
Topografie des Rechtsextremismus. Online: <http://www.topografie.komrex.uni-jena.de/> [06.05.2022].

Landeskriminalamt Niedersachsen (2017):
Kriminologische Forschung und Statistik. Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. Bericht zu Kernbefunden der Studie. Online: <https://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie---befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html> [06.05.2022].

Lang, Kati (2014):
Vorurteils kriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte. Baden-Baden: Nomos.

Michelsen, Danny; Koch, Matthias; Miehke, Marius; Dingfelder, Juliane & Beermann, Andreas (2020):
Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Jena: KomRex, Friedrich-Schiller-Universität Jena. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/gefahrdungen-der-demokratischen-kultur-2020.pdf?nonactive=1&suffix=pdf> [06.05.2022].

Mobit e.V. (2017):
Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen. Online: <https://mobit.org/Material/Mobit-HeftRechtsRock18-G-web.pdf> [06.05.2022].

Mobit e.V. (2018):
Nach den rechten Häusern sehen. Online: https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20H%C3%A4usern%20sehen_2018.pdf [06.05.2022].

Mobit e.V. (2020):
Keine harmlosen Heimatmelodien: Kontinuierliche Zunahme von rechten Liederabenden in Thüringen. Online: mobit.org/rechtsrock-statistik-2019/ [06.05.2022].

Quent, Matthias (2016):
Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Weinheim: Beltz Juventa.

Raßloff, Steffen (2015):
„Der Mustergau“. Thüringen zur Zeit des Nationalsozialismus. München: Bucher.

Reiser, Marion; Küppers, Anne; Hebenstreit, Jörg; Salheiser, Axel & Vogel, Lars (2021):
Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021. Online: https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thueringen_Monitor_2021_bf.pdf [06.05.2022].

RIAS Bundesverband (2021):
Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen. Online: <https://report-antisemitismus.de/documents/Problembeschreibung%20-%20Antisemitismus%20in%20Sachsen%20-%20Bundesverband%20RIAS.pdf> [06.05.2022].

RIAS Bundesverband / IIBSA (2021):

Mobilisierungen von israelbezogenem Antisemitismus im Bundesgebiet 2021. Online: https://report-antisemitism.de/documents/Bundesverband_RIAS_-_Mobilisierungen_von_israelbezogenem_Antisemitismus_im_Bundesgebiet_2021.pdf [06.05.2022].

Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2021):

Erkennen, Vernetzen, Gemeinsam gestalten. Demokratischer Zusammenhalt im Spannungsfeld zwischen kommunaler Unterstützung und latenter Bedrohung. Situations- und Ressourcenanalyse für den Ilm-Kreis. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft/Amadeu Antonio Stiftung.

Salheiser, Axel (2021):

Rechtsextremismus in Eisenach. Kritische Bestandsaufnahme und Analyse. Forschungsbericht, Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft/Amadeu Antonio Stiftung.

Salzborn, Samuel (2010):

Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Frankfurt am Main: Campus.

Salzborn, Samuel (2021):

Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. 4. Auflage. Baden-Baden: Nomos.

Schubert, Florian (2019):

Antisemitismus im Fußball. Tradition und Tabubruch. Göttingen: Wallstein.

Schwarz-Friesel, Monika / Reinharz, Jehuda (2013):

Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin, Boston: de Gruyter.

Strübing, Jörg (2004):

Grounded Theory. Wiesbaden Springer VS.

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (Hrsg.) (2021): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2020. Thüringen.

Zick, Andreas; Hövermann, Andreas; Jensen, Silke ; Bernstein, Julia (2017):

Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus. Bielefeld.

ZWST (2021a):

Mitgliedsstatistik 2020 der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland (Auszug). Online: <https://zwst.org/sites/default/files/2021-08/ZWST-Mitgliederstatistik-2020-kurzversion-RZ.pdf> [06.05.2022].

ZWST (2021b): Mitgliedsstatistik 2020 der jüdischen Gemeinden und Landes-

verbände in Deutschland. Online: <https://zwst.org/sites/default/files/2021-08/ZWST-Mitgliederstatistik-2020-Langversion-RZ.pdf>, [06.05.2022].

8.2 Artikel

Botsch, Gideon (2020):

Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus“. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Bd. 8. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Feldmann, Dorina; Kopke, Christoph; Schultz, Gebhard (2016):

Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg (1990–2008). Zur Problematik der statistischen Erfassung politisch motivierter Kriminalität. In: Frindte, Wolfgang; Geschke, Daniel; Haußecker, Nicole; Schmidtke, Franziska (Hrsg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. In-

terdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden: Springer, S. 341-358.

Imhoff, Roland; Banse, Rainer (2009):

Ongoing Victim Suffering Increases Prejudice: The Case of Secondary Anti-Semitism. In: *Psychological Science* 20 (12), S. 1443-1447.

Leggewie, Claus; Meyer, Erik (2005):

„Ein Ort, an dem man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989. München: Hanser, S. 74-82.

Liebscher, Doris; Pietrzyk, Kristin; Lagodinsky, Sergey; Steinitz, Benjamin (2020):

Antisemitismus im Spiegel des Rechts, in: *Neue Juristische Online Zeitung*, S. 897-902.

Mayring, Philipp (1991):

Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe et al. (Hrsg.): *Handbuch qualitative Forschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*. München Beltz, S. 209-213.

Niebert, Kai; Gropengießer, Harald (2014):

Leitfadengestützte Interviews. In: Krüger, Dirk et al. (Hrsg.): *Methoden in der naturwissenschaftsdidaktischen Forschung*. Heidelberg Springer VS, S. 121-133.

Quent, Matthias; Rathje, Jan (2019):

Von den Turner Diaries über Breivik bis zum NSU: Antisemitismus und rechter Terrorismus. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): *Antisemitismus nach 9/11. Nomos: Baden-Baden*, S. 165-178.

Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2021):

Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa? In: *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* (Hrsg.): *Wissen schafft Demokratie*. Bd. 9, S. 76-87.

Rosenthal, Gabriele; Loch, Ulrike (2002):

Das narrative Interview. In: Schaeffer, Doris; Müller-Mundt, Gabriele (Hrsg.): *Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung*. Bern u.a., S. 221-232.

Salzborn, Samuel (2019):

Antisemitismus in der „Alternative für Deutschland“. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Nomos: Baden-Baden*, S. 196-215.

Salzborn, Samuel (2020):

Die bundesdeutsche Erinnerungsabwehrgemeinschaft: zur Geschichte und Relevanz des Schuldabwehr-Antisemitismus. In: *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* (Hrsg.): *Wissen schafft Demokratie*. Bd. 8. Jena, S. 30-41.

Steinitz, Benjamin (2015):

„Wahrnehmungen und Erfahrungen Berliner Jüdinnen und Juden – Eine Befragung“. In: VDK e.V. / RIAS Berlin (Hrsg.): „Wir stehen alleine da.“ #Every-DayAntisemitismus sichtbar machen und Solidarität stärken. Neue Wege der Erfassung antisemitischer Vorfälle – Unterstützungsangebote für die Betroffenen. Berlin 2015, S. 16-30.

Thiele, Anja (2020):

Zweierlei Kontinuitäten: Antisemitismus in der DDR. In: *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* (Hrsg.): *Wissen schafft Demokratie*. Bd. 7, S. 48-61.

Thiele, Anja; Ben-Yehoshua, Joël (2021):

Antisemitismus in Thüringen. Erste Erkenntnisse der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Thüringen (RIAS Thüringen). In: *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* (Hrsg.): *Wissen schafft Demokratie*, Bd. 8, S. 128-143.

Whine, Michael (2015):
Grußwort. In: VDK e.V. / RIAS Berlin (Hrsg.) „Wir stehen alleine da.“ #Every-DayAntisemitism sichtbar machen und Solidarität stärken. Neue Wege der Erfassung antisemitischer Vorfälle – Unterstützungsangebot für Betroffene. Berlin.

8.3 Parlamentarische Drucksachen

Drucksache des Deutschen Bundestags 16/14122 vom 07.10.2009:

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Online: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/16/141/1614122.pdf> [06.05.2022].

Drucksache des Deutschen Bundestags 18(4)347 vom 18.6.2015:

Antwort des BMI auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Volker Beck (Bündnis 90 / Die Grünen. Online: <http://www.volkerbeck.de/wp-content/uploads/2015/06/184347-BMI-Stellungnahme-zu-TOP-17-der-46-Sitzung-des-Innenausschusses-am-6-Mai-2015.pdf> [11.05.2022]

Drucksache des Deutschen Bundestags 18/11152 vom 14.02.2017:

Antwort des BMI auf die Schriftliche Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen. Online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/111/1811152.pdf> [11.05.2022]

Drucksache des Deutschen Bundestags 18/11970 vom 07.04.2017:

Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (UEA). Online: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf>, S.13 [06.05.2022].

Drucksache des Deutschen Bundestags 19/16399 vom 08.01.2020:

Gesetzentwurf des Bundesrates. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs – Strafzumessung bei antisemitischen Straftaten. Online: <https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-%C3%A4nderung-des-strafgesetzbuchs-strafzumessung-bei-antisemitischen/254160> [11.05.2022]

Drucksache des Thüringer Landtags 6/5728 vom 06.06.2018:

Kleine Anfrage der Abgeordneten König-Preuss (DIE LINKE) und Antwort des Thüringer Ministeriums Inneres und Kommunales. Antisemitismus-Definition der Thüringer Polizei.

Drucksache des Thüringer Landtags 7/359 vom 26.02.2020:

Kleine Anfrage der Abgeordneten König-Preuss (DIE LINKE) und Antwort des Thüringer Ministeriums Inneres und Kommunales. Antisemitische Überfälle, Leugnung des Holocaust und andere Straftaten Juli bis September 2019 – nachgefragt.

Weitere Drucksachen des Thüringer Landtags: Kleine Anfragen der Abgeordneten König-Preuss (DIE LINKE) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz. Antisemitische Überfälle, Leugnung des Holocaust und andere Straftaten betreffend unterschiedlicher Zeiträume:

Drucksache 6/853 vom 03.07.2015 betrifft 1. Quartal 2015
Drucksache 6/952 vom 21.08.2015 betrifft 2. Quartal 2015
Drucksache 6/1521 vom 15.12.2015 betrifft 3. Quartal 2015
Drucksache 6/1981 vom 08.04.2016 betrifft 4. Quartal 2015
Drucksache 6/2245 vom 07.06.2016 betrifft 1. Quartal 2016
Drucksache 6/2947 vom 02.11.2016 betrifft 2. Quartal 2016
Drucksache 6/3068 vom 22.11.2017 betrifft 3. Quartal 2016
Drucksache 6/3670 vom 24.03.2017 betrifft 4. Quartal 2017
Drucksache 6/6192 vom 18.09.2018 betrifft das ganze Jahr 2017
Drucksache 6/7107 vom 18.04.2019 betrifft das ganze Jahr 2018
Drucksache 6/7362 vom 12.06.2019 betrifft 1. Quartal 2019

Drucksache 6/7566 vom 15.08.2019 betrifft 2. Quartal 2019
Drucksache 6/7907 vom 25.11.2019 betrifft 3. Quartal 2019
Drucksache 7/619 vom 07.04.2020 betrifft 4. Quartal 2019
Drucksache 7/3033 vom 07.04.2021 betrifft das ganze Jahr 2020

8.4 Internetressourcen

Amtsgericht Wuppertal (2015):

AZ 84 Ls 50 Js 156/14 – 22/14, Urteil vom 05.02.2015. Online: <https://open-jur.de/u/2155639.html> [06.05.2022].

Blaschka, Ronny (2015):

Judenhass im Fußball. Online: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/202637/judenhass-im-fussball/> [06.05.2022].

Bundeskriminalamt (2020):

SKiD. „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“. Online: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/SKiD/skid_node.html [06.05.2022].

Bundesministerium des Innern / Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (Hrsg.) (2017):

Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Online: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf;jsessionid=5E41775A6161B06F69AE85A92A8B3410.2_cid287?__blob=publicationFile&v=7 [06.05.2022].

Bundesministerium für wissenschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (o. J.): Lexikon der Entwicklungspolitik: Zivilgesellschaft. Online: <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/zivilgesellschaft-14976> [06.05.2022].

Bundesregierung (2017):

Regierungspressekonferenz vom 20. September 2017. Online: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/09/2017-09-20-regpk.html> [06.05.2022].

Buzzfeed (2017/2020):

Rechtsextreme Auschwitz-Gesänge bei einer AfD-Demo in Jena – und die Ordner greifen nicht ein. Online: <https://www.buzzfeed.de/recherchen/rechtsextreme-auschwitz-gesaenge-bei-einer-afd-demo-in-jena-und-die-ordner-greifen-nicht-ein-90134757.html#.ltorBVR3j> [06.05.2022].

Der Spiegel (2020):

Sprengkörper bei KZ-Gedenkstätte in Thüringen gefunden. Online: <https://www.spiegel.de/panorama/thueringen-sprengkoerper-bei-kz-gedenkstaette-mittelbau-dora-gefunden-a-d25cd935-16c0-44ea-a7c1-77e0333f29e5> [06.05.2022].

Der Spiegel (2021):

Antisemitische Attacke in Hamburg – Polizei fasst mutmaßlichen Täter. Online: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/hamburg-antisemitischer-angriff-bei-mahnwache-mutmasslicher-angreifer-gefasst-a-f0f26981-ebf0-4dc4-ab64-b0b36ec549c0> [06.05.2022].

Erinnerungsort Topf & Söhne – Die Ofenbauer von Auschwitz (o. J.):

Online: <https://www.topfundsoehne.de/ts/de/ort/chronik/index.html> [06.05.2022].

ezra (2020):

20 Jahre nach dem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge: Jüdische Lan-

desgemeinde, MOBIT und ezra rufen zum Online-Gedenken auf [Pressemeldung]. Online: <https://ezra.de/online-gedenken-an-den-brandanschlag-auf-die-erfurter-synagoge-vor-20-jahren/> [06.05.2022].

Haskala (o. J.):

Online: <https://haskala.de/category/anfragen/> [06.05.2022].

Hintertorperspektive e.V. (2018):

Online: <https://www.facebook.com/222737605219/posts/10160760709725220/> [06.05.2022].

Hölter, Katharina (2018):

"Juden Jena": So gekonnt reagiert Carl-Zeiss-Jena auf antisemitische Provokation. Online: <https://www.spiegel.de/netzwelt/web/fc-carl-zeiss-jena-so-gekonnt-reagiert-der-fussballclub-auf-antisemitische-provokation-a-00000000-0003-0001-0000-000002661793> [06.05.2022].

IHRA (2016):

Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Online: <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196?focus=antisemitismandholocaustdenial> [06.05.2022].

KZ Gedenkstätte Laura (o. J.):

Online: <https://www.kz-gedenkstaette-laura.de/> [06.05.2022].

Landesregierung Thüringen (o. J.):

Thüringen-Monitor. Online: <https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor> [06.05.2022].

MDR Thüringen (o. J.):

Anteil der Christen in Thüringen sinkt Jahr für Jahr. Online: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/daten-zahlen-kirche-mitglieder-100.html> [06.05.2022].

Mobit e.V. (2021):

RechtsRock-Konzertzahlen brechen in Thüringen aufgrund der Corona-Pandemie ein. Online: <https://mobit.org/rechtsrock-statistik-2020/> [06.05.2022].

NNZ-Online (2021):

Schmierereien auf Infotafeln in Dora. Online: https://www.nnz-online.de/news/news_lang.php?ArtNr=291839 [06.05.2022].

NPD Thüringen (o. J.):

Online: https://npd-thueringen.de/?page_id=2439 [06.05.2022], vgl. Schubert 2019, S. 190.

Oberlandesgericht Düsseldorf (2016):

AZ III-3 RVs 95/16, Beschluss vom 09.11.2016. Online: <https://openjur.de/u/653319.html> [06.05.2022].

Oppelland, Torsten (2019):

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Bundeszentrale für politische Bildung. Online: <https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/thueringen-2019/296649/nationaldemokratische-partei-deutschlands-npd/> [06.05.2022].

Rafael, Simone (2022):

Coronaleugner-Morde. Die Erkenntnisse aus den Taten von Idar-Oberstein und Senzig. Online: <https://www.belltower.news/coronaleugner-morde-die-erkenntnisse-aus-den-taten-von-idar-oberstein-und-senzig-129669> [06.05.2022].

RIAS Bundesverband (o. J.):

Arbeitsweisen. Online: <https://report-antisemitism.de/bundesverband-rias/> [06.05.2022]

Schule, Jan (2022):

Hagen: Prozess gegen mutmaßlichen Synagogen-Attentäter. Online: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhgebiet/hagen-prozessauftakt-mut-masslicher-synagogen-attentaeter-100.html> [06.05.2022].

Statista (2022):

Bevölkerung Anzahl der Einwohner in den Bundesländern in Deutschland am 31. Dezember 2020. Online: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/71085/umfrage/verteilung-der-einwohnerzahl-nach-bundeslaendern/#professional> [06.05.2022].

Störungsmelder (2012):

Thüringens tiefbraune Fußballfans. Online: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/12/17/thuringens-tiefbraune-fusballfans_10859 [06.05.2022].

Süddeutsche Zeitung (2020):

Maier: Härteres Vorgehen gegen Rechtsextremisten im Fußball. Online: <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-erfurt-maier-haerteres-vorgehen-gegen-rechtsextremisten-im-fussball-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200629-99-598575> [06.05.2022].

Thüringer Landesamt für Statistik (2020):

Bevölkerung, darunter Ausländer, nach Geschlecht und Kreisen in Thüringen. Online: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000102%7C%7C> [06.05.2022].

Thüringer Landesamt für Statistik (2021):

Planungsregionen in Thüringen. Online: https://statistik.thueringen.de/datenbank/auflistung.asp?auswahl1=r_planungsregion [06.05.2022].

Thüringer Polizei (o. J.):

Landesdirektionen in Thüringen. Online: <https://polizei.thueringen.de/polizei/landespolizeidirektion> [06.05.2022].

Thüringer Staatskanzlei (Hrsg.) (2020):

Bericht des Beauftragten für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus. Online: https://www.staatskanzlei-thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/Themen/1215_Antisemitismusbericht_final_korrigiert_POE.pdf [06.05.2022].

Verwaltungsvorschriften im Internet (2018):

Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV). Fassung vom 01.12.2018. Online: http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwwbund_01011977_420821R5902002.htm [06.05.2022].

Verwaltungsvorschriften im Internet (2019):

Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra). Fassung vom 01.05.2019. Online: http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsv-wvbund_27032019_RB414313R2122019.htm [06.05.2022].

Witzel, Andreas (2000):

The Problem-Centered Interview. In: Forum: Qualitative Sozialforschung, Jahrgang 1, Nr. 1 Art. 22. Online: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2521> [06.05.2022].

Zentralrat der Juden in Deutschland (2021):

Unsere Landesverbände vor Ort. Jüdische Landesgemeinde Thüringen (Erfurt) K.D.Ö.R. Online: <https://www.zentralratderjuden.de/vor-ort/landesverbaende/juedische%20Landesgemeinde%20Thuringen%20%28Erfurt%29%20K.d.o.R./> [06.05.2022].

9. Abkürzungsverzeichnis

AAS	Amadeu Antonio Stiftung
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BKA	Bundeskriminalamt
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
CST	Community Security Trust
FRA	European Union Agency for Fundamental Rights
IDZ	Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
IHRA	International Holocaust Remembrance Alliance
IIBSA	Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung
JLGT	Jüdische Landesgemeinde Thüringen
LPI	Landespolizeiinspektion
KOMPAS	Kompetenznetzwerk Antisemitismus
KPMD	Kriminalpolizeilicher Meldedienst
LKA	Landeskriminalamt
MAXQDA	Software zur computergestützten qualitativen Daten- und Textanalyse
MdB	Mitglied des Bundestags
MMZ	Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam
MiStra	Anordnung über die Mitteilung von Strafsachen
Mobit e. V.	Mobile Beratung in Thüringen
NSU	Nationalsozialistischen Untergrund
ODIHR	Office for Democratic Institutions and Human Rights
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
RIAS Berlin	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin
RIAS BK	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – bundesweite Koordination
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
StGB	Strafgesetzbuch
UEA	Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus des Bundestags
VDK e. V.	Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V.
ZWST	Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

Anhang

Arbeitsdefinition Antisemitismus

Die Arbeitsdefinition Antisemitismus in der Fassung, die von der Bundesregierung verabschiedet wurde, lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“¹⁵⁹

Die Arbeitsdefinition in ihrer ausführlichen Form¹⁶⁰ benennt darüber hinaus eine Reihe unterschiedlicher Ausprägungen von Antisemitismus, die den Stand der Forschung berücksichtigen:

„Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.“

¹⁵⁹ Bundesregierung 2017.

¹⁶⁰ IHRA 2016.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- den Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung
- falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Behauptung einer Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere, aber nicht ausschließlich Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden
- das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden
- das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z.B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer sowie Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust)
- der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen
- der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer
- das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen
- die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird
- das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben

- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten
- das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind (z.B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, Jüdinnen/Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorzuenthalten, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.